

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis
Wochenblatt 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die hochgradigste Annoncen-
stelle über deren Raum 40 Wg., für
vollständige und geschäftliche Annoncen
und Bekanntmachungen 20 Wg.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 8. Februar 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Schutz der nationalen Arbeit.

Jahre hindurch haben sich die Mehrheitsparteien des Reichstages
in fieberhaftem Eifer bemüht, die nationale Arbeit durch
Zollwucher zu vergrößern. In der Niederdrückung der Lebens-
lage der Arbeiterklasse haben Konervative, Centrum und Liberale
ihre höchste gesetzgeberische Aufgabe gesehen, und zu ihrer Durch-
führung haben sie Recht und Ordnung des Reichstages zertrümmert.

Der Etat des Reichsanwirts des Innern giebt alljährlich Ge-
legenheit, den Stand der sozialen Reform in Deutschland zu messen.
So gestaltet sich auch diesmal die Beratung des Etats des Grafen
v. Posadowsky zu einer allgemeinen socialpolitischen Debatte,
und alle bürgerlichen Parteien sowie die Regierung sind heiß be-
flissen, das Zollrecht hinter socialreformatorischen Forderungen zu
verbergen.

Inbesondere das Centrum ergeht sich in verzweifeltsten An-
strengungen, noch in letzter Stunde vor den Wahlen seine
Sünden beim Zollwucher durch socialpolitische Bemühungen in Ver-
gessenheit zu bringen. Zu Herrn Trimborn, der im Verein mit dem
nationalliberalen Herrn v. Heyl den Arbeiterinnen und denjenigen
Leuten bis zu 18 Jahren den Weihnachtstag gewähren und das
mitgeben von Arbeit nach Hause an jugendliche Arbeiter und Ar-
beiterinnen unterlassen will, gefellte sich Herr Gröber mit einer
Resolution auf Anerkennung der Berufsvereine. Es sind das Forderungen,
die von der Socialdemokratie längst erhoben worden sind,
und die das Centrum, wenn es ihm ernst damit wäre, im Verlaufe
dieser fünfjährigen Legislaturperiode schon lange durch-
geführt haben könnte.

Dies die Absicht ist, dafür lieferte auch die Rede des Herrn
Trimborn, der am Sonnabend die socialpolitische Debatte er-
öffnete, den vollständigsten Beweis. Sie war eine Ver-
herrlichung der socialpolitischen Großthaten seiner Partei. Mit
forschlüssigem Eifer war auch nicht die kleinste der geringen Ver-
besserungen vergessen worden, die auf socialpolitischem Gebiete
erzielt worden sind, und immer fügte Herr Trimborn hinzu: wir
sind es, die das alles gemacht haben. Aber diese Verherrlichung der
Centrums-Socialpolitik ist nicht minder unbillig und unrichtig,
wie das Rechenexempel, mit dem der Centrumsredner die Zollschädi-
gung durch den Hinweis auf die vom Jahre 1910 ab zu begründende
Witwen- und Waisenversicherung fortzuführen sich bemühte. Viel-
mehr wird gerade diese Vernichtung des Centrumsredners die latho-
lische Arbeiterschaft belehren, wie es um alle Socialpolitik dieser
Partei des Scheiterns und des Trugs bestellt ist.

Herr Köpcke-Dessau, der sodann das Wort nahm, ist ein
ernsthafter Socialpolitiker, aber weil er das ist, nur ein Eingänger ohne
irgendwie erhebliche Befähigung. Wo der Centrumsredner nur Lob-
sprüche gesendet hatte, sieht Herr Köpcke schon die Mängel. Er
stimmt nicht ein in die kritiklose Verherrlichung der deutschen Ver-
sicherungs-Gesetzgebung gegenüber dem Ausland, er entwickelt ein
socialpolitisches Programm, das als erste Voraussetzung die Gleich-
berechtigung der Arbeiter hat, also freies Koalitions- und Vereins-
recht. Zutreffende Ansichten äußerte er über das Verbot des Streik-
postens, und mit verständigen Worten wandte er sich gegen
den Terrorismus des Unterschmerzens gegen die Arbeiter. Dieser
Teil seiner Rede hing in das wahre Wort aus, die
Socialpolitik mache uns nicht ärmer, sondern reicher. Weniger
glücklich war seine Polemik gegen die socialdemokratischen Anträge.
Wenn er sich auch unserer Forderung nach Ausdehnung der Gewerbe-
aufsicht auf die Landwirtschaft angeschlossen, erhob er doch Bedenken
gegen die Arbeiter-Beigeordneten und wollte die Anstellung der
Aufsichtsbeamten dem Einzelstaaten überlassen. Sehr verbiel er sich
bei seiner Kritik unserer Forderungen eines Maximal-Arbeitstages von
zunächst 10 Stunden. Da er aber zu den beschreibbaren Gegnern gehört,
wird er sich vielleicht im Laufe der Zeit noch überzeugen, daß seine
Darlegung diese Forderung der Arbeitszeit sei im Augenblick nicht
durchführbar und würde zu einer Herabsetzung der Löhne führen,
durchaus unhaltbar ist.

Unser Genosse Sturm war der letzte Redner, der aus dem
Haufe in dieser Sitzung zum Wort kam. Er sprach außerordentlich
glücklich gegen das Centrum und verteidigte wirkungsvoll die von
unserer Partei gestellten Anträge, vor allem die Forderung des
Maximal-Arbeitstages für erwachsene männliche Arbeiter, die in der
That das Fundament einer vernünftigen Socialpolitik und eines
wahrhaftigen „Schutzes der nationalen Arbeit“ ist. Mit gewohnter
Erkenntnis behandelte er die Gewerbe-Aufsicht, forderte die An-
erkennung der gewerblichen Vergiftungen als Unfall, wies die Not-
wendigkeit weiterer Specialgesetze gegen Berufskrankheiten nach,
schilderte die Unfallgefahr in der Landwirtschaft, und beleuchtete die
Arbeitsverhältnisse in der ihre Aktionäre mit 50 Proz. bedeutenden
Guttapercha-Kompagnie in Hannover, kritisierte die Kruppischen
Wohlfahrts-Einrichtungen und brachte die Maßregelung der
Arbeiter auf dem Bremer Vulkan zur Sprache. Zum Schluß
erhob sich die am wirkungsvollen Partien reiche Rede zur program-
matischen Höhe und erinnerte die Arbeiterklasse daran, daß nur ihre

Klassenbewußtsein und das Vertrauen auf die eigene
Kraft und die selbstgewählten Führer sie zur Erreichung politischer
und sozialer Gleichberechtigung führen können.

Burns Kritik der badischen Fabrikinspektion, die seit dem Tode
des Dr. Wörtschöffer andre Bahnen wandelt, veranlaßte den badischen
Bundrats-Vertreter Dr. v. Jagemann zu einer kurzen Er-
widerung, in der zwar bestritten wurde, daß das Wort: „Wir wollen
keinen Wörtschöffer“ gefallen sei, dagegen zugegeben werden mußte,
daß es den badischen Fabrikinspektoren nun verboten sei, in Arbeiter-
versammlungen socialdemokratische Vorträge zu halten. Die kindliche
Zucht, die „extremen Versammlungen“ könnten auf die Beamten
abfärben, bestand zu Wörtschöpfers Zeiten gewiß nicht.

Die Weiterberatung wurde auf Montag vertagt. Graf Po-
sadowsky hat es vorgezogen, noch nicht in die Debatte einzugreifen.
Er will sich in Ruhe zurechtlegen, wie er den Anträgen der Social-
demokratie wider die Vernachlässigung der dringlichsten Anforderungen
entgegenzutreten könne. So unendlich es für Herrn Trimborn war,
die Verhöhnungen der regierenden Partei vor der Arbeiterklasse zu
verfeinern, so unendlich wird Graf Posadowsky in der Lage sein,
die fortwährende Nichtachtung der Arbeiterinteressen und den Bruch
feierlich gegebener Versprechungen seitens der Regierung irgendwie
zu beschönigen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus bewilligte am Sonnabend dem
Minister des Innern sein Gehalt und lehnte die zum Titel
„Minister“ gestellten Anträge Barth (fr. Bg.) auf Aenderung
der Wahlkreis-Einteilung und Einführung der geheimen
Wahl ab, den ersteren gegen die Stimmen der Freisinnigen
und der Nationalliberalen, den letzteren gegen die Stimmen
der Freisinnigen.

Die Debatte setzte mit einer Scharfmacherrede des
Abg. v. Zedlitz (fr.) ein, den unsre gestrige Aufdeckung seiner
schamlosen Lügen völlig aus dem Häuschen gebracht hat. In
seiner Erregung über die erlittene Niederlage schaltete er von
einem Wutausbruch des „Vorwärts“. Seine gestrige Lüge ver-
stärkte der Herr in äußerst drohlicher Weise „aufzuklären“. Heute
verlangte der Parteifreund des selbigen Stimm nichts Beringeres,
als die amtliche Sanctionierung der Putt-
kamerschen Wahlpraktiken! Die Landräte sollen
gehalten sein, bei den bevorstehenden Wahlen „aufklärend zu
wirken, mit andern Worten, es soll der behördliche Apparat
aufgeboten werden, damit Wahlen im Sinne des Herrn
v. Zedlitz zu stande kommen! Und ein Abgeordneter, der so
offen zu verfassungswidrigen Handlungen anfordert, hat die
Stimmen, über angebliche Gesetz- und Verfassungswidrigkeiten der
Socialdemokraten zu wimmeln! Da er es selbst nicht glaubt, suchte
er wenigstens bei andern den Glauben zu erwecken, die Beamten
dürften offen stimmen, wie sie wollten, vorausgesetzt, daß sie
keinen Socialdemokraten wählen. Angesichts des Falles
Löhning und der Erklärung des Herrn v. Rheinbaben glaubt
das auch der Dummste nicht!

Lebhaftes Interesse rief die Rede des Abg. Dr. Barth
(fr. Bg.) gegen die Theaterzensur hervor. Er sprach
insbesondere über die Verbote von Heyfes „Marie Magdala“
und Dreyers „Thal des Lebens“ und verlangte die Befreiung
der Censur.

In einer sehr spaßhaften Rede bekannte sich Herr
v. Hammerstein als unbedingten Anhänger der
Censur, die ihm und Seinesgleichen die Garantie bieten soll,
daß in ersten Theatern nur solche Stücke aufgeführt
werden, in die man die nicht reformgeschickten, korrekten und
normalen Frauen und Töchter preussischer Minister führen
könne, ohne daß sie zu rebellischen Gedanken verführt werden.
Ueberflüssigerweise berief sich der Minister auf die Leute aus
dem Volke, die vor „solchen“ Theatersünden bewahrt werden
müßten. Das Volk ist reich genug, um auch „starke Stücke“ ohne
Schaden genießen zu können.

Genau so, wie Herr v. Hammerstein, hätte ein Minister
vor 50 Jahren für die Zeitungscensur sprechen können. Nur
daß er dann ausgelacht worden wäre, während heute die
konservativ-keritale Mehrheit ihm lebhaften Beifall zollte.
Die Reaktion macht eben gewaltige Fortschritte in Preußen.
Wie sicher sich der Minister unter dem Schutz des Dreiklassen-
parlamentes fühlt, beweist die schnoddrige Art, wie er gegen
den Abg. Dr. Barth losfuhr, weil dieser es rügte, daß in
Ragdeburg einige höhere Beamte unter Androhung des
Postlokts die Entfernung des „Vorwärts“ aus
dem Café National verlangt hatten. Herr Dr. Barth,
so meinte Zehr v. Hammerstein, betreibe dadurch, daß er
diesen Fall zur Sprache brachte, nur die Geschäfte der Social-
demokratie und jeder Beamte habe das Recht, seine Gefühle
gegen gewisse Zeitungen nachdrücklich zu äußern. Die Minister
machen sich in Preußen recht läppig!

Die zahlreichen Beschwerden über die Ausweisungen
aus Nordschleswig und Versammlungsverbote
aus Oberschlesien wegen Gebrauchs der polnischen
Sprache zeigen, daß sich in dieser Hinsicht nichts geändert hat.
In Zukunft sollen allerdings, wie der Regierungsvertreter
erklärte, Versammlungen, in denen in polnischer Sprache ver-
handelt wird, aus diesem Grunde nicht mehr aufgelöst werden
dürfen. Nun, dann wird die Polizei mit Leichtigkeit einen
andern Vorwand finden. Die Art und Weise, wie das Ueber-

schieben polizeilicher Befugnisse von der Regierung aufschuldig
wird, muß ja die untern Organe geradezu zur Befolgung
ihrer bisherigen geschwätzigen Praxis anstacheln.

Von Bedeutung war das Schweigen des Ministers auf
die erneute Anfrage des Abg. Rosenow (fr. Bg.) über
den Versuch der Polizei, einen Angestellten des „Vor-
wärts“ zum Verrat zu bestechen. Abg. Rosenow wünschte
vom Minister die Gewißheit, daß es sich nicht um einen Be-
amten der politischen Polizei handele, Herr von Hamme-
stein aber schwieg. Meine Antwort ist auch eine Antwort.
Am Montag wird die Beratung des Etats des Ministers
des Innern fortgesetzt.

Wahlrechtsfragen.

Im Reichstag wie im Abgeordnetenhaus wurden gleichzeitig be-
deutende Wahlrechtsfragen erörtert: Das Wahlgeheimnis und die
gerechte Wahlkreis-Einteilung. Das Ergebnis der Debatten war,
daß ausschließlich die Socialdemokratie willkürliche Anhänger des
durchgeführten Reichstags-Wahlrechts sind. Denn auch der Freisinn
verzichtet in Preußen auf die direkte, gleiche und allgemeine Wahl,
und zwar nicht nur, weil ein solcher Antrag ausichtslos wäre,
sondern weil man sie nicht will. Man kann im Gegenteil be-
haupten: die Konservativen wären für ein gleiches Wahlrecht unter
Beibehaltung der jetzigen Wahlkreis-Einteilung noch eher zu
haben als für die von den Freisinnigen verlangte Reform, welche
das Dreiklassen-Wahlrecht in der Weise vollenden will, daß die Städte
gemäß ihrer Einwohnerzahl Abgeordnete entsenden. „Ausgleichslos“
ist also der freisinnige Antrag auf gerechte Wahlkreis-Einteilung
in noch höherem Maße, als selbst die Befreiung des Dreiklassen-
Wahlrechts.

Unzweifelhaft wie die principielle Stellung der Socialdemo-
kraten ist nur noch die der Konservativen, denen das schlechteste
Wahlrecht das angenehmste ist. Sie sind principielle Gegner
jeder Reform zum Besseren und sind bereit, jede Versammlung
herbeizuführen.

Der tollste Widerwärtigkeit ihrer Stellung zum Wahlrecht
herrscht natürlich bei den Nationalliberalen. Diese Partei
hat es fertig gebracht, im Reichstag für die Sicherung des Wahl-
geheimnisses und gegen eine gerechte Wahlkreis-
einteilung zu sprechen und zu stimmen, gleichzeitig aber im
Abgeordnetenhaus gegen geheime Wahl und für eine gleiche
Einteilung der Wahlkreise zu sein. Auf dem Wege von der Prinz-
Albrecht-Strasse zum Königspalast müßten die nationalliberalen
Volksvertreter demnach ihre Anschauungen über geheime Wahl und
Wahlkreis-Einteilung genau ins Gegenteil verkehren.

Einig war dagegen das Centrum beider Häuser im Haß
gegen die Gleichberechtigung der Städte. Der systematische Arbeiter-
betrug der Merkanten bewährte sich auch auf diesem Gebiete. Sie
verleugerten im Reich das Prinzip des gleichen Wahlrechts,
indem sie der Neuteilung widerstrebten, und sie durchbrachen
in Preußen das System des nach der Steuerzahlung
abgestuften Wahlrechts, indem sie den Zustand befestigen
ließen, daß Berlin neun Abgeordnete zu wählen hat, obgleich
es mehr Steuern anfordert als die 140 konservativen Wahlkreise.
Aber selbst das geheime Wahlrecht findet beim Centrum keine
unbedingte Anerkennung. Das Verhalten des Centrums im Landtag
war höchst zweideutig, erklärte doch sein Wortführer Dr. Forst, er
sei nur dann für die Einführung des geheimen Wahlrechts zu haben,
wenn gleichzeitig die Wahlpflicht eingeführt würde. So hat sich das
Centrum als Gegner des gleichen, aber auch des geheimen Wahl-
rechts erwiesen und zugleich die Thatfache erklärt, daß es durchaus
die Geschwridrigkeit billigt, daß sowohl im Reich wie in Preußen die
Grundzüge der Wahlsysteme durch die praktische Ausföhrung gefällig
werden. Ein latholisches Blatt, die „Märkische Volkszeitung“, wagt
freilich gleichgültig zu lagern:

Im Abgeordnetenhaus wehet sich zur selben Zeit eine volks-
und freiheitsfeindliche Mehrheit für die Erhaltung
des schlechtesten und elendesten aller Wahlsysteme — wie Fürst
Bismarck das Dreiklassen-System nannte — in seinen schlimmsten
Auswüchsen, damit der Polizeistaat Preußen dieser ihn „aus-
zeichnen“ berechtigten Eigentümlichkeit nicht verlustig gehe.“
Das ist reichlich unverschämte Bauernfängerei; denn zu der
volks- und freiheitsfeindlichen Mehrheit gehört in erster Linie das
Centrum.

Völlige Halslosigkeit beherrscht die Regierung in den Wahlrechts-
fragen. Im Reichstag hatte Graf Posadowsky es als eine sittliche
Pflicht bezeichnet, so lange das allgemeine, gleiche, direkte und
geheim Wahlrecht bestehe, es auch ehrlich durchzuführen. Infolge
der Wahlkreis-Einteilung ist das Wahlrecht nicht gleich, sondern
ein Kurialsystem ärgster Sorte. Erfüllte nun die Regierung die
sittliche Pflicht, die Gleichheit herzustellen? Es ist äußerst bezeichnend,
daß weder Graf Ballow noch Graf Posadowsky auch nur ein Wort
zu den Anträgen auf gleiche Einteilung der Wahlkreise äußerten.
Dies Schweigen war das Geständnis, daß sie mit vollem Bewußtsein
der Verfassungswidrigkeit sich der sittlichen Pflicht entzogen, die
Gleichheit des Wahlrechts herzustellen.

Zunehmend war die Regierung im Reich wenigstens noch für das
geheim Wahlrecht. In Preußen aber feierte der Minister den Mut
der offen stimmenden Ueberzeugung, und um den dreifachen Betrag
der Wahlkreisgeometrie zu retten, stürzte er vergnügt die Grundlage
des Dreiklassen-Systems um, das nach der Steuerleistung die poli-
tischen Rechte bemittelt. Es lohnt sich, seine Worte nach dem amt-
lichen Stenogramm festzustellen. Herr v. Hammerstein erklärte
wörtlich:

„Es ist nicht nur die Steuer und die Zahl, sondern es ist die
historische Entwicklung eines jeden Landesteils von größter
Bedeutung. (Sehr richtig! recht.) Ein jeder Landesteil, der sich
historisch entwickelt hat, soll, wenn er in seinen wirtschaftlichen

Interessen zurückgeht, deshalb nicht seines Abgeordneten heraus zu werden, sondern dann erst recht hat er es nötig, in diesem Hause vertreten zu sein. (Sehr richtig! richtig.)

Das heißt: Je geringer die Steuerleistung, desto größer das Wahlrecht. Das ist die Umkehrung des preussischen Wahlrechts, das der Herr Minister trotzdem aufrecht erhält.

Die Wahlrechts-Debatten haben eines zu vollen Klarheit erhoben: Da keine bürgerliche Partei für eine ernsthafte Reform des preussischen Wahlrechts eintritt und (mit einer Ausnahme) auch nicht für die verfassungsmäßige Durchführung des Reichstags-Wahlrechts zu haben ist, so folgt daraus, daß im Grunde des Herzens keine bürgerliche Partei principiell das demokratische Wahlrecht anerkennt.

### Der Stand der Venezuela-Affaire

Scheint nunmehr der zu sein, daß es die Mächte vorziehen, statt wie bisher beabsichtigt, in Washington mit Bowen endgültige Abmachungen zu treffen, die ganze Affaire dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Diese Ordnung der Angelegenheit ist unendlich weitläufiger, als wenn die Sache in Washington mit Bowen erledigt worden wäre. Aber den Exekutionsmächten bleibt nach den letzten Vorgängen eben nichts anderes mehr übrig, als die Angelegenheit durch Ueberweisung an das Haager Schiedsgericht auf möglichst anständige Art in Vergessenheit zu bringen.

Die Verhandlungen mit Bowen sind an dessen geringem Verständnis für die deutschen und englischen Forderungen gescheitert. Namentlich die Forderungen der Exekutionsmächte, ihren Ansprüchen Vorzug zu geben, sind von Bowen nicht nur sachlich entschieden, sondern auch in der Form mit ganz ungewöhnlicher diplomatischer Schroffheit zurückgewiesen worden. Mr. Bowen erklärte den Vertretern der Exekutionsmächte mit amerikanischer Unerblichkeit, daß ihm die Annahme, durch Schiffsdemonstrationen und Blockaden könnten Vorzugrechte erworben werden, gänzlich unbegreiflich sei. Und da Mr. Bowens Erklärung durch Frankreichs Protest gegen jede Vorzugsbehandlung wirkungsvoll unterstützt worden war, ließ sich gegen die Auffassung Bowens schiedsrechtlich nichts einwenden. Auch mit der Beschwerde über die diplomatischen Umgangsformen Bowens fielen die Mächte bei der amerikanischen Regierung vollständig ab. Roosevelt erklärte einfach, daß Bowen bei den fraglichen Unterhandlungen nicht als amerikanischer Beamter, sondern als Beauftragter Castros gehandelt habe, daß die Mächte sich also mit ihrer Beschwerde über die hinterwäldlerischen Formen Bowens an Castro wenden müßten!

Da die Mächte diesem guten Rats begreiflicherweise nicht folgen konnten, blieb ihnen nur die eine Möglichkeit, die Verhandlungen mit Bowen abzubrechen und ihre Klage bei dem Haager Possens-tribunal anhängig zu machen. Denn auch mit einer nochmaligen Bitte an Roosevelt, doch selbst das Schiedsrichtergremium anzunehmen, waren sie glatt abgefallen.

Aber die Exekutionsmächte ziehen sich nicht nur nach dem Haag zurück, sie heben auch jetzt schon so gut wie bedingungslos die Blockade auf. Eine „Neuter“-Meldung besagt wenigstens:

Washington, 7. Februar. Sofort nach Eingang der Nachricht, in welcher Präsident Roosevelt es ablehnt, den Schiedspruch zu übernehmen, stattete Bowen der britischen Gesandtschaft einen Besuch ab auf Ansuchen des Vize-Kontrahenten Herbert, der an Influenza erkrankt ist. Herbert teilte ihm mit, daß das Protokoll angekommen sei, welches er für die Unterzeichnung Bowens vorbereite. Baron Sped v. Sternburg beehrte später Bowen und teilte ihm mit, daß er das deutsche Protokoll erhalten habe.

Das Programm des heutigen Tages wird die vorläufigen Vorbereitungen zur Unterzeichnung der Protokolle enthalten. Gestern Abend wurde versichert, daß jeder der Verbündeten zwei Protokolle zur Unterzeichnung durch Bowen vorbereitet habe. Das erste Protokoll nehme in jedem Falle Bezug auf die Frage der Sonderbehandlung vor dem Haager Schiedsgericht und auf die gleichzeitig mit der Unterzeichnung erfolgende Aufhebung der Blockade. Das zweite Protokoll befaßt sich mit der Art und Weise der Abfindung der Ansprüche der verschiedenen Gläubiger an die Zollverwaltung. Die Protokolle stellen fest, daß zunächst jedem der Verbündeten 5500 Pfund Sterling zu zahlen sind. Es verlautet, daß die Protokolle der drei Mächte in gewissen Einzelheiten von einander abweichen. Die Blockade soll aufgehoben werden, sobald das bezügliche Protokoll unterzeichnet ist.

Man kann also nur wünschen, daß die Unterzeichnung des Protokolls möglichst bald erfolgt, damit der erste kostspielige Akt der Venezuela-Pflege seinen Abschluß erhält.

### Deutsches Reich.

**Das Wahlrecht in Sachsen-Weimar.** (Fig. Ver.) Den gegenwärtig tagenden weimariischen Landtag beschäftigte in seiner Sitzung am 5. Februar die Wahlrechtsfrage. Die Veranlassung dazu gab zunächst eine Petition, welche die Einführung des Reichstagswahlrechts verlangte. Dann aber lag noch ein Antrag der Opposition vor, welcher zunächst das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten verlangte. Die Tribünen des Landtags waren überfüllt, und zeugten von dem großen Interesse, das die Bevölkerung der Wahlrechtsfrage entgegen bringt. Der Ausschuss, der diese Petition und den Antrag vorbereitet hat, ist in seiner Mehrheit dagegen, weil die mit dem direkten Wahlrecht notwendig werdende Wahlagitatorien sich in dem Untergraben des Gehaltens der staatlichen und kirchlichen Autorität äußere. Der Abgeordnete Vaudert hatte reichliches Material, um zu beweisen, daß die Regierung selbst dazu beigetragen habe, im Volke den Glauben an die Autorität zu erschüttern. Die lächerliche Begründung der Versammlungsvorrede in der neueren Zeit trage besonders viel dazu bei. Nach einer längeren persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem Departements-Chef v. Wurms und dem Abg. Vaudert sprach sich eine Anzahl der liberalen Abgeordneten für den Antrag der Opposition aus. Beachtenswert war, daß der Abg. Mathes-Gienack dabei munturwunden zugab, wenn wir im Großherzogtum das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht hätten, dann sei er keine Minute im Zweifel, daß im Landtage eine Arbeitermajorität sähe. Schließlich wurde nach mehrstündiger Debatte mit 15 gegen 17 Stimmen der Antrag der Opposition abgelehnt.

**Ueber den tollen Luedbrachosoll** sind die Interessenten der Lederindustrie sehr erbittert. Im Fachblatt „Schuh und Leder“ findet sich ein Wahlaufsatz, der folgende charakteristische Stelle enthält: „Ich weiß wohl, daß der Zoll auf Luedbrachos kein politisches Glaubensbekenntnis ist und nie sein kann und daß deshalb ein Gerber, der konterbatio ist, um nicht mit einem Mol Webelianer werden wird, aber das will mir doch als ein Gebot der Selbsterhaltung erscheinen, daß ein Gerber oder auch nur einer, der mit der Lederindustrie zu thun, keinem Mol bei den in diesem Jahre stattfindenden Wahlen zum neuen Reichstag, keinem Kandidaten seine Stimme geben kann, der sich nicht verpflichtet, bei den Handelsverträgen für die Zollfreiheit der Gerbstoffe oder höchstens für einen ganz niedrigen Zollfuß einzutreten.“ Die fanulose Jollpolitik bringt, wie man sieht, auch die Staats-erhaltenden durcheinander.

**Die allermerkwürdigste Anwendung des Unfugparagrafen** ist dem Landrat von Blumenthal gelungen. Gegen einen Mann, der im dortigen Amtsgerichtsgefängnis eine dreitägige Haftstrafe verbüßt hat, erließ er folgende Strafverfügung:

„Sie haben am 25. d. M. im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis dadurch großen Unfug verübt, daß Sie sich an einem Arnsfelde beteiligten. . . . Es wird deshalb hiermit gegen Sie auf Grund des § 300 11 des Straf-Gesetz-Buches eine Haft von 2 Tagen festgesetzt.“

Der Landrat.

J. N.: Müller.“

Die Voraussetzung für die Verübung großen Unfugs ist bekanntlich eine Befähigung des Publikums. Die das Publikum dadurch befangen werden kann, daß im Gefängnis drei Personen miteinander Schnaps trinken, ist wohl ganz allein das Geheimnis des Herrn Landrats.

**Beamtenaufwuchs.** Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen an einer freilich sehr versteckten Stelle folgende Korrespondenz:

„In einem der größten und bekanntesten der hiesigen Cafés, wo sich nach den Redouten hauptsächlich das Karnevalstreiben abspielt, ereignen sich seit einiger Zeit regelmäßig höchst unliebsame und geradezu den Anstand verletzende Szenen, die durch die Presse geheielt werden müssen, da anscheinend weder der Wirt noch die Polizei sich einschließen können, dagegen einzuschreiten. Um näher auf die Sache einzugehen, möchten wir nur einzelne, hauptsächlich vorgekommene Fälle erwähnen: Zahlreiche junge Herren, besonders Studenten, darunter zahlreiche Mitglieder studentischer Korporationen, scheinen ihr Karnevalsvergnügen darin zu finden, daß sie zunächst die Durchgänge sperren, dann jeden Domino mit wüstem Gebrüll empfangen, in ihre Mitte nehmen und in einer den Anstand gründlich verletzenden Weise behandeln. Daß dieses an sich schon durchaus ungezogene Benehmen sehr häufig zu den unliebsamsten Ausbrüchen mit den die Damen begleitenden Herren führt, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Wir wissen mehrere Fälle, in denen aus diesem groben Unfug schwere Ehrenbändel hervorgegangen sind, und gerade mit Rücksicht auf diese Thatsache hätte wohl die Polizei die Verpflichtung, mit aller Schärfe einzuschreiten. Ein geschlossenes Vorgehen des anständigen Publikums gegen diese Auswüchse, die dem Münchener Karnevalsleben gewiß keine Ehre machen, würde ebenfalls von günstiger Wirkung sein.“

Unter diesen studentischen Kahlköpfen befinden sich natürlich auch solche, die später die Beamten- und vor allem die Richterkarriere einschlagen und dann würdevoll Religion und Sitte vor dem Unfug bewahren. Daß die Münchener Polizei den „gebildeten“ Flegeln das Handwerk nicht legt, ist klar, denn sie hat wichtigeres zu thun, z. B. Plakate forrigieren und verbieten, anpassen, daß ja keine rote Fahne entfaltet wird usw.

### Kameradschaftliche Ohrfeigen.

Der Gefreite Pöhlle von der 5. Schwabron des Halberstädter Kürassier-Regiments Nr. 7 war von dem Kriegsgericht Halle wegen Mißhandlung eines Untergebenen angeklagt. Als er am Abend des 15. Oktober, als Stubenältester von der Arbeit kommend, zum Essen gehen wollte und den Stubenschlüssel nicht an dem vorgeschriebenen Platze vorfand, gab er dem Kürassier Heimrich, der den Schlüssel verkehrenhändig mit in den Stall genommen hatte, rechts und links mehrere Schläge in das Gesicht, daß, wie H. angiebt, die Backen „bestig brannten“. Es wurde auch im rechten Ohr eine frische Durchlöcherung des Trommelfells festgestellt, die, wie ein Arzt konstatierte, von einem Schläge herrühren müsse. Heimrich litt an einer Mittelohrentzündung, deren Heilung 1 Monat in Anspruch nahm. Der Anklageverteiler behauptete, daß solche Verletzungen in der Truppe leider sehr oft vorkommen und beantragte gegen den Gefreiten, der zweifellos als Vorgesetzter einen Untergebenen mißhandelt habe, vier Wochen Mittelarrest. Das Gericht erkannte aber auf Einstellung des Verfahrens, da es sich habe nicht davon überzeugen können, daß Pöhlle dem Verletzten die Ohrfeigen als Vorgesetzter verabschiedet habe. Er habe die That nicht als Stubenältester, sondern als Kamerad gegen den Kameraden begangen. Er habe jedenfalls essen wollen und sei ärgerlich geworden, daß er den Schlüssel nicht gleich fand. Deshalb habe er geschlagen, aber nicht wegen Verletzung der Stubenordnung. Mangels eines Strafantrages seitens des H. habe die Sache nicht weiter verfolgt werden können, hieß es in der Urteilsbegründung.

Wegen einer Kritik der Breslauer Kaiserrede wurde der Redakteur der „Frankfurter Neuesten Nachrichten“ zur Mindeststrafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

### Husland.

#### Zur politischen Situation in Frankreich.

Paris, 5. Februar. (Fig. Ver.) Die Meinungen und Gegensätze innerhalb des Regierungskartells sind bis auf weiteres wieder verflüchtigt worden. Der Konflikt zwischen dem linken Flügel der Mehrheit und dem Ministerpräsidenten endete mit einer Rückzugserklärung des letzteren. Dies ist der überdeutliche Sinn der gestrigen Worte Combes gelegentlich der Unterrichtsbudget-Debatte. In der Form eine Ablehnung seiner neußischen Verhimmelung des kirchlichen Normalunterrichts, sind sie sachlich eine Verleugnung desselben.

Anderswärts ist der Konflikt zwischen dem rechten und dem linken Kartellflügel ins Stadium der Beschwichtigung eingetreten. Es handelt sich um die Art und Weise der Erledigung der Genehmigungs-Gesuche der Kongregationen. Die Kammer hat sich erste an ihrem Teil über 54 Nummerordnen zu entscheiden. Die betreffende Kommission hatte bereits beschlossen, sämtliche Gesuche in einem Gesetzentwurf zusammenzufassen und sodann zur weiteren Verlesung der Debatte der Kammer vorzuschlagen, den Uebergang zur Einzeldebatte abzulehnen, d. h. sämtliche 54 Gesuche sofort nach der Generaldiskussion en bloc abzulehnen. Der Kommissionsbeschluss steht im Widerspruch zur Regierungsvorlage, die aus 54 besonderen Gesetzentwürfen besteht, denen übrigens ein ablehnendes Gutachten der Regierung vorangeschickt wird. Ferner griff unerwartet Waldeck-Roussieu, der Urheber des Vereinigungsvertrages, in die Frage ein, indem er in der Kongregations-Kommission des Senats sich für die geforderte Erledigung der einzelnen Gesuche auf Grund des Vereinigungsvertrages erklärte. Die rechte Kartellgruppe der Kammer, die „Demokratische Union“, sprach sich nun ihrerseits in demselben Sinne aus. Noch mehr, sie wollte eine Aenderung des Vereinigungsvertrages beantragen, wonach die Entscheidung über die Gesuche dem Parlament entzogen und der Regierung nebst dem Staatsrat anvertraut würde. Die Neutralitätstendenz dieser Aenderung, die übrigens eine in der verflochtenen Legislatur verworfene Bestimmung der ursprünglichen Vereinigungsvertragsvorlage des Kabinetts Waldeck-Roussieu wiederherstellen würde, liegt auf der Hand. Daher der Konflikt innerhalb des „Bloc“. Ein Versuch wurde aber in erster Stunde verhindert: der rechte Flügel verzichtete auf seinen Abänderungsantrag wenigstens in Bezug auf die bereits dem Parlament vorgelegten 24 Nummerordnen-Gesuche und im Gesamtverhandlung der vier Kartellgruppen wurde beschlossen, sich über die parlamentarische Erledigung der Gesuche mit dem Ministerpräsidenten zu einigen. Dieser hatte nämlich erklärt, der Kammer freie Hand lassen zu wollen. Jetzt soll er bewegen werden, dem jagenden Teil des Kartells die Verantwortung zu erleichtern.

Die wirkliche Bedeutung des Konflikts geht selbstverständlich über dessen Anlaß weit hinaus, wie auch der äußerlich formale Anlaß schon an und für sich eine wesentliche Meinungsverschiedenheit birgt. Bisher galt die antikerikale Aktion als das feste Einigungsbündel des Kartells. Jetzt zeigt es sich, daß auch dieses Bündel rissig zu werden droht, sobald man endlich von den Worten zu den Thaten zu schreiben hat. Was soll man danach erst von Festigkeit der demokratisch-reformistischen Bande des Kartells halten? In Wirklichkeit steht hinter dem gegebenen Konflikt der immer mehr erstarkende Widerwille der rechtsstehenden Elemente des Kartells, einschließlich eines Teils der Radikalen, gegen die Regierungsgemeinschaft mit den ministeriellen Sozialisten, so beschiden auch die letzteren sich benehmen, so groß auch ihre Zugewandtheit im Interesse der Erhaltung ihrer Kartellfähigkeit. Und dann ist die politische Lage ja wieder so alltäglich-normal, daß die alte Sehnsucht nach der „Wiedervereinigung aller Republikaner“, nach der fortwährenden „Konzentration“ politischer Radikalen und der Bourgeois-Republikaner immer kräftiger zu wirken beginnt. Diesen beiden einander ergänzenden Zerlegungsfaktoren des „Bloc“ gefellen sich noch die persönlichen Nachgelüste streberischer Ministerkandidaten von der Art Doumer. Die Ränke hinter den Coulissen hören seit einigen Monaten nicht mehr auf.

Daher erscheint die kommende Verlesung des Konflikts als eine oberflächliche Verleugnung von Gegensätzen, die in der Tiefe nach wie vor fortwirken müssen. Umso mehr, als das persönliche Ansehen des Regierungschefs nach den letzten Zwischenfällen stark heruntergekommen ist.

### Der Prozeß gegen Rubino.

Brüssel, 6. Februar. (Fig. Ver.) Der Attentatsprozeß gegen Rubino begann heute früh vor dem Schwurgericht von Brabant. Der Anhang des Publikums war verhältnismäßig stark. Innerhalb des Gerichtssaales saßen 30 Gendarmen mit aufgefanztem Bajonett — für die Ordnung. Die Zuhörer wurden scharf beobachtet und „Verdächtige“ beim Eintritt visitiert. Unter dem Publikum leuchtete eine erhebliche Anzahl altbekannter Gesichter von Geheimpolitikern.

Der Angeklagte Genaro Rubino wurde nach der Anklageschrift 1850 in Bitonto (Italien) geboren. Er war Buchhalter. Während seiner Militärzeit wurde er wiederholt wegen Ungehorsams bestraft. Als Korporal knüpfte er Verbindungen mit den revolutionären Kreisen an und arbeitete an mehreren Journalen mit, weswegen er zu fünf Jahren verurteilt wurde. 1893 wurden ihm in Mailand wegen Dokumentenfälschung und Betrug vier Jahre Gefängnis zurkannt, ebenso weitere drei Monate wegen Schlägereien.

Im Jahre 1897 kam er in London an. Hier verherrlichte er im „Reynolds Newspaper“, bei Gelegenheit des Attentats auf den spanischen Minister die Propaganda der That. Vom Tage der Ankunft in der englischen Hauptstadt an suchte er sich mit den dort lebenden italienischen Flüchtlingen in Verbindung zu setzen. „Unfähig“ heißt es wörtlich in dem Anklageakt, „einer regelmäßigen Arbeit obzuliegen, lebte er von allem was sich bot, — er trat in die Dienste des Agenten der italienischen Polizei Prina, um die landesmännischen Anarchisten zu überwachen.“

Nachdem die Anarchisten davon Kunde bekamen, setzten sie ihn vor die Thür. Prina entzog dem Rubino schließlich die Unterstützungen, weil er ihm nicht genug Mitteilungen lieferte.

„Dadurch ins tiefste Elend geraten“, erklärte Rubino dem Untersuchungsrichter, „wollte ich mir das Leben nehmen, aber ich wollte vorher durch eine effektante That die Aufrichtigkeit meiner anarchischen Ueberzeugung beweisen. Ich wollte mein Leben bezahlen lassen durch den Tod eines Kaisers, Königs oder sonstigen Person der Autorität oder der Geistlichkeit, die direkt oder indirekt an dem Elende des Volkes schuld sind.“ Er dachte erst an den König von Italien, dann an den englischen. Aber er gab diese Projekte auf, „weil das kleine englische Volk wild und zurückgeblieben (sauvage et arriéré) ist, es hätte eine solche That nicht verstanden und nur an den andern unschuldigen Ausländern seine Wut ausgelassen.“

Er richtete dann auf den König der Belgier sein Augenmerk: Durch sein Attentat wurde bekanntlich niemand verletzt. Rubino bedauert, nicht getroffen zu haben und wünscht seinen Nachfolgern mehr Glück. Bei seiner Verhaftung fand man 15 Centimes in seinen Taschen.

Dem Angeklagten stehen die Advokaten Roher und Cheude zur Seite. Er antwortet in halbwegs geläufigem Französisch. Als er von seiner elenden Vergangenheit spricht, gewinnt das impulsive italienische Temperament die Oberhand. Er schlägt dann häufig auf die Scharke und weiß sekundenlang keine Worte zu finden.

Präsi.: Warum haben Sie den König töten wollen?

Angell.: Ich wollte mich an die Gesellschaft, welche meine Familie in Not läßt, halten.

Präsi.: Sie bedauern das Mithingen des Attentats?

Angell.: Non, ich bedaure, immer Bedä zu haben.

Ueber seine Spigeldienste erklärte er, er habe die Polizei geläuscht und ihr Auskunft ohne Bedeutung geliefert.

Präsi.: Ihre Genossen haben dieses Vorgehen streng geahndet?

Angell.: O! Ich kenne zu gut die Psychologie der Anarchisten. Es giebt sehr viele, aber nur wenig vollblütige. Ich habe immer meine Pflicht gethan; ich habe sie erfüllt, auf alle andern Urteile pfeife ich.

Mehrere Zeugen behaupten nur unbedeutende Dinge.

Der „Mitter“ Prina (Agent der italienischen Polizei) und Righetti, der Attaché des italienischen Konsulats in London, haben der Vorladung nicht Folge geleistet.

Der Staatsanwalt beginnt darauf die Anklage. Er läßt das Leben des Angeklagten Revue passieren. Das glückliche Belgien sei bis jetzt von den Anarchisten verschont geblieben. Immer und überall seien es Ausländer, welche solche warnwichtigen Verbrechen begingen.

Auf die Polizeidienste des Angeklagten eingehend, sagt der Staatsanwalt: Rubino habe Prina und seine Genossen je nach den Umständen betrogen. Er habe die Parteigelder dann unter seinen Genossen verteilt, um die Bourgeoisie mit ihrem eignen Gelde zu bekämpfen.

Der Staatsanwalt verlangt auf Attentat gegen den König zu erkennen. Verteidiger Roher führt aus, er habe die Verteidigung erst nicht übernehmen wollen, weil er glaube es mit einem Spigel zu thun zu haben. Er habe nicht verstanden, warum die italienische Polizei, trotzdem sie mit Rubino in Verbindung stand, die Brüsseler Polizei nicht von seiner Abreise benachrichtigt habe. Er konnte nicht begreifen, daß man Anarchist und Spigel zu gleicher Zeit sein könnte. Ihm sei das Attentat nicht ernst erschienen.

Nachdem er indes die Memoten Kubinos gelesen habe, sei er zu der endgültigen Meinung gekommen, daß Kubino wirklich Anarchist zu sein glaube.

Die Sitzung wird darauf vertagt, und zwar wegen Erkrankung eines Geschworenen, bis zum Dienstag.

### Frankreich.

Auf die neuen Drehsch-Entschlüsse meldet das „Bureau Herald“ aus Paris: Zuerst wird bei Besprechung der Drehsch-Affäre in der Kammer den Beweis erbringen, daß der Serbe Gjernujski, welcher im Kenefer Prozeß als Belastungszeuge auftrat, für seine Aussage bezahlt worden ist, ferner daß Drehsch in Nemos und Paris infolge Ausstellung eines gefälschten Schriftstücks während seiner Abwesenheit verurteilt und dieses Schriftstück den Mitgliedern des Kriegsgerichts durch die Gattin des Generals St. Germain überreicht worden ist. Weiter soll erwiesen werden, daß ein früherer Mitarbeiter des Obersten Henri, welcher Kenntnis von den Fälschungen hatte, ermordet worden ist.

### Niederlande.

Die Lohnbewegungen in Amsterdam. Wie an „Het Volk“ aus Utrecht mitgeteilt wird, sind nicht allein 150 Geniesoldaten von dort nach Amsterdam geschickt worden, sondern auch noch 120 Festungsartilleristen und 20 Feldartilleristen. Die übrigen Abteilungen der Festungsartillerie stehen zum Ausrücken bereit. Aus Bergen-op-Zoom ist auf telegraphische Order ein Detachement nach Amsterdam ausgerückt. Ferner wurden aus Deventer 2 Eskadronen Infanterie und aus Vreda 77 Mann Infanterie geschickt. Der Kommandant der Garnison von Amsterdam hat an die Truppen einen Tagesbefehl erlassen, worin es heißt:

„Durch den Herrn Bürgermeister ist im Einverständnis mit der befugten Autorität Ihre Hilfe verlangt worden, um die Polizei in ihrer mühevollen Aufgabe zu unterstützen. Herren Hauptoffiziere, Offiziere, Unteroffiziere, Sturporals und Soldaten, ich reune auf Sie alle, daß Sie sich mit vollem Eifer der schweren Aufgabe widmen.“

Wie man hieraus ersieht, sind die Behörden in Amsterdam jetzt sehr ängstlich geworden.

Der Vorstand des Gemeindegewerksverbandes hat ein Manifest an die Einwohnerschaft von Amsterdam gerichtet, worin er sich gegen die Angriffe verteidigt, die in der Gemeinderats-Sitzung gegen die Leitung der Lohnbewegung gerichtet wurden.

Zum Streik der Fuhrleute wird gemeldet, daß einige Unternehmer einen Vermittlungsversuch machen wollten, aber von dem Vorstand ihrer Organisation daran verhindert wurden. Die Versammlung der Unternehmer beharrte auf den bereits mitgeteilten Bedingungen.

### Afrika.

#### Marokko.

Ueber die Gefangenennahme von Samaras liegen folgende neuerliche Meldungen vor: Der Präsident befindet sich als Gefangener beim Stamme der Niata, die ihn hindern, sich nach Taza zurückzuziehen. Die Niata haben dem Sultan angeboten, ihm den Präsidenten gegen Bezahlung auszuliefern. Der Kriegsminister hat jetzt am 1. dieses Monats verfallen, um mit den Niata wegen Auslieferung des Präsidenten in Verhandlung zu treten. Man glaubt, daß der Präsident heute als Gefangener in Fez eingebracht werden wird.

Die Nachrichten über die Gefangenennahme des Präsidenten widersprechen sich noch immer. Nach einer Meldung aus Fez vom 2. d. M. seien mehrere Stämme gegen die Auslieferung des Präsidenten. Andererseits heißt es, die Meldung von der Gefangenennahme des Präsidenten sei dadurch entstanden, daß der Sultan aus Anlaß des Sieges große Festlichkeiten veranstaltet habe.

Es steht also nur so viel fest, daß der Präsident sich nicht als Gefangener in den Händen des Sultans befindet. Dagegen steht es noch keineswegs fest, daß von Samara überhaupt Gefangener ist.

Ueber einen Zusammenstoß mit Chamberlain wird aus Bloemfontein gemeldet: De Wet und 40 andre Boeren, welche der extremen Holländerpartei angehören, hatten heute eine zweistündige Besprechung mit Chamberlain, in welcher es zu energischen Vorgehens kam. De Wet beauftragte die Regierung, die Friedensbestimmungen von Vereeniging verlegt zu haben. Chamberlain lehnte die ihm angebotene Adresse ab und machte den ihm die Adresse überbringenden Delegierten heftige Vorwürfe, weil sie den guten Glauben der englischen Regierung und seinen eignen guten Glauben angegriffen hätten.

### Erlegtes Wild.

Die neuesten Ereignisse in der Angelegenheit der Kronprinzessin von Sachsen zeigen, daß es gelungen ist, die Widerstandskraft der entflohenen Frau zu brechen. Man jagte und legte das Edelwild, bis es müde zusammenbrach. Die Hüter der „guten Sitte“ schmettern ein drohendes Geseh!

Es kann darüber kein Zweifel sein, daß nicht etwa eine neue Sinnesänderung der Kronprinzessin den Anlaß zum Umschwung gegeben hat. Unablässige Verfolgungen und peinvolle Ket haben die unglückliche Frau gebeugt; die Ausichtslosigkeit, eine neue Zukunft gründen zu können, hat sie zur verzweifelnden Selbstenttötung getrieben.

Die Kronprinzessin von Sachsen war dem Glanz des Königshofes entflohen, sie wollte auf Reichthum und Thron verzichten, sie wollte als einfacher Mensch ein neues Leben gewinnen. Sie wollte nichts als Ruhe finden, als von der Welt unbeachtet in Frieden leben.

Noch die Mächtigen, deren Umgang sie zu entgegen gedachte, gingen daran, den „Standal“, den sie ihnen bereitet, zu rächen. Sie gingen daran, das schwache Weib zur Unterwerfung zu zwingen, um so einen „ehrenvollen Abschlus“ des schwer bloßstellenden Falles zu erreichen. Die gestern mitgeteilte Nachricht sagt schon genug: die Kronprinzessin wurde nicht nur bedroht, daß sie niemals wieder Deutschland und Oesterreich betreten dürfe — eine übrigens gänzlich ungescheitete Drohung! —, es wurde ihr erklärt, daß sie ohne Ausweispassiere weder in der Schweiz noch in Frankreich Duldung finden werde! Sie wurde als heimatlos erklärt. Sie sollte keine Stätte finden, wo ihr Ruhe beschieden. Und es ist nur allzu wahrscheinlich, daß sie sich auch der wichtigsten finanziellen Mittel beraubt sah.

So mußte die Gehegte den Kampf um ein neues Leben aufgeben. Sie hätte vorsichtiger und klüger zu Werke gehen müssen, wenn sie die Wände des Hofes mit Erfolg überwinden wollte.

Wir verzeichnen nachfolgend die wichtigsten der eingegangenen Nachrichten:

**Genf, 7. Februar.** Die Rechtsanwältin Lachenal und Dr. Behme sandten an Justizrat Körner in Dresden folgendes Telegramm:

„Prinzessin Luise, welche ihre Beziehungen zu Giron aufgegeben hat, hegt den dringenden Wunsch, ihren erkrankten Sohn Prinz Christian zu sehen. In ihrem Auftrage ersuchen wir Sie, Er. Igl. Hoheit dem Kronprinzen die ehrsüchtvolle Bitte vorzulegen, daß die Mutter auf einige Stunden an das Krankenlager des Kindes treten dürfe. Prinzessin Luise wird nach dem Besuch Dresden wieder verlassen. Wir erbitten telegraphische Antwort.“

**Genf, 7. Februar.** Die Anwälte der Kronprinzessin von Sachsen erhielten von dem Vertreter des Kronprinzen, Justizrat Körner, auf ihr Telegramm von heute früh folgende Antwortdepesche:

„Seine königliche Hoheit lehnt die Erfüllung der gestellten Bitte definitiv und unter allen Umständen ab. Körner.“

**Dresden, 7. Februar.** König Georg berief einen Ministerrat, um das Gesuch der Kronprinzessin, ihren erkrankten Sohn für kurze Zeit besuchen zu dürfen, der Erwägung zu unterziehen. Das Resultat war, daß auch nachdem sich die Prinzessin von Giron getrennt hat, ihre Rückkehr nach Dresden, sei es auch nur auf wenige Stunden, unmöglich sei.

**Dresden, 7. Februar.** Wie von maßgebender Stelle betont wird, ändert die Trennung Giron von der Kronprinzessin in der Rechtslage nichts und läßt auf den Prozeß am 11. d. M. keinerlei Einfluß aus. An eine Rückkehr der Kronprinzessin an den sächsischen Hof ist unter keinen Umständen zu denken; wahrscheinlich ist jedoch die Ausweisung mit ihrer eignen Familie. Die Kronprinzessin dürfte in Oesterreich dauernden Aufenthalt nehmen. Ob ein Wiedersehen mit den Kindern der Kronprinzessin Familie später einmal herbeigeführt wird, hängt von der Entscheidung des Königs nach dem erfolgten Urtheilsspruch ab.

**Wien, 7. Februar.** Dem „Wiener Fremdenblatt“ werden aus Dresden von zuständiger Seite folgende Gründe für die Ablehnung des Ansehens der Kronprinzessin mitgeteilt: Justizrat Koerner legte vormittags dem Kronprinzen die Depesche von Lachenal und Dr. Behme vor. Nach kurzer Konferenz mit Justizrat Koerner begab sich der Kronprinz zum König. Dieser beschied den Minister des Aeußeren von Belysch und den Minister des königlichen Hauses von Schadowitz zu sich, mit denen er eine Stunde über den von der Kronprinzessin geäußerten Wunsch konferierte. Die Konferenz war sich von Anfang an darüber klar, daß der Bitte der Kronprinzessin unter keinen Umständen gewillfahrt werden könne. Die Rücksicht auf die Anstalt des königlichen Hauses gebiete in erster Linie ein solches ablehnendes Verhalten. Ueberdies dürfe man aber auch einer augenblicklichen durch die eingetretenen Verhältnisse herbeigeführten Gefühlsaufwallung auf Kosten der höheren Gesichtspunkte nicht nachgeben. Schließlich war bei der ablehnenden Haltung auch die Erwägung maßgebend, daß man bei Hofe Szenen vermeiden wolle, die sich zweifellos bei Erscheinen der Kronprinzessin in Dresden ereignen hätten und nicht zu vermeiden gewesen wären. Auch sei für das Verbrechen der Kronprinzessin, Dresden sofort wieder zu verlassen, keine Garantie gegeben, da sie ja durch das Gesetz nicht zum Verlassen des Landes veranlaßt werden könnte. Dazu sei der Zustand des erkrankten Prinzen so bedenklich, daß jede Abwesenheit von ihm abzuwenden Pflicht sei. Uns allen diesen Gründen wurde nach einstündiger Beratung auf Ablehnung des Ansehens erkannt.

### Partei-Nachrichten.

**Parteiwoche.** Im „Dallischen Volksblatt“ wird unterm 6. Februar folgendes bekannt gemacht: Beschluß. Mit geistigem Takte ist Herr Georg Saul, der seit Mitte Oktober in der Redaktion des Volksblattes thätig war, unter Zustimmung der Redaktion, des Verlags und der örtlichen Parteileitung von seiner Stellung entbunden worden. Die Redaktionmission.

**Schritte der Sozialdemokratie in Finnland.** Es wurde bereits früher berichtet, daß unser Parteigenosse Redakteur Drosila in die Gemeindevertretung von Helsingfors gewählt worden ist. Nun ist dort als zweiter sozialdemokratischer Stadtverordneter der Richter Kallund hinzugelommen; in der Stadt Tamersfors aber wurden vor kurzen drei Parteigenossen in die Gemeindevertretung gewählt, so daß man jetzt in Finnland fünf sozialdemokratische Stadtverordnete hat. — In Abo hat in letzter Zeit ein Referat über die Ausbildung von Agitatoren stattgefunden, wobei der Leiter, der Genosse T. Rainio, auch über ein neues Programm der finnlandischen Arbeiterpartei referierte, das vom Parteivorstand ausgearbeitet wurde und jetzt als Entwurf vorliegt. Bis jetzt hat die finnlandische Arbeiterpartei kein vollständiges Programm im eigentlichen Sinne des Wortes gehabt. Der Entwurf, der sich im wesentlichen auf das von der österreichischen Partei angenommene Programm aufbaut, soll, nachdem er in den verschiedenen Parteiverbänden besprochen worden ist, dem demnächst stattfindenden Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. — Die sozialdemokratische Presse Finnlands zählt jetzt drei Tageszeitungen in finnischer Sprache und eine wöchentlich erscheinende Zeitung für die schwedisch sprechenden Finnländer. Die Zahl der Exemplare, die von diesen Blättern herauskommen, wird pro Woche auf 80 000 berechnet. Die Zahl der Industriearbeiter Finnlands beträgt ebenfalls ca. 80 000. Im allgemeinen hat sich in Finnland in letzter Zeit ein starker Aufschwung in der Arbeiterbewegung geltend gemacht. Die der Helsingforser Korrespondent von Stockholms „Socialdemokraten“ mitteilt, wird auch die Raimonstration in Finnland in diesem Jahre einhelliger als sonst gestaltet werden. Man hat diese Demonstration bisher am ersten Sonntag im Juni abgehalten, in diesem Jahre aber wird sie wenigstens an den größeren Orten, an demselben Tage wie in andern Ländern stattfinden. Bezeichnend ist, daß eine Versammlung von Arbeitgebern in Helsingfors den Beschluß sagte, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Vereinsrechtliche Scherereien.

Ein Wandtrentprozeß ist jetzt endlich von dem Kammergericht zu Ende geführt worden, der dem unglücklichen Versuche entsprang, einem Verein ein andres Statut aufzuzwingen, als er sich geben wollte, obwohl an der Geselligkeit seines Statuts kein Zweifel bestand.

Im Jahre 1901 wurde in Grünberg bei Oberhain in Posen eine Zahlstelle des Central-Verbandes der Maurer gegründet und selbstverständlich das Statut des Central-Verbandes als Vereinsstatut eingereicht. Der Districts-Kommissar zu Klein-Dah kam aber auf den überraschenden Gedanken, daß dies nur das Statut an sich sei; die Zahlstelle müsse noch ein besonderes, eigentliches Statut, das Specialstatut der Zahlstelle haben. Weil sie das nun nicht hatte und nicht haben wollte, wurden die Vorstandsmitglieder Tamm, Wasserichmidt und Duntz mit Strafmandaten bedroht. Auf ihren Einspruch kam die Sache schließlich vor das Landgericht und dieses erkannte auf Freisprechung. Selbstverständlich hob der Revisionshof des Kammergerichts, der von der Staatsanwaltschaft angerufen wurde, das freisprechende Urteil auf und verurteilte die Sache an das Landgericht zurück. Die Angeklagten, so führte die Revisionsentscheidung aus, konnten sich mit der Unmöglichkeit der Einreichung von Specialstatuten nicht entschuldigen, da sie als erste Vorsitzende des Vereins ihr Amt übernommen, obwohl sie das Nichtvorhandensein von Statuten kannten, sich aber der Pflicht zur Einreichung spezieller Statuten des Vereins „Zahlstelle Grünberg“ bewußt sein mußten.

Und jetzt war aus dem Landgericht der harte Sachverhalt so unklar geworden, daß es die Angeklagten wirklich beurteilte. In der Begründung des Urteils hieß es: Die Zahlstelle Grünberg sei allerdings ein Zweigverein des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, mit diesem organisch verbunden und vielfach von ihm abhängig. Sie sei aber demnach zugleich ein selbständiger Verein im Sinne des öffentlichen Rechts, da sie eine selbständige Vereinsfähigkeit erlangt. Ihre Statuten könnten daher mit denen des Centralverbandes nicht identisch sein und würden durch diese nicht ersetzt. Die Pflicht zur Einreichung der Specialstatuten der Zahlstelle habe den Angeklagten obgelegen und sei durch sie schuldhaft verletzt worden.

Kammer legten die Angeklagten Revision ein, die jetzt vor den ordentlichen Strafsenat des Kammergerichts kam. Der Vertreter der Angeklagten, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, wies mit Recht darauf hin, daß das Landgericht mit dem Satz, die Statuten des Verbandes könnten mit denen der Zahlstelle identisch sein, gewissermaßen ausgesprochen habe, daß das Statut eines Vereins nicht auch das eines andern Vereins sein könne. Das sei selbstverständlich ganz unrichtig.

Das Kammergericht stellte sich denn auch jetzt auf den einzig vernünftigen Standpunkt, daß die Zahlstelle Grünberg das Verbandsstatut als ihr Statut anerkenne und sich dessen bediene, ein Specialstatut aber nicht besitze und es deswegen nicht einreichen könne. Das Statut, das sie besitze, das Verbandsstatut, habe sie eingereicht. Die Angeklagten wurden sofort freigesprochen.

Schade um das viele Geld, das diese Sache kostet.

### Gendarm Schluß in der Klemme.

Einen Schluß mit diesem englischen Titel wollte die Gewerkschaft der Holzarbeiter in Posen aufführen. Der Polizeipräsident verbot die Aufführung mit folgendem Bescheid:

„Die Aufführung des Theaterstückes „Gendarm Schluß in der Klemme“ wird wegen der in ihm enthaltenen Verhöhnung eines in der Ausübung seiner dienstlichen Obliegenheiten begriffenen Beamten verboten.“

Wir haben leider noch nicht das Vergnügen gehabt, den Herrn Gendarm Schluß in der Klemme zu genießen und wissen darum nicht, welche polizeiwidrigen Dummheiten da ein respektloser Zeilenreißer einem königlich preussischen Gendarm angedichtet hat. Aber wir sind trotzdem sicher, daß wir niemals die Vermutung auszusprechen gewagt hätten, daß damit ein wirklicher, in Ausübung dienstlicher Obliegenheiten begriffener Beamter verhöhnt werden könnte. Dazu haben wir zu viel Respekt vor einem preussischen Polizeibeamten; wir hätten immer gemeint, der dumme Dichtlerling mache sich da nur einen Ideal-Gendarm zurecht, den es garnicht giebt; nur um seine faulen Witze anzubringen. Der Herr Polizeipräsident weiß das natürlich besser und wir neigen uns in Demut.

### Aus Industrie und Handel.

**Die neue rumänische Anleihe.** Im letzten Wochenbericht wurde schon auf das eigenartige Verhalten eines Teils der Berliner Hochfinanz und der Berenpresse zu der neuen rumänischen Konvertierungsanleihe hingewiesen. Die Angelegenheit wird dadurch noch charakteristischer für die Moral-Auffassung gewisser Kreise, daß in der heutigen Sitzung der Zulassungsstelle die Genehmigung des von der Diskontogesellschaft und der Firma S. Bleicherder veröffentlichten Prospekts erneut abgelehnt wurde. Ein Teil der Versammelten wollte aus politischen Gründen den Prospekt abgelehnt sehen, das heißt wegen des Vorgebens der rumänischen Regierung gegen die jüdische Bevölkerung, der andre Teil berief sich auf die Unklarheit der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rumaniens, doch kam man schließlich vernünftigerweise zu dem Ergebnis, daß das sogenannte politische Verhalten Rumaniens mit der Prüfung des Prospekts nichts zu thun habe, für die Zulassungsstelle läme nur die Wirtschaftslage in Betracht. Zu einer Genehmigung gelangte man indes ebenso wenig wie zu einer endgültigen Ablehnung; es wurde vielmehr zunächst eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Prüfung der letzten Budgetrechnungen des rumänischen Finanzministeriums befassen und Material zur Beurteilung der Finanzlage Rumaniens herbeischaffen soll. Seitens der Diskontogesellschaft wurde erklärt, daß, wenn die Zulassungsstelle den Prospekt nicht gutheißt, sie an das Aktienkollegium appellieren werde.

Welche Motive es sind, die einen Teil der „Zulassungsstelle“ zu seiner außergewöhnlichen Strenge veranlassen, zeigt deutlich das schöne Schwänzen, mit dem das „Berliner Tagesblatt“ seinen Bericht über die Sitzung hier: „Die rumänische Regierung aber findet in diesen Zwischenfällen neue Gelegenheiten, einzusehen, welche Schwierigkeiten sie sich mit ihrem Verhalten zugezogen hat. Wir haben es an rechtzeitigen Warnungen nicht fehlen lassen.“

**Sonntagsruhe im Bankgewerbe.** Der Centralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er sich für die Einführung völliger Sonntagsruhe, für frühen Schluß der Bankgeschäfte an den Sonntagen und für Bewahrung von Ferien ausspricht und seine Mitglieder auffordert, freiwillig diesen Forderungen möglichst entgegenzukommen, da eine gesetzliche Durchführung der Sonntagsruhe bei der örtlichen Verschiedenheit der Verhältnisse leicht Störungen im Bankgewerbe zur Folge haben könnte.

**Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1902.** Für die Einfuhr und Ausfuhr der nordamerikanischen Union im letzten Jahre werden jetzt vom „Commercial and Financial Chronicle“ die endgültigen Zahlen veröffentlicht. Die Wirkung der günstigen Ernte trat danach in Export von Rohenerzeugnissen der Vereinigten Staaten von Amerika während des Monats Dezember 1902 deutlich zu Tage. Die Ausfuhr von Weizen und andrem Getreide sowie von Baumwolle stieg bedeutend über die im November erreichte Höhe. Infolgedessen übertraf die Wertsumme des Gesamtexports in Dezember die vom November um 8 Proz. und die vom vorjährigen Dezember um 1 1/2 Proz. Auch die Einfuhr wuchs im letzten Monat des vergangenen Jahres erheblich und stieg im Werte um 15 Proz. über diejenige vom November, so daß die Einfuhrsumme für das ganze Jahr noch größer ausfiel, als man vor vier Wochen annahm.

Für das Jahr 1902 gehaltenen sich die Wertzahlen der Einfuhr und Ausfuhr im Vergleich zum Vorjahre folgendermaßen:

	Warenverkehr:		
	1901	1902	1902 mehr oder weniger als 1901
	Dollar	Dollar	Dollar
Einfuhr:			
zollfrei . . . . .	381 512 618	408 643 902	+ 27 131 284
zollpflichtig . . . . .	498 907 292	560 626 107	+ 61 718 815
Summe . . . . .	880 419 910	969 270 009	+ 88 850 099
Ausfuhr:			
inländische . . . . .	1 438 078 651	1 333 289 183	- 104 789 468
ausländische . . . . .	27 297 209	27 407 172	+ 109 963
Summe . . . . .	1 465 375 860	1 360 696 355	- 104 679 505
Ausfuhr-Überschuß . . . . .	584 955 950	391 426 346	- 193 529 604

Die bemerkenswerte Zunahme der Wareneinfuhr hat ihren Grund in der guten Abfragelegenheit, welche die gute Geschäftslage in den Vereinigten Staaten ausländischen Erzeugnissen der verschiedensten Art eröffnete. Amerika bezog mehr Rohmaterialien als sonst, um den erhöhten Bedarf der Industrien an solchen befriedigen zu können. Ferner mußten, weil die Nachfrage nach Fabrikaten eine außerordentliche Höhe erreichte und in vielen Artikeln von der inländischen Industrie trotz Anspannung aller Kräfte nicht gedeckt werden konnte, mehr fabrizierte Artikel vom Auslande gekauft werden. Die Gründe für das erhebliche Sinken des Warenexports lagen einmal in dem ungünstigen Ergebnis der Ernte 1901, andererseits in der erhöhten Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes für Waren, die sonst einbehalten waren und an das Ausland abgegeben werden konnten. Am stärksten abgenommen hat im letzten Jahre der Export von Getreide und Baumwolle.

**Zur Kartellfrage.** Die Handelskammer zu Rülheim a. Rh. hat nach eingehender Beratung dem deutschen Handelstag folgende Mitteilung gemacht:

„Die Handelskammer zu Rülheim a. Rh. stellt sich im Prinzip auf den Standpunkt, daß die Kartelle und Syndikate eine neue Form der Association darstellen, welche für viele Industriezweige geradezu eine Notwendigkeit geworden und durchaus geeignet ist, dem wirtschaftlichen Leben der Nation zum Vorteil zu gereichen. Die Handelskammer verkennt durchaus nicht, daß die bisherige Handhabung der Leitung der Kartelle und Syndikate in einzelnen Fällen zu Beschränkungen Anlaß geboten hat. Sie ist aber der Ansicht, daß sich eine Korrektur gegenüber solchen Uebelständen von selbst ergeben wird, da sie im eignen Interesse der Syndikate liegt, die in ihrer großen Mehrheit durchaus keinen monopolistischen Charakter haben, sondern einerseits mit den ausstehenden Werken zu rechnen und andererseits für die Lebensfähigkeit ihrer Abnehmer zu sorgen haben. Die Handelskammer ist ferner der Ansicht, daß eine Veranlassung zu einer Einmischung der Staatsregierung gegenüber diesen freiwilligen Vereinigungen nicht vorliegt.“

Dah die Handelskammer zu Rülheim a. Rh. zu diesem Ergebnis gekommen ist, wundert niemand, der die industriellen Verhältnisse ihres Bezirks kennt.

## Sociales.

### Krankheit und Invalidität.

In Nr. 26 unseres Blattes unter „Sociales“ und im Leitartikel der Nr. 28 wiesen wir darauf hin, daß durch die Ausdehnung der Krankenversicherung auf 26 Wochen zwar ein äußerlicher, aber keineswegs vollständiger und wirklicher Anschluß an die Invaliden-Versicherung erreicht sei, weil nämlich der Begriff der Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Krankenversicherungs-Gesetzes ein anderer sei, wie im Sinne des Invaliden-Gesetzes. Das wird in einem Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ felsamerweise als eine „unbegrenzte Verschärfung“ bezeichnet. Zur Begründung heißt es in dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“:

„Für die nach Krankheit von 26 Wochen zurückbleibende Erwerbsunfähigkeit, die nach § 16 des Invalidenversicherungs-Gesetzes zum Rentenbezug berechtigt, sind aber die Bestimmungen des § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes maßgebend. Die Krankheit ist — nach einer Revisionsentscheidung des Reichs-Versicherungsamtes von 1894 — auch dann als „mit Erwerbsunfähigkeit verbunden“ anzusehen, wenn jemand zwar — trotz des zur Zeit bestehenden Erfordernisses — noch die zur Erzielung des fraglichen Mindestverdienstes erforderlichen Arbeitsverrichtungen vorzunehmen an sich physisch fähig ist, die Arbeit nur aussetzen und sich Ruhe gönnen muß, um zu verhüten, daß er durch Verschlimmerung seines Gesundheitszustandes für eine längere Zeit die Erwerbsunfähigkeit völlig einbüße, wenn er also der Arbeitseinstellung als eines Mittels zu seiner völligen Wiederherstellung bedarf.“ Auch die Zeit der „Erholung“, welche sich an die Zeit der medizinischen Behandlung der Krankheit anschließt, gilt als Zeit der Erwerbsunfähigkeit, welche mit der Krankheit „verbunden“ ist. (Siehe: Gebhard u. Dittmann, Kommentar zum Invalidenversicherungs-Gesetz, Altenburg 1901; Seite 194.)

Leider beweist das trotz der Verweisung auf den großen Kommentar durchaus nicht, was es beweisen soll.

Erstens steht im ganzen Invalidenversicherungs-Gesetz und selbstverständlich auch in dem genannten Kommentar kein Wort davon, daß für die nach Krankheit von 26 Wochen zurückbleibende Erwerbsunfähigkeit, die nach § 16 des Invalidenversicherungs-Gesetzes zum Rentenbezug berechtigt, die Bestimmungen des § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes maßgebend seien.

Zweitens bezieht sich die in der „Leipziger Volkszeitung“ citierte Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes gar nicht auf den § 16. Die in dieser Entscheidung ausgesprochenen Grundsätze hat das Reichs-Versicherungsamt allerdings in einer ganzen Anzahl Entscheidungen angewandt. Aber niemals in Beziehung auf § 16 und vor allen Dingen niemals bei Prüfung der Frage, ob der Zustand eines Rentenberechtigenden die Gewährung einer Rente für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit rechtfertigt. Vielmehr beziehen sich diese Entscheidungen auf Fragen der Beitragsleistung, z. B. ob eine auf die Beitragsleistung beziehungsweise auf die Erfüllung der Wartezeit anrechnungsfähige Krankheit vorhanden war und sie sind deshalb in dem Kommentar von Gebhard ganz richtig auch nur bei § 20 des Invalidenversicherungs-Gesetzes behandelt. Obwohl es in diesen Fällen allerdings außerordentlich nahe liegt, daß das Gesetz als „mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheit“, für welche keine Beiträge entrichtet zu werden brauchen, solche anzusehen wollte, wie sie sich aus dem Krankenversicherungs-Gesetz ergibt, ist es doch in zahlreichen Fällen vorgekommen, das erst das Reichs-Versicherungsamt angerufen werden mußte.

Ganz anders ist es bei § 16 des Invalidengesetzes, und daher steht auch bei der Erläuterung dieses Paragraphen in dem Kommentar von Gebhard u. Dittmann auf Seite 190:

„Im allgemeinen ist davon auszugehen, daß der Begriff erwerbsunfähig im § 16 nicht in andern Sinne auszulegen ist als in dem § 15 Abs. 2 und § 5 Abs. 4. In diesem Sinne spricht sich auch die Revisionsentscheidung 469 aus. Gleichwohl wird eine verständige Praxis dazu führen müssen, den Begriff in Bezug auf die ersten 26 Wochen in einem Sinne anzuwenden, welcher sich der Bedeutung nähert, die ihm gemäß § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes und gemäß § 30 Absatz 3 des Invaliden-Gesetzes beigelegt ist.“

Das ist schon ziemlich deutlich. Die §§ 15 und 5 des Invaliden-Gesetzes sind diejenigen, die den Begriff der Invalidität feststellen. Invalidität und damit rentenberechtigend sind danach Personen, „wenn sie nicht mehr im Stande sind, durch eine ihren Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihnen unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“

Soweit der Kommentar hier eine Beziehung auf das Krankenversicherungs-Gesetz unter Verweisung auf Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamtes findet, ist der Zustand sogar noch ungünstiger, als wie wir unterstellt hatten. Wir hatten unterstellt, daß für die ersten 26 Wochen die Erwerbsunfähigkeit nach § 16 i. V. G. ohne weiteres gegeben sei, sobald sie aus dem Krankenversicherungs-Gesetz anerkannt war. Der Kommentar belehrt uns, daß es auch hier erst einer „verständigen Entscheidung“ bedarf, um wenigstens eine Annäherung des einen Begriffs an den andern, keineswegs eine Gleichsetzung herbeizuführen.

Alle Zweifel schließt aber aus, was der Kommentar über den entscheidenden Satz des § 16 „für die weitere Dauer der Erwerbsunfähigkeit“ (wird Invalidenrente gewährt) Seite 181 sagt:

„Während für die Zeit bis zum Ablauf der 26. Woche der Begriff der Erwerbsunfähigkeit in einem Sinne auszulegen ist, welcher sich dem Krankenversicherungs-Gesetz nähert, liegt in der Regel kein Anlaß vor, den Begriff für die spätere Zeit anders als nach Maßgabe der §§ 15 Absatz 2, 5 Absatz 4 zu beurteilen. Unterbrechungen der Erwerbsunfähigkeit nach dem Ablauf jenes Zeitraumes heben also den Rentenanspruch nicht auf, so lange die Erwerbsunfähigkeit im ganzen noch unter dem in § 5 Absatz 4 bezeichneten Maße bleibt. Dagegen würde die gegebene Möglichkeit, bei einem Wechsel der Berufstätigkeit das fragliche Drittel noch zu erwerben, an sich den Anspruch auf Rente ausschließen müssen.“

Das Krankenversicherungs-Gesetz kennt nur eine Erwerbsunfähigkeit innerhalb des Berufs, den der Erkrankte augenblicklich ausübt und außerdem auch die Rücksicht auf den Heilungsprozeß und schließlich auch noch die Rückzahlung. Das ist der Unterschied der beiden Arten von Erwerbsunfähigkeit nach den beiden Gesetzen und deshalb steht es fest, daß durch die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz in der That kein wirklicher und vollständiger Anschluß an das Invalidengesetz erreicht wird. Wir wollen es für einen verhängnisvollen Fehler halten, wenn die unbegründet optimistische Auffassung, die in dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ ausgesprochen wird, verhindern sollte, daß auf diesen Mangel der beiden Gesetze nachdrücklich hingewiesen wird. Die in dem Artikel angelobte Prohibition der Regierung und des Reichstages kann höchstens unverbindliche Erklärungen zur Folge haben, durch die sich die richterlichen Instanzen nicht werden abhalten lassen, so zu entscheiden, wie es die mangelhaften Gesetze zur Zeit gestatten.

### Ein mißglückter Vorstoß gegen das Koalitionsrecht.

Der Dachdeckmeister A. Streckfuß in Freiburg im Baden hatte den Kühnen Versuch unternommen, die Bekannmachung der von den Arbeitern über seinen Betrieb verhängten Sperre im Wege des Zivilprozesses zu bekämpfen. Die Sperre war in der „Dachdecker-Zeitung“ bekannt gemacht und Streckfuß klagte gegen den Redakteur, Genossen G. Hoch in Hanau, beim Landgericht Freiburg auf Einstellung der Bekannmachung bei 100 M. Strafe für jede Wiederholung.

Das Gericht prüfte den Anspruch des Klägers von allen Seiten auf Grund der §§ 823, 824, 826 A. O. B., citierte eine Anzahl Kommentare und erkannte auf kostenpflichtige Abweisung der Klage. Interessant sind aus der Begründung des Urteils die Ausführungen über die Anwendung der Vorschrift des § 826 A. O. B., Schadenzufügung durch Verstoß wider die guten Sitten.

„Das Gericht konnte einen Verstoß gegen die guten Sitten in dem Verhalten der „Dachdecker-Zeitung“ nicht erblicken. Einmal ist zu bedenken, daß bei der Beurteilung einer fremden Handlung auf ihr Verhältnis zu den Normen der Sittlichkeit oder der Sitten der wechselnden Maßstäbe der verschiedenen Gegenden, Bevölkerungsklassen, Ständen eines Volkes Rechnung getragen werden muß. Es ist dem objektiv urteilenden Gericht verwehrt, seine eigene Ueberzeugung, selbst wenn ihr zufolge ein fremdes Verhalten das Urteil des egoistischen, rücksichtslosen und deshalb sittenwidrigen verdienen sollte (zu deutsch: als egoistisch, rücksichtslos und sittenwidrig beurteilt werden könnte. A. d. V.), als die allein maßgebende an eine Handlung heranzutragen (auf eine Handlung zu übertragen. A. d. V.). Wenn also in einem Falle wie dem vorliegenden die Arbeiter, getragen von der Vorstellung ihrer berechtigten Interessen, eine Kampfmaßregel anwenden, die sie insgesamt und in gutem Glauben für eine unerlässliche ansehen und die jedenfalls mit den Vorschriften der öffentlichen Ordnung nicht in Widerspruch tritt, so ist es schon deswegen ausgeschlossen, eine allgemeine gültige Sittenregel zu konstruieren, welche vom Interessensstandpunkt des entgegengesetzten Standes aus diese Maßregel für maßlos erklärt.“

Aber auch wenn man objektiv eine abweichende Bewertung des von der Klage geäußerten Verhaltens für möglich halten wollte, würde nichtsschwerer ein Vorgehen gegen den Beklagten nach § 826 nicht zulässig sein. Denn das Bürgerliche Gesetzbuch verleiht nur eine vorläufige Schadenzufügung, die auf einem Verstoß gegen die guten Sitten beruht. Hiermit ist vom Gericht geordert, daß der in fremde Sphäre eingreifende sich bewußt gelassen ist, es werde sein Verstoß gegen die Sitten zu fremdem Schaden führen, daß er sich also auch der sittenwidrigen Eigenschaft seines Verhaltens bewußt gewesen ist. Bei der unbedeutenden Verschiedenheit der ständischen Anschauungen, auf welche bereits hingewiesen wurde, ist aber bei den Arbeitern und demgemäß auch bei dem Beklagten, der ein Interessenorgan dieser Klasse redigiert, die Annahme nicht in Betracht zu ziehen, daß sie sich eines sittenwidrigen Verhaltens bewußt gewesen seien.“

Das Urteil kennzeichnet sich durch eine erfreuliche Objektivität, von der wir nur wünschen können, daß sie stets alle Gerichtsurteile auszeichnen möge.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Ein Streit in den Union-Werken kann möglicherweise am Montag zum Ausbruch kommen. Schon seit längerer Zeit herrschte unter den Drechern der Unionwerke große Unzufriedenheit über fortgesetzte Lohnrückstellungen. Kurz vor Weihnachten wurde ihnen eröffnet, für einen geringeren Lohn wie bis dahin üblich zu arbeiten. Als sie sich jedoch mit Entschiedenheit gegen dieses Ansuchen sträubten, erfolgten gleich nach den Feiertagen Entlassungen in größerem Maßstabe unter der Begründung, daß zwar die alten Preise fortgezahlt werden sollten, die Produktion jedoch eingeschränkt werden müsse. Den Entlassenen wurde WiederEinstellung zugesagt, sobald sich die Aufträge mehren würden. Die Direktion hat nun aber, nachdem die Geschäfte flotter gehen, anstatt die alten Arbeiter wieder zu beschäftigen, neue ungebildete Kräfte eingestellt, die aller Wahrscheinlichkeit nach angezogen und zu Lohnrückstellungen gebraucht werden sollen. Gleichzeitige sind erneute, beträchtliche Lohnherabsetzungen vorgenommen worden. Diese Zustände konnten die Drecher nun nicht mehr länger ertragen, denn sie sind bei den jetzigen Löhnen kaum mehr existenzfähig, geschweige noch bei Abzügen. In der gestrigen Branderversammlung, die von fast sämtlichen Drechern des Werkes besucht war, wurde mit allen gegen eine Stimme folgender Beschluß gefaßt:

Am Montag, den 9. Februar, geht kein Drecher an die Arbeit. Vielmehr hat eine Kommission wegen Zurücknahme der Lohnkürzungen und der übrigen Mißstände bei der Direktion vorstellig zu werden. Lehnt diese die Forderungen ab, so wird sofort der Streik proklamiert. — Es handelt sich hier nicht um Neuforderungen, sondern um die Erhaltung der alten Lohnsätze.

**Achtung, Metallarbeiter. Formier und Sackerei-Arbeiter** wollen darauf achten, daß die Sackerei von Eitner nach wie vor gesperrt ist. Der Streik der Mechaniker, Dreher, Schlosser und so weiter bei Kessler u. Schmidt dauert unverändert fort. Wir ersuchen die Kollegen, den Zugang streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Ordnungsverwaltung Berlin.)

Ein erfolgreicher Bäderstreik. In einer Arbeitsniederlegung kam es am vergangenen Freitag ganz plötzlich in der bekannten Großbäderei Goldacker in der Brunnenstraße. Dort hatte seit kurzer Zeit die Organisation der Bäder festen Fuß gefaßt. Den Bademeistern war dies in mehrfacher Hinsicht unangenehm und auf deren Vertreter wurden die Werkstatt-Vertrauensleute der Weiß- und Schwarzbäder entlassen. Als nun am Freitag der Vertrauensmann der Schwarzbäder mitten in der Arbeit gemahnt wurde, trat die ganze Schicht in den Ausstand. Nach Inapp 2 Stunden war durch Vermittlung der Organisation der Ausstand beigelegt. Den Arbeitern wurden folgende Zugeständnisse gemacht: 1. Die Gehaltsregelungen, sowie alle Ausständigen werden sofort wieder eingestellt und die an deren Stelle Getretenen entlassen. 2. Es wird ein Arbeiterausschuß gebildet, der wegen der Beschwerden und Wünsche der Betriebsarbeiter mit dem Inhaber persönlich zu unterhandeln hat. 3. Wegen Zugehörigkeit zur Organisation darf eine Entlassung nicht vorgenommen werden. 4. Es wird eine Lohnherabsetzung bewilligt; eine Betriebsarbeiter-Versammlung hat hierfür die Vorschläge zu formulieren. 5. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden. Wenn solche aber unbedingt nötig sind, müssen sie mit 50 Pf. pro Mann und Stunde vergütet werden.

### Deutsches Reich.

Die Formier und Sackerei-Arbeiter der Nationalen Radiator-Gesellschaft in Schönebeck a. d. Elbe sind wegen Differenzen mit der Betriebsleitung in den Ausstand getreten. Ein Verständigungsversuch seitens des Metallarbeiter-Verbandes ist durch die Firma zurückgewiesen worden.

Solgarbeiter. In der Holzbearbeitungsfabrik von H. Salge in Stettin-Gradow haben am Freitag sämtliche dort beschäftigten Arbeiter wegen Lohn Differenzen nach 11-tägiger Kündigung die Arbeit niedergelegt. Drechsler, Maschinenarbeiter und Tischler werden ersucht, bei der betreffenden Firma nicht in Arbeit zu treten.

Die Hiesigen in Köln sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Unternehmer hatten ihnen anfangs Januar einen neuen Tarif unterbreitet, der bedeutende Verschlechterungen enthielt. Darauf haben die Arbeiter nun ihrerseits Forderungen gestellt.

Der Streik der Schmelze in der Süddeutschen Waggonfabrik zu Metterbad ist nach dreitägiger Dauer beendet worden, nachdem die Differenzen zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt waren.

Die Aussperrung auf dem Bremer „Sulkan“ berührt die „Arbeiter-Zeitung“ ihren Lesern so:

Bremen. Auf der Werk des Bremer „Sulkan“ in Begebad ist für diejenigen Arbeiter, welche trotz des Verbots der Direktion der Arbeit fern geblieben sind, die Fabrik auf fünf Tage geschlossen.

Daß die Arbeiter von der Arbeit fern geblieben sind, um der Vererdigung eines im Betriebe des „Sulkan“ verunglückten Kameraden beizuwohnen, verschweigt die „Arbeiter-Zeitung“. Schämt sie sich, den wahren Grund der Aussperrung mitzuteilen, oder sollen ihre Leser glauben, die Arbeiter haben bloßen Montag gemacht und sind deshalb ausgesperrt worden?

Das Erfarter Gewerkschaftsartikel konstatiert in seinem soeben erschienenen Jahresbericht für 1902, daß die Mitgliederzahl der dem Artikel angeschlossenen Gewerkschaften gegen das Vorjahr um 227 gestiegen ist, nämlich von 2360 auf 2587. In Beiträgen brachten die Gewerkschaften insgesamt im Berichtsjahr 41 583 M. auf, davon wurden 22 245 M. an Unterhaltungen verausgabt. 16 437 M. wurden den Centralstellen der einzelnen Organisationen zugeführt. Von einer Arbeitslorenzählung wurde in diesem Jahre Abstand genommen.

Die längste Arbeitszeit ist bei den Mältern, nämlich 13 Stunden, in einem Jahre 16 Stunden, bei Löhnen von 3 bis 3,75 M.; in der Umgegend beträgt die Arbeitszeit 16—18 Stunden. Von Streiks ist nur der von 31 Formern und Keramachern zu erwähnen, der nach 10-wöchentlicher Dauer als verloren beendet wurde. Durch gütliche Vereinbarung erzielte die Brauer ganz annehmbare Zulagen.

Rechtsobstand wurde vom Vorstand und von einigen vom Kartell ernannten Personen erteilt. Den Jungmännern und Handwerkskammermitgliedern das Kartell besondere Aufmerksamkeit und gelang es deshalb auch, in den Gesellenanschlüssen und der Handwerkskammer Streiker durchzubringen. Der Jahresbericht weist eine Einnahme von 1340,47 M. und eine Ausgabe von 714,48 M. auf, mithin verbleibt ein Bestand von 625,99 M. Bemerkenswert ist noch die Errichtung einer Lesehalle, die sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens allgemeiner Beliebtheit erfreut. Alles in allem konstatiert der Bericht, daß die Krise nicht im Jande war, die einzelnen Organisationen zu gefährden, im Gegenteil, eine geringe Steigerung in fast allen zu verzeichnen ist.

### Ausland.

Der Streik der Wiener Konfektionshelfer. Neuerdings haben wieder eine Anzahl von Städtemeistern die Forderungen der Gehilfen durch Unterschrift anerkannt. Infolgedessen hat die Zahl der Streikenden erheblich abgenommen. Den weitaus größeren Teil bilden die Gehilfen, deren Meister an solche Konfektionshelfer liefern, die bisher den Vohntarif nicht bewilligt haben. Es ist leider nicht zu hoffen — schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“ — daß die heute noch Streikenden in kurzer Zeit den Kampf werden aufgeben können. Man hat es jetzt mit den hartnäckigsten und verhassten Konfektionshelfern zu thun, und es kann noch eine hübsche Zeit dauern, bis in diese Krämmerhölle Vernunft einzieht.

## Die Massenausperrung von Bremer Arbeitern vertagt!

Bremen, 7. Februar. (Fig. Ver.) Die angeordnete Aussperrung von rund 2000 Arbeitern auf der Werk des „Bremer Sulkan“ in Begebad wird heute nicht zur Ausführung kommen. Die Direktion hatte den Termin bis Dienstag hinausgeschoben, um der Entfaltung der Arbeiter über einen von ihr gemachten Vorschlag Zeit zu gewähren. In den Verhandlungen mit der Kommission hatte die Direktion auch den Bauvorstehenden des Metallarbeiter- und den Centralvorstehenden des Werftarbeiter-Verbandes hinzugezogen. Ihr Vorschlag ging dahin, daß — bei Bestehenbleiben der jetzigen Einteilung der Werk in drei Abteile — im Falle eines Todesfalles bis zu 50 Prozent der Arbeiter derjenigen Abteilung, der der Verstorbene angehörte, an der Beerdigung teilnehmen sollen. Sind weniger als 300 Personen in der Abteilung beschäftigt, so sollen alle zur Teilnahme berechtigt sein. Der Beerdigung eines dieser Tage verunglückten Kollegen soll indes noch die gesamte Abteilung O und Deputationen der beiden andern Abteilungen betheiligen. Für die Rieter und Stemmer — wegen deren bereits längere Zeit die Sperre über diesen Zweig der Werk besteht — ist ein neuer Accordtarif vereinbart worden, der geeignet sein soll, die Differenzen zu beseitigen. Verbindung bei dem Vorschlage der Direktion ist, daß die Arbeiter die Sperre über die Werk aufheben. Im Falle der Annahme sollten die ausgesperrten 500 Arbeiter bereits heute Sonnabend früh die Arbeit wieder aufnehmen können. In der gestern abend stattgefundenen Versammlung der Arbeiter ist noch keine Einigung zu Stande gekommen. Zu heute und morgen sind Mitglieder-Versammlungen der einzelnen beteiligten Gewerkschaften angebergt, in denen über den Vorschlag der Direktion abgestimmt werden soll. Von Bedeutung für den Ausgang der Sache wird das Verhalten der heute tagenden Rieter und Stemmer sein.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deputiertenkammer. Paris, 7. Februar. (W. T. G.) Bei der Beratung des Finanzgesetzes wird die Frage des Schutzes der nationalen Arbeit erörtert. Ein Antrag, diejenigen Arbeitgeber, welche Ausländer beschäftigen, mit einer besonderen Steuer zu belegen, wird an die Kommission verwiesen. Eine von Raby eingebrachte Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, Vorschläge zu machen, wie der französische Arbeiter gegen die fremde Konkurrenz zu schützen sei, wird angenommen, nachdem der Minister für Handel und Industrie erklärt hatte, er sei bereit, die Frage zu prüfen.

In den Wandelgängen der Kammer hat eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen den Deputierten Lafosse und Sella stattgefunden, die in Thätlichkeiten ausartete. Lafosse hat Sella seine Zungen geschickt.

Die Kammer verlag die Weiterberatung des Finanzgesetzes auf Montag, weil der Finanzminister Rouvier wegen Unfähigkeit heute nicht an der Sitzung teilnehmen konnte.

### Arbeitslorenzählung in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 7. Februar. (W. T. G.) Das genaue Resultat der hier am 1. Februar vorgenommenen Arbeitslorenzählung liegt nunmehr vor. Gezählt wurden 3370 Arbeitslose, davon waren 2064 gelernte Arbeiter, 956 ungelernete, 206 Kaufleute und verwandte Berufs, 315 Mädchen und Frauen.

### Gehorsam verweigende türkische Garnison.

Frankfurt a. M., 7. Februar. (W. T. G.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Belgrad: Wie verlautet, verlagte die türkische Garnison in Sjenica (Sandjal Kovibazar) wegen Nichtausführung des Gehalts den Gehorsam und sperrte den Russischen Saade Pascha in einen Stall. Der Rabi mußte unter Eskorte von den Russen Gaben für die Soldaten sammeln.

### Gruben-Englän.

Gelsenkirchen, 7. Februar. Der „Gelsenkirchener Zeitung“ zufolge sind auf der Zeche „Hugo“ bei Duer drei Bergleute durch herabfallende Gesteinsmassen getötet worden.

Reichstag.

253. Sitzung. Sonnabend, den 7. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Präsident Graf Kallstrem: Auf die neulich ausgesprochenen Beschlüssen über meine Verfügung vom 7. Dezember betr. die Verkehrsverhältnisse habe ich zu erklären, daß diese Verfügung bereits im vorigen Monat suspendiert worden ist. Falls es notwendig werden sollte, wird sie wieder in Kraft treten.

Der Etat der Reichsanleihe wird in zweiter Lesung debattiert.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Zum Titel Staatssekretär (fortdauernde Ausgaben) liegen folgende Resolutionen vor:

Die Abgg. Albrecht (Soc.) und Genossen beantragen: 1. Der Reichskanzler möge alsbald einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen an Stelle der im § 139b der Reichsgewerbe-Ordnung bestimmten Beamten und Landespolizeibehörden Betriebs-Aufsichtsbeamten nach folgenden Grundsätzen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schiffahrt.

Sie wird einer Reichs-Centralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat. In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen bezw. zu wählen.

2. Der Reichskanzler möge einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die regelmäßige tägliche Maximal-Arbeitszeit für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrsweisen beschäftigten Personen vorläufig auf zehn Stunden festgesetzt und innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden verkürzt wird.

Die Abgg. Grober (L.) und Genossen beantragen die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt wird.

Die Abgg. Frick, Dehl und Herrnsheim (natl.) und Trimborn (C.) beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der folgende Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung wie folgt ändert:

1. Der § 135 Absatz 3 erhält folgende Fassung: Junge Leute zwischen 14 und 18 Jahren (bisher 16 Jahren) dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden.

2. Der § 137 Absatz 2 erhält folgende Fassung: Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 18 (bisher 16) Jahren darf die Dauer von 10 Stunden (bisher 11 Stunden), an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Dauer von 9 Stunden (bisher 10 Stunden) nicht überschreiten.

3. Hinter dem § 137 wird eingeschaltet: § 137a. Jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen darf Arbeit nach Hause nicht mitgegeben werden.

4. Dem § 139a Absatz 1 wird hinzugefügt: (Der Bundesrat ist ermächtigt) 5. für bestimmte Industriezweige Ausnahmen von den Bestimmungen des § 137a zuzulassen.

5. § 140. Die Übertretung dieser neuen Bestimmungen wird mit Geldstrafe bis zu 2000 M. im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten geahndet.

Abg. Trimborn (Centr.):

Mit dem Ressort des Reichsamts des Innern kann sich an Umfang vielleicht kein Ressort eines europäischen Ministers messen. Es gehört in erster Linie dazu das weite Gebiet der Sozialpolitik, und wir pflegen in jedem Jahre bei diesem Etat eine Art sozialpolitischer Revue zu halten. Das vergangene Jahr ist sozialpolitisch keineswegs unfruchtbar gewesen. Besonders wertvoll ist die Anbahnung einer Witwen- und Waisenversorgung (Lachen bei den Sozialdemokraten), die mit 261 gegen nur 35 Stimmen vom Reichstag angenommen ist. (Abg. Singer rufft: Sie ist auch danach!) Herr Kollege Singer, wenn Sie wollten, in welcher bedenklichen Lage ist Sie sich mit diesem Wohlstand setzen, so hätten Sie ihn gewiß unterlassen! Der „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Presse haben gegen die von uns angeregte Witwen- und Waisenversorgung allerlei widerwärtige Uebertreibungen, Geschwätzigkeiten und objektive Unrichtigkeiten vorgebracht, für die ich nur ein Adjektiv habe. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ernsthafter und würdiger Ausführungen hat Abgeordneter Bebel gegen unser Vorgehen gemacht. Aber auch diese waren unrichtig. Abgeordneter Bebel meinte, wir hätten die Witwen- und Waisenversorgung nur vorzuschlagen, um das Odium der Verteuerung der Lebensmittel in etwas abzuschwächen. Die Witwen- und Waisenversorgung war aber ein alter Wunsch meiner Partei, der Polltarif bot uns nun die Gelegenheit und die finanzielle Grundlage zur Durchführung dieses Wunsches. Wir waren klug genug, diese Gelegenheit zu benutzen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Abg. Bebel meinte, wir hätten 13 M. und gäben nur eine Mark dafür zurück. (Abg. Singer: Sehr richtig!) Damit ist gleich gesagt, wie man in fünfzig sozialdemokratischen Wähler-Versammlungen gegen uns operieren wird. (Abg. Singer: Sehr wahr! Weiter links) und wie man uns kluge und weise Mahnungen kritisieren wird. So haben Sie (zu den Sozialdemokraten) sich doch die Sache gedacht. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Ja, ja!) Sie haben aber unrichtig gedacht! Die Wählerchaft wird intelligent genug sein, um auf das falsche Rechenexempel nicht hereinzufallen. Das Exempel beruht auf der falschen Voraussetzung, daß die Zoll-erhöhungen in ihrem ganzen Umfange die Konsumenten belasten würden. Die Konsumenten haben aber ausschließlich ein Drittel der Last zu tragen. Dann würde für Roggen und Weizen, die hier allein in Betracht kommen, pro Jahr und Kopf eine Mehrbelastung von 2,01 M. sich ergeben. Bei Weiz und Roggen erscheint eine Preissteigerung durch die Zoll erhöhungen ausgeschlossen, weil wir schon jetzt eine fast vollständige Sperre gegenüber fast sämtlichen Ländern haben. Gegen diese 2,01 M. jährlich tauscht der Mann im Volke eine einigermassen gesicherte Existenz seiner Witwe nach dem Tode des Ernährers ein. Für diese Fürsorge wird die Arbeiterchaft volles Verständnis haben.

Zu den Ergebnissen der Session gehört weiter die Unfallversicherung für Gefangene sowie die Seemannsordnung. Durchörterte bis zur dritten Lesung ist auch das Gesetz zum Schutze der gewerblichen Kinderarbeit, dessen Annahme seitens der Regierung bestimmt zu erwarten ist. Schließlich ist noch zu erwähnen das Verbot der Verwendung von Phosphor bei der Händholzfabrication, das Gesetz betreffend die kaufmännischen Schiedsgerichte und die Krankenkassengesetz-Novelle, die, wie ich bestimmt hoffe, auch noch in dieser Session erledigt werden wird. Weiter sind eine Reihe sozialpolitischer Verordnungen im Laufe des Jahres 1902 erlassen worden. Eine Reihe derselben besaßen sich mit dem Schutze der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Es wurden Ausnahmen der bisherigen Bestimmungen beseitigt und die Schutzbestimmungen selbst erweitert. Zu erwähnen ist dann die Verordnung zum Schutze der Gehilfen und Lehrlinge in Gastwirtschaften, die auf Grund der gemachten Erfahrungen eventuell abzuändern sein wird.

Auch sonst ist der sanitäre Maximal-Arbeitstag weiter ausgedehnt worden. Wir hoffen aber doch, daß die Regierung auf diesem Gebiete radikaler vorgehen wird. Der Maximal-Arbeitstag für den deutschen Fabrikarbeiter ist eine Forderung, für die wir stets eingetreten sind im Interesse der Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter und im Interesse ihres Familienlebens. Der Herr Handelsminister Müller hat sich zu meinem Bedauern in Köln entschieden gegen den Maximal-Arbeitstag ausgesprochen. Ich hoffe, daß sein Standpunkt nicht der Standpunkt der übrigen verbündeten Regierungen ist. — Mein Freund Hige hat im vorigen Jahre der Regierung geraten, dem französischen Beispiel zu folgen. In Frankreich ist eine Zusammenstellung aller der Betriebe erfolgt, die nach irgend einer Richtung als gesundheitsgefährlich erscheinen und dann hat man bei jedem einzelnen Betriebe daneben gesetzt die Schutzbestimmungen zu Gunsten der Arbeiter. Wenn aber die Regierung diesem Beispiel der praktischen Franzosen nicht folgen will, dann möge sie wenigstens mehr Verordnungen zum sanitären Schutze der Arbeiter erlassen. Weiter kommt die Verordnung zu § 114a der Gewerbe-Ordnung in Betracht, die bestehende Unklarheiten in den Arbeitsbedingungen beseitigt durch Einführung der Lohnbücher im Betriebe der Kleider- und Wäscheherstellung.

Die sozialpolitisch im Werden begriffenen Arbeiten betreffen u. a. die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Dem Ergebnis der in dieser Beziehung vorgenommenen Erhebungen sehen wir mit besonderer Spannung entgegen. Ueber die Wohnungsfrage wird mein Freund Dr. Jäger, über die Versicherung der Privatbeamten Abgeordneter Stittart besondere Ausführungen machen. Weiter wurde im Reichstage angeregt eine spezielle Regelung der Heimarbeit in den einzelnen Industriezweigen. Wir halten diese Regelung für dringend notwendig. Noch unerledigt ist der Antrag Hehl-Hige, wonach das Mitgeben von Arbeit nach Hause in einem gewissen Umfange verboten werden soll. Hier bestehen Schwierigkeiten namentlich in der Kleider- und Wäscheherstellung. Meine Freunde haben jetzt im Verein mit den Nationalliberalen dem Hause eine Resolution wegen des teilweisen Verbots der Mitgabe von Arbeit nach Hause unterbreitet. Schwierig ist die Frage der Krankenversicherungs-Versicherung ist die Frage der Hausindustrie. Wir sehen den Erklärungen der Regierung darüber entgegen, was in dieser Richtung bisher geschehen ist. Die Verhältnisse der Gehilfen in Rechtsanwalts- und anderen Büreaus sind immer noch nicht geregelt. Besonders ist die Gelegenheit zur Fortbildung in keiner Weise gesichert.

Seit lebhafter wird das Verlangen zur Einführung des zehnstündigen Normal-Arbeitstages für Frauen anstatt des elfstündigen. Nach der Statistik ist anzunehmen, daß bereits heute in der Praxis — außer in der Textilindustrie — die zehnstündige Arbeitszeit der Frauen die Regel ist. Daher sind meine Freunde der Ansicht, daß jetzt der sozialpolitische Fortschritt der gesetzlichen Festsetzung des zehnstündigen Tages für Frauen gemacht werden kann. Eines besonderen Schutzes bedürfen die verheirateten Frauen; hier kommt vielleicht eine noch kürzere Arbeitszeit und ein ganz freier Sonntagsnachmittag in Frage. Damit hängt zusammen der erhöhte Wöchnerinnenschutz. Heute ist hier der vierwöchige Schutz die Regel, in der Schweiz dauert er acht Wochen. Bei uns sollte man mindestens auf sechs Wochen gehen. Weiterhin kommt in Frage eine Änderung des Schutzes der jugendlichen Arbeiter, der jetzt für das 14.-16. Jahr gilt. Wir wünschen, daß diese besonderen Schutzbestimmungen bis zum 18. Jahre ausgedehnt werden.

Auf dem Gebiete des Arbeiterjugendes sind somit manche erfreuliche Ansätze zum Fortschritt vorhanden. Wenig dagegen ist geschehen auf dem Gebiet der öffentlich-rechtlichen Stellung der Arbeiter. Hier ist die Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz das Einzige, was erreicht ist. Wir verlangen für die Arbeiter Berufsvereine, eine größere Bewegungsfreiheit auf öffentlich-rechtlichen Gebieten und auf privatrechtlichen Gebieten die Anerkennung der Rechtsfähigkeit. Der Arbeiterstand hat heute das berechnete Schicksal nach Gleichberechtigung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Soweit sich dies Streben auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung bewegt, ist es durchaus anzuerkennen, ja als kulturfördernd zu begrüßen. So lange die verbündeten Regierungen auf diesem Gebiete nicht zu ernstlichen Reformen übergehen, haben sie sich nicht auf die Höhe der laienlichen Vorarbeit erheben und werden sie sich das Vertrauen der Arbeiter nicht erwerben. Wir wünschen, daß die Sozialpolitik der Regierung getragen sein möge von dem großen Zug, von der freundigen Thatsache, wie sie im Anfang der achtziger und neunziger Jahre die Sozialpolitik der verbündeten Regierungen befehlet hat. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.)

Abg. Graf Kallstrem: Die Abgg. Köhde-Deffau (fr. Bg.) und Dr. Bachmole (fr. Bg.) haben folgenden Antrag eingebracht: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den im § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten.

Abg. Köhde-Deffau (fr. Bg.):

Das Programm des Herrn Reichskanzlers hang ganz anders als das Programm, das Staatssekretär Graf Posadowsky im Dezember 1897 entwarf. Als Graf Posadowsky damals im Schutze in der Sozialpolitik hat, da jagte die Schachmattpresse und auch sonst hatte Graf Posadowsky mehrfach den Beifall der Medien dieses Hauses. Dieselbe Presse, welche damals dem Grafen Posadowsky rückhaltlos zustimmte, stellt sich jetzt dem Herrn Reichskanzler sehr mißtraulich gegenüber. Die „Hamburger Nachrichten“ bezeichnen den sozialen Ausgleich, von dem der Herr Reichskanzler sprach, direkt als Utopie. Der Reichskanzler bezeichnete mit Recht als die Aufgabe des 20. Jahrhunderts den Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Er erklärte es als die Meinung des Kaisers, daß die Arbeiter gleichberechtigt sein sollen und daß diese Gleichberechtigung auch ihren gesetzlichen Ausdruck finden solle. Damit ist anerkannt, daß im Augenblick diese Gleichberechtigung noch nicht einmal in der Gesetzgebung ihren Ausdruck gefunden hat. (Sehr richtig! links.) Wir müssen also erwarten, daß den Worten nunmehr auch die That folgen. Insbesondere muß den Arbeitern das volle Koalitionsrecht gewährt werden, das heute keineswegs besteht. Besonders für politische Bestrebungen unterliegt heute das Koalitionsrecht der Arbeiter den mannigfaltigen Beschränkungen. Es muß ein allgemeines, freies, einheitliches Vereinsrecht im Reiche durchgeführt werden. Da dieser Zustand aber selbst nicht zu erreichen sein wird, so haben meine Freunde ihren seit 1900 vorliegenden, aber noch nicht verhandelten Antrag jetzt als Resolution wieder eingebracht, wonach den Arbeiter-Berufsvereinen gestattet sein soll, sich auf dem Gebiete der innerpolitischen Gesetzgebung zur Verbesserung ihrer Lage frei zu betätigen. Der Rest von Koalitionsfreiheit, den heute die Gewerbe-Ordnung den Arbeitern gewährt, wird noch getrübt und beschränkt durch die Chikanen der Verwaltungsbehörden. Hier sieht man wieder, wie wenig die vom Reichskanzler versprochene Gleichberechtigung der Arbeiter durchgeführt ist. Den Unternehmern kommen die Verwaltungsbehörden mit der größten Rücksicht entgegen, den Arbeitern keineswegs. Auch das Streikpostensuchen darf den Arbeitern nicht verweigert werden. Es ist besonders bei großen Streiks notwendig, wenn überhaupt ein Erfolg erzielt werden soll. Die Unternehmer machen ja auch von den „schwarzen Listen“ zur Auspressung von Arbeitern

vielfach den rücksichtslosesten Gebrauch. Der Verband der Glasindustrie sucht die Arbeiter, die sich bei ihm mißliebige gemacht haben, geradezu von sämtlichen Arbeitsstätten Deutschlands auszuscheiden und sie zu zwingen, sich außerhalb Deutschlands Arbeit zu suchen. Das Gleiche wird auch von anderen Verbänden behauptet, die ich nicht nennen will, weil diese Mitteilungen nicht so verbürgt sind wie die eben erwähnte.

Die Anerkennung der Berufsvereine ist eine alte, vom Reichstage wiederholt erhobene Forderung. Wesentlich können die verbündeten Regierungen jetzt endlich dem Verlangen der Resolution Grober nach. Die Durchführung dieser Forderung ist um so notwendiger, je mehr die Unternehmer sich in Trübs, Schulden und Ringen zu einer immer größeren Macht verbinden, die geradezu einen Staat im Staate bilden.

Herr Trimborn bezieht sich auf die Februar-Erlasse des Kaisers und meint, es handle sich geradezu um die Einführung eines kaiserlichen Wortes. Das ist vollkommen richtig. Der Kaiser hat mit einem der beiden Februar-Erlasse offenbar die Bildung von Arbeitervereinigungen, von Arbeiterkammern oder dergleichen beabsichtigt zur wirksameren Vertretung der Arbeiterinteressen. Wir haben jetzt Landwirtschaftskammern, Handwerkerkammern, Bergbaukammern usw., aber immer noch keine Arbeiterkammern. Vor acht Jahren gab selbst der Reichskanzler Fürst Hohenlohe zu, daß dieser Erlass des Kaisers noch keineswegs ausgeführt, ja generell im Bundesrat überhaupt noch nicht behandelt sei. Ich fürchte, daß diese Zurückhaltung der verbündeten Regierungen teilweise veranlaßt ist durch die Einflüsse gewisser Kreise, die immer gegen jede Ausdehnung der Arbeiterrechte gearbeitet haben. Auf solche sozialpolitische Unlust deutete ja auch die Marginalbemerkung des Kaisers zu dem Verlaß des französischen Botschafters hin. Die Sozialdemokratie stellt ja vielfach übertriebene Forderungen, aber das kann auch andre Parteien. Zur Gleichberechtigung des Arbeiters gehört auch die Möglichkeit, daß sie in alle gesetzgebenden Körperschaften Vertreter entsenden. Auch der Kaiser wünschte, daß der schlichte Mann aus der Reichshalle in den Reichstag komme. Die Erfüllung dieser Forderung ist freilich so lange nicht möglich, als nicht Wahlen gewährt werden. Aber abgesehen vom Reichstage, wie liegt es denn mit dem Recht des schlichten Mannes, mitzubringen in den Einzel-Kantlagen? Hier ist zum Teil direkt ein Rückschritt zu verzeichnen. Ich erinnere nur daran, daß in Sachsen die Arbeiter von der Vertretung im Parlament durch die Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts ausgeschlossen worden sind. Ebenso ist im preussischen Landtag nicht ein einziger Arbeitervertreter vorhanden. Auch im Verlaufe mit den Arbeitgebern und in dem Verlaufe der Verwaltungsbehörden ist von einer Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter noch keine Rede. Noch vielfach lehnen es Unternehmer direkt ab, mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten. Und das Erscheinen eines Regierungsvertreters auf dem letzten Gewerkschafts-Kongress hat noch direkt Aufsehen erregt, während es doch als ganz selbstverständlich erscheinen möchte. Noch nie sind Arbeiter zu Schüssen und Schwüren erkrankt worden. Um die Mitwirkung der Arbeiter an der Gerichtspraxis, deren Notwendigkeit ja aus Urteilen, wie dem Löbauer, ohne weiteres einleuchtet, zu ermöglichen, müßten natürlich auch für die Tätigkeit eines Geschworenen oder Schöffen Wahlen eingeführt werden. (Sehr richtig! bei den Soc.) Wenn der Herr Reichskanzler sagte, wo finden Sie im Ausland gleichartige Leistungen für die Arbeiter wie bei uns, so liegt darin doch etwas Selbstüberhebung. In anderen Ländern wie z. B. in England haben die Arbeiter die völlige Koalitionsfreiheit, die es ihnen ermöglicht hat, sich eine ganz andere Stellung und ein höheres Ansehen zu erringen, wie das den Arbeitern bei uns möglich gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Soc.) Man muß auch bedenken, daß sich bei uns große Kreise der Unternehmer gegen die Arbeiterversicherung resp. ihre weitere Ausdehnung mit Entschiedenheit wenden. Ich erinnere nur an den Centralverband der Industriellen. Die Opposition dieser Kreise wird durch ein solches Selbstlob, wie es in den Worten des Herrn Reichskanzlers lag, nur geschürt. Diese Kreise weisen ja auch stets auf die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt hin und sie werden nur bestärkt werden in ihrem Argument, wenn man das Ausland immer darauf aufmerksam macht, daß Deutschland am meisten durch die Arbeiterversicherung belastet wird. Im übrigen bestreite ich durchaus, daß die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt durch die Arbeiterversicherung geschwächt wird. Eine solche Schwächung könnte viel eher durch die Zoll erhöhungen erfolgen! (Sehr richtig! links.) Ganz falsch unterrichtet ist aber der Kaiser, wenn er von einer gesicherten Existenz der Arbeiter sprach. Die Arbeiterversicherung ist bis jetzt höchstens geeignet, die Arbeiter vor der bittersten Not zu schützen. (Sehr wahr! links.) Die Witwen- und Waisenversicherung ist ja vorläufig bis zum Jahre 1910 hinausgeschoben worden. Herr Trimborn hat heute auch nicht gesagt, wie die Deckung der Kosten überbrücken soll, soweit der Ertrag der Zölle nicht ausreicht. — Einpruch erheben möchte ich gegen die Behauptung des Herrn Reichskanzlers: wir müßten reicher sein als wir sind, um die Sozialpolitik in dem Tempo, wie es Herr Bebel wünscht, zu fördern. Gewiß wird nicht alles gleich zu erfüllen sein, was Herr Bebel wünscht, aber das was Herr Trimborn und was ich wünsche zu erfüllen sind wir reich genug. Dadurch, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter gehoben wird, steigt auch ihre Konsumfähigkeit und dadurch die ganze wirtschaftliche Lage. Die Sozialpolitik macht uns also nicht armer, sondern im Gegenteil reicher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um so mehr ist es zu bedauern, daß durch die Annahme des Polltarifes die Konsumfähigkeit der Arbeiter wieder geschwächt wird und so die Wohlthaten der Sozialpolitik teilweise wieder aufgehoben werden.

Was die Anträge der Abg. Dehl und Trimborn anlangt, so würde die Bestimmung, daß jugendlichen Arbeitern Arbeit nicht nach Hause mitgegeben werden darf, geradezu zur Umkehrung zeigen. Die Herren Sozialdemokraten haben ja wieder versucht, alle bürgerlichen Parteien zu übertrumpfen.

Wir sind der Meinung, daß man die Anstellung der Aufsichtsbeamten doch den Einzelstaaten überlassen muß, weil diese Aufgaben zu sehr mit denen der Polizei verquickt sind. Der Ausdehnung dieser Aufsicht auf alle Betriebe, auch auf die Landwirtschaft, stimmen wir aus vollem Herzen zu. Der Forderung des Herrn Trimborn auf weiteren Ausbau des sanitären Maximal-Arbeitstages schließe ich mich durchaus an. Der Antrag der Sozialdemokraten aber ist im Augenblick nicht durchführbar, weil er Verhältnisse herbeiführen würde, die im Augenblick noch gar nicht zu übersehen sind. Er würde auch zu einer Reduktion der Löhne führen. Wir müssen deshalb gegen diesen Antrag stimmen, da wir ihn augenblicklich für inopportun und unausführbar halten.

Zum Schluß will ich den verbündeten Regierungen und dem Staatssekretär meinen Dank nach verschiedenen Richtungen aussprechen. Ich freue mich, daß und noch in dieser Session eine Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vorgelegt werden soll und daß wir das wichtige Kinderzuschlag-Gesetz binnen kurzem verabschieden werden. Ich danke auch für die Errichtung eines Museums für Arbeiterwohlthat, dessen Eröffnung demnächst bevorsteht. Ich hoffe, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky seine sozialpolitischen Anschauungen von 1897 als der Vergangenheit angehörig betrachtet und daß die neue Vera Köhde-Deffau uns noch schöne sozialpolitische Erfolge bescherten möge! (Beifall links.)

Abg. Wurm (Soc.):

Herr Köhde ist ein weiser Rabe in den bürgerlichen Parteien. Seine sozialpolitischen Forderungen werden kaum von seinen nächsten Nachbarn geteilt. Selbst die Anschauungen des Herrn Trimborn sind nicht etwa die Ansichten der ganzen Centrumpartei.

Ich erinnere daran, daß vor einiger Zeit gegenüber dem Abgeordneten Hise der Herr v. Hertling eine gefühlvolle Erklärung gegeben hat, die ich nicht notwendig erkläre, auch wenn dadurch dem Unternehmertum kein direkter Schaden geschähe. Damit steht Herr von Hertling ganz auf dem Standpunkte der kapitalistischen Klasse, wonach man die Arbeitszeit des Arbeiters nicht verkürzen darf, weil er sonst zu viel denken lernen könnte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten; Oh! im Centrum.) Selbst Herr Hilde meinte eben, unser Antrag auf Verkürzung der Arbeit auf zehn, neun und acht Stunden könne den Arbeitern schaden. Man fürchtet, daß, je länger die Arbeitszeit ist, auf eine um so höhere Kulturstufe die Arbeiter gelangen, daß sie sich auf ihr Klassenbewußtsein besinnen, sich organisieren und ein gewichtiger Faktor in ihrem Wirtschaftsleben werden, als es den Unternehmerinteressen entspricht. Denn gerade die Arbeiter, deren Arbeitszeit am kürzesten ist, deren Lebensbedingungen am besten sind, sind am besten organisiert; das Glend läßt sich nicht organisieren. Es gibt eine gewisse niedrigste Stufe des Einkommens, bei dem jede Kulturbestrebung und jeder Versuch sich emporzurufen, aufhört. Gerade die besserstehenden Arbeiter, die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung treten immer dafür ein, daß den Arbeitern durch Staatshilfe das gegeben wird, was sie aus eigener Kraft nicht erlangen können, und daß den besserstehenden Arbeitern das vom Staat gesichert wird, was sie in schweren und opferreichen Kämpfen dem Unternehmertum abtrotzen müssen. Es ist ja vom Reglement aus gerade in den letzten Tagen viel davon die Rede gewesen, dieser oder jener Kaiser sei der Urheber der sozialen Gesetzgebung. Aber hätte es keine Socialdemokratie gegeben, hätte es keine zielbewusste Arbeiterklasse gegeben, so hätten wir keine soziale Gesetzgebung. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir bestreiten durchaus nicht, daß Deutschland auf socialpolitischem Gebiete Frankreich und zum Teil sogar England übertrumpft hat. Wir haben aber auch in Deutschland eine größere socialdemokratische Partei als England und Frankreich. Die Ausdehnung der socialdemokratischen Partei und der sozialen Gesetzgebung entsprechen einander; je größer die Partei, um so größer auch das Nachgeben von oben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir wissen ja ganz genau, was es zu bedeuten hat, wenn jetzt vor den Wahlen Herr Trimbom und ein Teil seiner Freunde mit socialpolitischen Anträgen kommen, die sie längst vorher hätten verwirklichen können, wenn sie ernsthaft gewollt hätten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir haben Ihnen (zum Centrum) wiederholt Gelegenheit gegeben, nicht nur mehr, sondern auch das, was Sie jetzt wollen, zu erreichen. Aber gerade die Centrumsfraktion hat uns Socialdemokraten immer bei der sozialen Gesetzgebung im Stich gelassen. (Zustimmung bei den Soc., Unruhe im Centrum.) Alle die Forderungen, die Sie jetzt nachträglich mit Ihrem Stempel versehen, sind von uns schon längst gestellt worden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Nach den Wahlen ist es wieder anders. Da haben die Herren Herr v. Hertling und Genossen, die Vertreter der kapitalistischen Interessen, die Oberhand. Adm ist gerettet — vielleicht auch nicht — und Schweigen herrscht wieder über den Centrumsgeheimen. Sie hoffen die katholischen Arbeiter, die wegen ihrer Sozialpolitik zu rebellieren anfangen, damit wieder einzufangen. Jeder Arbeiter aber kann es sich an den Fingern abzählen, was Herr Trimbom betrifft, daß die Forderung ihm 18 Mark nimmt und die Witwen- und Waisenversorgung nur 1 Mark bringt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es hat Ihnen gewiß unangenehm in den Ohren geklungen, daß in Düsseldorf und überhaupt am Rhein Protestversammlungen der katholischen Arbeiter gegen das Centrum abgehalten wurden, daß dort das Mitglied des christlichen Sozialarbeiter-Verbandes sagte: Wenn bei dem Kongress in Berlin solche Posanen nicht mehr recht klingen, so thun wir ein neues Rundschreiben darauf und schicken einen neuen Mann in den Reichstag! Herrn Trimbom wird es nicht gerade angenehm sein, daß er nun der alte, abgetragene Mann sein soll. Weil Sie nun kurz vor den Wahlen mit Ihren Anträgen gekommen sind, haben wir nun auch unsere von Ihnen oft abgelehnten Initiativanträge als Resolution wieder eingebracht, damit man wieder einsehen und Drüben sehen kann, damit klar zu Tage tritt, wer für ernsthafte Socialpolitik eintritt, und wer man so thun will, wie der Berliner sagt. Herr Hilde meinte, die allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden sei nicht durchführbar, weil die Löhne noch mehr sinken würden. Das ist ein Trugschluß. Die Verkürzung der Arbeitszeit kann zweierlei Folgen haben. Entweder wird bei der geringeren Arbeitszeit auch weniger geleistet, dann braucht die Industrie mehr Arbeiter, und weil die Nachfrage nach Arbeitskräften größer ist, steigert sich auch der Preis der Arbeit, oder aber die Intensität der Arbeit steigt bei Verkürzung der Arbeitszeit, dann wird auch der Arbeiter, weil er mehr leistet, einen höheren Lohn erringen können. Das aber bei Verkürzung der Arbeitszeit die Intensität der Arbeit steigt, ist von einseitigen Socialpolitikern zugegeben, von Ärzten bestätigt und durch die Praxis bewiesen worden. Professor Abbé, der bekannte Begründer des Reichsigen Instituts in Jena, hat diese Thatsache für sein Werk auf dem letzten Medicinertage vor Evidenz bewiesen. Vielleicht gibt es auch Industrien, bei denen die Intensität der Arbeit bei Verkürzung der Arbeitszeit nicht steigt, aber das ist ja ganz gleichgültig, die Arbeiter sind doch nicht dazu da, damit man aus ihnen möglichst viel herausprekt zu Gunsten der Unternehmer, sondern die Arbeiter sind Menschen, Menschen mit dem Anspruch auf Lebensfreude und Lebensgenuss, Menschen die ein Recht darauf haben, daß man ihnen zum mindesten nicht weniger Ruhe zur Erholung gönnt, als den Tieren. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die Grundlage jedes socialpolitischen Fortschritts, die Festschließung eines Maximal-Arbeitstages auch für erwachsene männliche Arbeiter ist das Fundament einer vernünftigen sozialen Gesetzgebung. Will der Staat, daß die heranwachsende Generation lebensfähig ist, dann muß er dafür sorgen, daß nicht das Kind im Mutterleibe schon verdirbt, daß es nicht schon vernichtet wird, ehe das Mädchen Mutter wird. Nicht die Fabrikarbeit verheirateter Frauen soll verboten werden, wie es das Centrum will. Das würde nur dazu führen, daß die Familien, in denen die Mutter, aus Not gezwungen, in die Fabrik geht, noch mehr verelenden. Sollen Sie wirklich helfen, dann müssen Sie mit uns die Arbeitszeit der Arbeiterinnen verkürzen. Es ist durch ärztliche Beobachtungen festgestellt, daß die Arbeit in sehr vielen Berufen an und für sich und vor allem die lange Arbeitszeit auf die Mädchen derartig wirkt, daß sie unsäglich werden, gesunde Kinder zur Welt zu bringen. Wie langsam aber marschiert die Regierung und das Centrum auf diesem Wege fort. Da wird über eine Frage, über die gar nicht mehr debattiert zu werden braucht, die einfach dekretiert werden kann, weil sie spruchreif ist, über die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden eine Enquete veranstaltet und zwar in einer Form, die ganz sonderbare Wertung bei den Unternehmern hervorgerufen hat. Staatssekretär Graf Posadowsky wird so freundlich sein, Auskunft zu geben über das Rundschreiben, das er erlassen hat, damit wir erfahren, wie jener Herr Kommerzienrat Brandt in München-Grubbad zu der Auffassung hat kommen können, daß die Regierung die Absicht habe, mit der Enquete Material gegen die Verkürzung der Arbeitszeit zu schaffen. Die Unternehmer sind ja überhaupt Sturm gelaufen gegen diese beabsichtigte Verkürzung der Arbeitszeit. Der Verband der deutschen Industriellen hat eine Gegen-Enquete veranstaltet, um festzustellen, wie weit die Maßregel rückwärts würde auf die Verkürzung der Arbeitszeit für männliche Arbeiter. Warum aber wehren sich die Unternehmer so gegen diese Maßnahmen, trotzdem doch thatsächlich die Arbeitszeit durchschnittlich nur zehn Stunden für Arbeiterinnen beträgt? Einfach deshalb, damit ihnen die Möglichkeit bleibt, die Fägel fester anzuziehen und den Arbeitern mit einer Verlängerung der Arbeitszeit zu drohen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sehr bezeichnend ist ja

auch das famose Vorkommnis in Düsseldorf. Als dort durch Kommunalbeschlus der Fortbildungsschul-Unterricht obligatorisch gemacht wurde, kündigten die Düsseldorfer Eisenwalzwerke ihren sämtlichen jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren, weil sie gar keine Lust hatten, zu dulden, daß sie drei Stunden wöchentlich die Fortbildungsschulen besuchen (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb: man könne diese Entlassung keinem Industriellen verdenken. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Man hätte annehmen können, daß das Centrum, da Papier ja geduldig ist, in seinen Anträgen doch etwas weiter gehende Forderungen gestellt hätte. Aber Sie (zum Centrum) müssen eben von Ihrer eignen Presse und aus Ihren eignen Reihen den schroffsten Widerspruch erwarten gegen solche weitergehenden Forderungen. Ich erinnere daran, daß die Petition der christlichen Textilarbeiter in Deuthen um Einführung des Festschließungstages für die Textilindustrie vom Centrum in der Petitions-Kommission abgelehnt worden ist. Im Plenum beantragte Abgeordneter Dasbach, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Einige Tage später aber mußte Herr Dasbach umfallen; er zog seinen Antrag zurück und die Petition wurde nur noch als Material überwiesen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Sie (zum Centrum) machen jetzt vor den Wahlen papierner Resolutionen, in der Hoffnung, daß recht viele von Ihren Wählern auf diese wunderschönen Anträge hereinfallen. Was sonst passiert, das verschweigt Ihre Presse, aber wir sind ja auch noch da und sorgen dafür, daß Ihr Spiel erkannt werde. Ihre Anträge können nicht ernst gemeint sein, weil Sie, als es Zeit war, sie durchzuführen, nicht ernst gemacht haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es ist soviel gesprochen worden von dem schlichten einfachen Mann und von der Gleichberechtigung der Arbeiter. Welche Gedanken aber dabei im Hintergrunde schlummern, das haben wir beim Umsturzgesetz, bei der Justizreform und bei jenem Gesetz des Grafen Posadowsky erfahren. Die Arbeiter haben kein so schlechtes Gedächtnis, daß sie das vergäßen, wenn gleich jetzt vor den Wahlen ihnen ein paar bescheidene Bismarck erfüllt werden. Was wird ihnen denn viel mit der Krankenlassen-Kovelle gegeben? Das, was wir vor drei Jahren beim Invalidengesetz bereits beantragt haben, und was Sie damals genau so gut hätten gewähren können, wie heute? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Von einer grundlegenden Veränderung ist in der Kovelle nichts zu spüren. Man braucht also nicht so viel Aufsehen davon zu machen. Es lag eben die dringende Notwendigkeit vor, das Unglück vor zu groß, daß das Invaliditätsgesetz keinen Anstoß an das Krankenlassen-Gesetz hatte. Im einzelnen werden wir uns darüber noch später unterhalten müssen. Auf dem Gebiete der Gewerbe-Aufsicht kann ich diesmal dankend anerkennen, daß die Register zu den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten endlich so hergestellt sind, wie wir es seit Jahren verlangt haben. Dadurch sind diese dicken Bände endlich für die Allgemeinheit wirklich zugänglich geworden. Man kann jetzt genau sehen, was darin steht und was nicht darin steht. Es ist nämlich bei jener geheimen Dienstanweisung vom 18. November 1900 geblieben, wonach über notwendige Änderungen und Ergänzungen der bestehenden Vorschriften, über Arbeitseinstellungen und die Ernährungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten nicht mehr gesprochen werden soll. Der Staatssekretär des Innern suchte diese Anweisung früher als nicht so böse gemeint hinzustellen, während der Minister Müller im preussischen Abgeordnetenhaus zugegen, daß eine gewisse Beschränkung in der Berichterstattung eingetreten sei; theoretische Erörterungen gehörten nicht in diese Berichte. Der Centrumsabgeordnete Stittart forderte damals die Gewerbe-Aufsichtsbeamten auf, stets Rücksicht zu nehmen auf die Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber und besonders der kleineren Unternehmer. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Man sucht also die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten auf das in Sachen stets höchst gewissen Niveau des reinen Referierens herabzubringen. In den jährlichen Berichten findet man nur die statistischen Ziffern, höchstens einmal ein paar abfällige Bemerkungen über Arbeiterorganisationen, während früher in Baden, Württemberg, Bayern und endlich auch in Preußen einige Gewerbe-Aufsichtsbeamte sehr bemerkenswerte Urteile über die bestehenden Verhältnisse abgaben. Sie legten die Mißstände dar und machten Vorschläge zu ihrer Beseitigung. Davon ist in den neuen Berichten gar nicht mehr die Rede. Die Berichte sind absolut verschleiert, und wenn der Staatssekretär nicht den Verdacht erwecken will, als wüßte er, daß die Gewerbe-Aufsichtsbeamten die Thatsachen veruschen sollen, so wird er dahin wirken müssen, daß den Aufsichtsbeamten wieder die Vollmacht gegeben wird, über alles reden zu können, worüber sie reden wollen. Die Zahl dieser Beamten ist auch zu gering; der einzelne Herr kann gar nicht alles sehen, was er sehen möchte. Die Gewerbe-Aufsicht ist eine der schwierigsten Aufgaben, sie setzt technische, mechanische, hygienische und Spezialkenntnisse der verschiedensten Art voraus. In den fünf bis zehn Minuten, die der Aufsichtsbeamte in der Werkstatt verweilt, kann er ja nicht alles bemerken, was die Arbeiter, die von früh bis abends dort stehen, bemerken. Es ist ja das Charakteristische der gewerblichen Erkrankungen, daß sie mit kleinen, fast unbemerkbaren Erscheinungen einsehen, die sich mit der Zeit zu einer furchtbaren Gefahr summieren. Alle gewerblichen Erkrankungen und Vergiftungen, die ganze Gesundheitschädigung der Arbeiter läßt sich aus der Welt schaffen, und es ist entweder böser Wille oder Unkenntnis, das Gegenteil zu behaupten. Läßt sich aber bei einem Betriebe trotz aller Schutzmaßnahmen die Vergiftung nicht beseitigen, so muß der ganze Fabrikationszweig verboten werden, wie die Regierung es jetzt ähnlich mit der Fabrikation des weißen Phosphors gethan. Warum trotzdem in so ungeheurem Maße die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, davon erfahren wir aus den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten viel zu wenig. Im letzten Jahre sind 39,7 Proz. aller Betriebe nur einmal im Jahre revidiert worden. Das einzige Mittel zu einer wirksamen Abhilfe liegt darin, die Arbeiter der betreffenden Berufe selbst, die allein wirkliche Sachverständige sind, zur Gewerbe-Aufsicht mit heranzuziehen. Heute scheuen sich die Arbeiter vielfach, sich mit den Aufsichtsbeamten in Verbindung zu setzen, weil sie fürchten, von dem Unternehmer drangsalirt oder gemahregelt zu werden. (Lärm des Abg. Hilde.) Gerade bei Ihrer Gruppe, Herr Hilde, im Kohlenrevier, kommt das vielfach vor. Dafür finden wir alljährlich amliche Beweise in den Berichten. Der einzige Ausweg, der sich heute bietet, ist, daß die Arbeiter sich zunächst an die Vertreter der Arbeiter-Organisationen wenden, von denen dann die Gewerbe-Aufsichtsbeamten ihre Informationen beziehen. Aus Württemberg und Bayern hören wir von den Aufsichtsbeamten, wie vortrefflich es sich mit den Organisierten arbeiten läßt. Unser Antrag verlangt noch mehr: er will, daß die Gewerbe-Aufsicht zur Reichsangelegenheit gemacht wird. Erst so wird dem Staatssekretär des Innern die Macht gegeben, die seiner Verantwortung entspricht; er sollte also eigentlich unserem Antrag zustimmen. Jetzt herrscht auf dem Gebiet der Gewerbe-Aufsicht ein wahrer Zirkuslauf in den einzelnen Staaten. Wie viel dabei von der einzelnen Persönlichkeit abhängt, zeigte den Tod des Dr. Wörishoffer. Die Arbeiter haben ihm immer Achtung und Anerkennung gezollt und an sein Grab gingen die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften Badens, um einen Kranz niederzulegen und der Familie das Beileid der organisierten Arbeiter auszudrücken. Herr Dr. Wörishoffer war keiner der unsren, ja, er meinte vielleicht, durch seine Thätigkeit uns das Wasser abzugraden. Doch seine Aufgabe als Beamter hat er voll erfüllt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Raum aber ist Wörishoffer gestorben, so erklärt der badische Minister Scharf: Wir wollen keinen Wörishoffer mehr! (Hört! hört! im) und Wörishoffers Nachfolger bemüht sich auch redlich,

dieses Programm zu erfüllen. Vernünftige Einrichtungen, die Wörishoffer getroffen, werden aufgehoben, so daß jeder Mann jederzeit den Inspektoren seine Weisungen vortragen konnte. Erst als die Presse Lärm schlug, ist dieses Verbot später wieder aufgehoben worden. Ein andres Verbot aber ist bestehen geblieben. Die badischen Aufsichtsbeamten hatten die sehr löbliche Arbeit übernommen, Vorträge in Arbeitervereinen über die socialpolitische Gesetzgebung zu halten. Das ist ihnen durch den neuen Herrn verboten worden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Und nun zeigt sich der Bismarck: Was in Baden jetzt verboten ist, wird in Sachsen mit einem Male erlaubt. (Sächsischer Geheimrat Fischer: Na, sehen Sie! Heiterkeit.) Aber zehn Jahre lang war es in Sachsen widerrechtlich verboten! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die Gewerbe-Ordnung giebt den Gewerbebeamten das Recht, Polizeistrafen gegen den Unternehmer zu verhängen, überläßt es aber dem Landesgesetzgebung, dieses Recht anzuwenden oder nicht. Bisher hat kein Einzelstakt von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Es zeigt sich da eine merkwürdige Auffassung vom Staat. Der Staat entschuldigt sich gewissermaßen bei den Unternehmern, daß er sie zur Menschlichkeit zwingt, daß er sie die Arbeiter nicht ruhig wie früher massakrieren läßt. Die Beamten müssen den Unternehmern höflich, demütig, zuvorkommend entgegen treten, daß sie nicht böse werden auf den Staat. Eine traurige Rolle auch, zu der die Aufsichtsbeamten verurteilt sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Seit Jahren haben wir zu klagen, daß die Gerichte nicht die geringste socialpolitische Einsicht und gar kein Verständnis für den Arbeiter haben. Uebertretungen der Gewerbe-Ordnung durch die Unternehmer beurteilen sie immer mit auffallender Milde. Schwere, grobe Vergehen, die an scharf-lässige Körperverletzung und Tötung heranreichen, werden mit lächerlich geringfügigen Strafen geahndet. Redner führt zahlreiche Beispiele aus den diesjährigen Berichten dafür an. So ist im Unterelb ein Monteur für den Einbruch eines Gerätes, das einen Arbeiter erschlagen hat, mit 14 Tagen bestraft worden. Bedenken Sie: wenn dieser Mann eine Majestätsbeleidigung begangen oder einen Artikel geschrieben hätte, der nicht gepakt hätte... gefesselt wäre er durch die Strafen geführt und jahrelang eingesperrt worden. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Schuld ist die ganze Einrichtung, und hier muß der Staatssekretär für Abhilfe sorgen. Der Reichstag muß Nachenschaft verlangen, ob die Befehle, die erlassen sind, ausgehalten werden. Wir verlangen eine Gegenüberstellung der Anzeigen und der von den Gerichten verhängten Strafen. April und Det braucht nicht genannt zu werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Staatssekretär um Auskunft bitten, wie er sich zu der Frage des Arbeitersekretariats stellt. Das Ober-Landesgericht Breslau hat an der irrthümlichen Rechtsauffassung festgehalten, daß die Arbeitersekretariate an meldepflichtige Gewerbebetriebe seien. Und das ist erfolgt, nachdem der Herr Staatssekretär hier ausdrücklich erklärt hat, daß diese Auffassung dem Geiste der Gewerbe-Ordnung widerspreche. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Besonders hart treffen die gewerblichen Vergiftungen die Arbeiter. Ein Arbeiter, der berufsvergiftet wird, befindet sich in einer viel traurigeren Lage, als der Arbeiter, der beruflich verkrüppelt wird. Der Berliner Professor Lewin hat sehr dankenswert darauf hingewiesen, wie jene gewerblichen Vergiftungen als Betriebsunfall aufgefaßt werden können und müssen. Er sagt, jene Vergiftungen sind nichts weiter als die Summierung kleiner, einzelner plötzlich eintretender Eingriffe von außen, genau so wie jeder Unfall ein plötzlicher Eingriff von außen ist. Würde das Reichs-Versicherungsgesetz die Vergiftungen so als Unfall anerkennen, dann hätten wir heute weit bessere sanitäre Zustände in unsren Fabriken, als sie bestehen. Heute können wir nur durch separate Gesetze diesen oder jenen Mißstand beseitigen, wie es eben mit der Phosphormisere geschehen ist. Es giebt aber noch eine ganze Anzahl anderer Krankheiten, gegen die solche Specialgesetze erlassen werden müssen. Bei Gelegenheit dieses Falles will ich überhaupt kurz auf die Bleiweissvergiftungen eingehen. Angesichts der sich immer mehr häufenden Bleiweissvergiftungen müssen wir ein Verbot der Herstellung von Bleiweiss verlangen. Die Unternehmer behaupten dagegen erstens, die Zahl der Vergiftungen durch Bleiweiss sei nicht so groß, und zweitens gäbe es keinen Ersatz für das Bleiweiss. In ersterer Hinsicht ist zu bemerken, daß die Bleiweissvergiftung oft erst nach Jahren auftritt und dann häufig als solche nicht von dem Krankenarzt erkannt wird, da sie mit vielen anderen Krankheiten Ähnlichkeit hat. Erst wenn das entsetzliche Bauchgrimmen auftritt, weiß man sicher, daß es sich um Bleiweiss handelt; zunächst äußert sich die Krankheit nur in Nervenschwäche und Magenverkrüppelung. Was den Ersatz des Bleiweisses anlangt, so giebt es einen solchen in Zinkweiss. Die Regierung sollte durch Recherchen innerhalb der einzelnen in Betracht kommenden Berufsorganisationen eine Statistik über die Bleiweissvergiftungen aufnehmen und im Anfang der nächsten Legislaturperiode auf dem Wege der Gesetzgebung oder der Bundesratsverordnung dafür sorgen, daß die Quellen dieser Vergiftungen beseitigt werden. Ich will noch darauf hinweisen, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist, trotz der, wie ich zugebe, immermehr um sich greifenden Unfallversicherung. Speziell in der Landwirtschaft herrschen die schändlichsten Verhältnisse, in Bezug auf den Unfallschutz. Vor 10 oder 11 Jahren war es, als sogar der deutsche Kaiser es für notwendig hielt, den Agrariern zu sagen, daß der Unfallschutz in der Landwirtschaft außerordentlich vernachlässigt werde. Im letzten Jahre hat sich die Zahl der Unfälle in der Landwirtschaft verdreifacht. (Hört! hört!) Laut amtlicher Feststellung sind von den landwirtschaftlichen Betrieben nur 7 Proz. revidiert worden. Graf Posadowsky spricht immer von den großen Lasten, die die Unternehmer zu tragen haben. Nach der amtlichen Feststellung werden aber in der Landwirtschaft auf 1000 Mark Lohn 12 Pfennige an Revisionskosten bezahlt. (Hört! hört! links.) Die Agrariere haben sich wohl den Vorteil der Maschinenarbeit zu nütze gemacht, aber sie halten es nicht für notwendig, dafür zu sorgen, daß die Gesundheit ihrer Arbeiter gegen Schädigungen durch die Maschinen gesichert werde. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich muß noch auf zwei Fabrikbetriebe eingehen, in denen besonders Mißstände herrschen. Es handelt sich zunächst um die Guttapercha-Compagnie in Hannover. Diese hat im letzten Jahre 50 Prozent Dividende gezahlt und dabei herrschen dort die allertraurigsten Gesundheitszustände für die Arbeiter. In der Fabrikordnung steht: die Arbeitszeit ist eine zehn-stündige, in der That aber wird 12, 13, auch 14 Stunden gearbeitet. In einer Abteilung kommt es vor, daß von morgens 6 Uhr bis Mitternacht gearbeitet wird. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Infolge des langen Weges zur Fabrik haben manche Arbeiter nur fünf bis sechs Stunden Nachtruhe. Erst in den letzten Stunden des Nachmittags erfahren die Arbeiter erst: heute wird Ueberarbeit gemacht, und wer sich weigert, schießt unweigerlich hinaus. Dabei herrscht dort die Praxis, besonders ältere Arbeiter, die länger als zehn Jahre in der Fabrik gearbeitet haben, auf die Strafe zu setzen. Die Löhne sind sehr gering, manche Arbeiter kommen auf 2,75 M. pro Tag, die 50 Proz. Dividende sind jedenfalls ein Beweis, daß die Firma sehr wohl die Löhne ihrer Arbeiter erhöhen könnte. Das andre Unternehmen, auf das ich eingehen will, sind die Kruppischen Werke, von denen Wohlfahrtskassen wir in letzter Zeit so viel gehört haben. Die Kruppischen Werke beschäftigen 44 000 Arbeiter mit 150 000 Angehörigen. Als Ertrag der Werke hat der bisherige Inhaber 24 Millionen jährlich bei der Steuer angemeldet. Jenen Werken wird nachgerühmt, daß sie eine Pensionskasse haben, die das Muster einer Wohlfahrts-einrichtung sein soll. In der That ist jene Kasse das Muster einer Wohlfahrts-einrichtung, wie sie nicht sein soll. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Zu jener

Pensionisten sind die Arbeiter gezwungen beigetreten, sie müssen als Eintrittsgeld 150 Proz. ihres Tagesverdienstes abgeben, außerdem 2 1/2 Proz. als ständigen Beitrag. Wenn die Arbeiter 20 Jahre im Dienste des Werkes sind und ihnen das Zeugnis von Kräfte gegeben wird, daß sie absolut nicht mehr arbeitsfähig sind, dann kommen sie in den Besitz der Pension bei gewissen Betriebsgruppen „schon“ nach 15 Jahren. Erstens aber wird das von den Arbeitern vor dem 18. Lebensjahre gezahlte Geld ihnen nicht angerechnet (hört! hört! bei den Socialdemokraten) und zweitens werden alle mehr als dreizehnwöchentliche Unterbrechungen durch Krankheit nicht als Arbeitszeit mitgerechnet, drittens aber, was das aller schlimmste ist, wenn der Arbeiter entlassen wird, oder gekündigt, verliert er jeden Pfennig, den er bezahlt hat, wenn er auch schon 19 Jahre — auch das ist vorgekommen — Beiträge gezahlt hat. Nach dem Bericht der Pensionistenliste wurden im Jahre 1899 30 Proz. der Mitglieder entlassen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist keine Wohlfahrts-Einrichtung sondern eine geradezu standeslose Einrichtung, zu deren Beseitigung gesetzliche Mittel und Wege gesucht werden müssen. Was will es heißen, wenn dieser Klasse jetzt wieder durch Testament drei Millionen vermacht worden sind. Die Klasse hat, weil sie so wenig Pension zahlt, bereits einen jährlichen Ueberschuß von 1 1/2 Millionen, sie besitzt ein Vermögen von über zehn Millionen Mark. Deswegen aber werden die Pensionen nicht höher, die Beiträge nicht niedriger. Deswegen bekommt nicht einer von den Entlassenen auch nur einen Pfennig zurückerstattet! das empfinden die Arbeiter mit Groß und Unmut. Es hat kürzlich auf den Kruppischen Werken eine Arbeiterversammlung diesen Empfindungen Ausdruck gegeben — und das will etwas bedeuten, denn dort existiert eine zahlreiche geheime Polizei, die unter den Arbeitern für eine gute Stimmung zu sorgen hat. In der von dieser Versammlung gefassten Resolution wurde ein geschicktes Einschreiten zur Regelung des sogenannten Wohlfahrts-Lassenwesens verlangt. Ein christlicher Kruppischer Arbeiter wandte sich dagegen, als ob Humanität das Motiv zur Schaffung dieser Einrichtungen gewesen wäre; immer höhere Dividenden — das sei der Grundgedanke jeder Fabrikleitung. Der Arbeiter hat recht. Denn sonst würde man nicht in einer so kleinlichen und die Arbeiter schwer schädigenden Weise eine Pensionistenliste aus Arbeiterbeiträgen errichten, aus der die Arbeiter, die auf das Pfaster gesetzt werden, nicht einen Pfennig zurückerhalten. Man nimmt also den Arbeitern ihr sauer verdientes Geld und prahlt auch noch mit den Wohlfahrts-Einrichtungen und mit dem humanen Sinn des Arbeitgeber! Es wird Aufgabe der Regierung sein, uns Vorschläge zu machen, wie man einem solchen Ausbeutesystem entgegenzutreten kann, das die Arbeiter auch noch dadurch schädigt, daß es sie zu willenlosen Sklaven des Unternehmers macht, weil der Arbeiter aus Furcht, sein Geld in der Pensionistenliste zu verlieren, sich alles gefallen läßt — und die Kruppischen Arbeiter müssen sich gar viel gefallen lassen! (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Wiederum, sie sich gefallen lassen müssen, dafür muß ich ein empörendes Beispiel anführen. In Begesad auf der Werft des Bremer „Vulkan“ pflegen die Arbeiter, so oft ein Kamerad durch einen Unglücksfall sein Leben verliert, ihm das letzte Geleit zu geben. Da nun der Betrieb immer größer wurde, erklärten die Arbeiter sich damit einverstanden, daß die ganze Arbeiterschaft der Werft in drei Abteilungen, A, B und C, geteilt werde, so daß nur die Arbeiter der Abteilung, in der ein Unglücksfall vorgekommen war, den getöteten Kameraden zum Friedhof begleiten. Das ist doch eine sittliche Handlung! Aber was fragt der Kapitalismus nach Sitte! Er sagte: „Was? Ihr wollt feiern?! Das luden wir nicht! Ihr wollt ja bloß spazieren gehen!“ Bis hier hatte die Direktion den Arbeitern der betreffenden Abteilung ausdrücklich die Erlaubnis zur Teilnahme an dem Begräbnis gegeben. Es war aber natürlich

der Direktion auch unangenehm, daß so häufig so große Begräbnisse stattfanden, durch die dem Werke zum Bewußtsein geformt wurde, daß der Kapitalismus wieder ein neues Opfer verunglückt war, wurde den Arbeitern seiner Abteilung die Teilnahme an dem Begräbnis verboten. Die Arbeiter aber wollten sich das Recht nicht nehmen lassen und waren schließlich auch bereit, die Geldstrafe wegen der Arbeitsverhinderung zu tragen. Die Direktion aber sagte: „Wenn ihr geht, dürft ihr eine Woche lang nicht wiederkommen!“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Als nun die Arbeiter der übrigen Betriebe das für ungerechtigt und sich mit den anderen für solidarisch erklärten, da hat heute, am Sonnabend, die Direktion des Bremer „Vulkan“ erklärt, daß sie die gesamten 2500 Arbeiter eine Woche lang drohten machen wollte. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten. Große Unruhe.) Das ist ein Vorgehen, das aufs schärfste gerügt werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Und hier hilft kein Gesetz! Hier klafft unüberbrückbar die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die Kluft, die den Arbeiter scheidet und hoffentlich immer mehr scheiden wird von denen, die sie zu sich heranziehen wollen durch kleine Schuggesetze! Zwischen Unternehmertum und Arbeitern giebt es nur ein Hüben und Dräuben, zwischen der besitzlosen Klasse und den Besitzenden giebt es nur Kampf! Dieser Kampf richtet sich nicht gegen den einzelnen, es ist kein Kampf von Person zu Person, sondern ein Kampf der Organisation gegen die Organisation, und wenn man jetzt auch an hoher Stelle einsieht, daß den Arbeitern die gesetzliche Gleichberechtigung gebührt, so muß ihnen auch die Möglichkeit zur Verwirklichung dieser Gleichberechtigung gegeben werden, die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit, das Vereinsrecht und die Koalitionsfreiheit, so gut wie für alle andern! Das aber will das Unternehmertum nicht. Sie (nach rechts) sagen ja grade heraus, daß Sie die Feinde des Koalitionsrechts sind. Sie haben die Umfuzvorlage jubelnd begrüßt und Sie wollen neue Ausnahmegesetze! Das ist wenigstens eine mamhafte und eheliche Gegnerschaft. Aber es giebt noch andre, die mit schönen Redensarten die Arbeiter zu beherrschen suchen. Wenn sich aber dann der Arbeiter in der Not auf diese angeblichen Freunde verlassen will, so ist er ein verlornener Mann. Nur durch die Organisation wird der Arbeiter sein Ziel erreichen, nur durch seines Klassenbewußtseins wird er dem Unternehmertum das notwendige Maß an Arbeiterrecht abringen, und trotz aller Ihrer Weislaute nur das Wohlwollen der Arbeiter jetzt kurz vor den Wahlen, werden die Arbeiter doch einsehen, daß sie nur durch ihre eigene Kraft, nur durch ihre eignen Vertreter ihre volle Gleichberechtigung erreichen können. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Badischer Bundesbevollmächtigter Dr. v. Jagemann:  
Der Abg. Wurm hat den Nachfolger des Herrn v. Wörtschöffer einen Mann von rüchtlänger Tendenz genannt, dem Minister Schönl das Wort in den Mund gelegt: Wir brauchen keinen Wörtschöffer mehr. Er hat außerdem einige darüber geführt, daß jetzt die Arbeiter nicht mehr wie früher in persönlichen Verkehr mit den Fabrikinspektionsbeamten stehen, daß die Beamten auch den Gewerkschaftsversammlungen nicht mehr betwohnen. Ueber den letzten Punkt bin ich nicht unterrichtet. Ich kann mir aber wohl denken, daß Beamten der Besatz gewisser extremer Versammlungen verboten wird, denn dort werden so extreme Anschauungen zu Tage gefördert, daß ein Beamter an ihnen nicht teilnehmen darf. (Lachen links.) Der Ausspruch des Ministers: Wir brauchen keinen Wörtschöffer mehr, ist weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach gefallen. Das ist schon in einer offiziellen Regierungserklärung gesagt worden, die Abg. Wurm bedauerlicher Weise nicht gelesen zu haben scheint. Im Gegenteil hat der Minister Schönl den Wunsch, daß die Fabrikaufsicht in Wörtschöffers Geist weitergeführt wird und

das System das alte bleibt. Der angebliche Ausspruch beruht wie gesagt auf tendenziöser Verleumdung. Der neue Aufsichtsbearbeiter hat angeordnet, daß seine Beamte nur nach sorgfältiger Verständigung mit ihm in persönlichen Verkehr mit den Arbeitern treten, um über alle Personalien unterrichtet zu sein. Der neue Leiter der badischen Fabrikinspektion hat sich schon in Westdeutschland das Vertrauen der Arbeiter erworben, man sollte gegen ihn nicht künstlich Mißtrauen herbormen und schüren. Ich habe den Eindruck, daß er von irgend jemand, der ihm nicht wohl will, einen ungünstigen Reifebach nach Baden mitbekommen hat. Herr Wörtschöffer selbst hat gesagt, der wilde Radikalismus der Agitatoren schädige die berechtigten Forderungen der Arbeiter. Ich meine, dieses wahre Wort sollte auch bei Ihnen (zu den Socialdemokraten) Beachtung finden. (Beifall rechts.)

Die weitere Debatte wird hierauf auf Montag 1 Uhr vertagt; außerdem stehen noch Rechnungssachen auf der Tagesordnung. Schluß 5 1/2 Uhr.

## Gerichts-Zeitung.

Ja, Bauer, das ist ganz was anders! Unse Leser entkommen sich noch des eigenartigen Kammergerichtsurteils, wodurch eine Zusammenkunft von 12 Socialdemokraten für eine Versammlung erklärt wurde, obwohl man ausdrücklich vom „Abhalten der Versammlung“ abgesehen hatte. Jetzt hat sich nun das Kammergericht darüber geäußert, wenn eine Zusammenkunft von Menschen keine Versammlung sei. Der evangelische „Schleifische Gemeinschaftsbund“ macht es sich zur Aufgabe, durch fromme redegewandte Laien das Volk auf die himmlische Seligkeit vorzubereiten. In einem Dorfe bei Leobshausen wirkt im Sinne des Bundes eine Frau Worgian. Die Bundesboten Urban und Stachmieder veranlassen eine Anzahl Leute durch schriftliche, von ihnen selbst an bestimmte Personen ausgetragene Einladungen, sich in der Wohnung der Frau Worgian zu gemeinsamen Andachtsübungen einzufinden. Das eine Mal waren es 12, das andere Mal 19 Personen. Stachmieder und Urban trugen den Versammelten ihre Lebensgeschichte vor und erzählten, wie sie die Gottesfurcht kennen gelernt hätten und zu einem göttlichen Lebenswandel gekommen seien. Man betete dann, sang Lieder und erdörerte Bibelstellen, die die beiden Wanderprediger vorher verlasen. Urban, Stachmieder und Frau Worgian wurden wegen Uebertretung des Versammlungsgebotes angeklagt, weil sie ohne polizeiliche Anmeldung Versammlungen abgehalten hätten, die der Anmeldung bedürften. In den beiden Versammlungen hätten öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen und seien dort auch erörtert worden. Das Landgericht verurteilte die Angeklagten wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes.

Das Kammergericht gab jedoch der Revision der Angeklagten statt und sprach sie frei. Begründend wurde ausgeführt: Der Begriff der Versammlung sei vom Landgericht verkannt worden. Es sei zwar nach der Entstehungsgeschichte des Vereinsgesetzes nicht notwendig, daß eine Versammlung eine Leitung habe und sich eine Organisation gebe. Indessen meine das Vereinsgesetz mit Versammlungen nicht Zusammenkünfte, die ihrem geringen Umfange und ihrer Natur nach eines Vorstehers oder Leiters oder Redners nicht bedürften, oder bei denen eine Leitung und Organisation nicht üblich sei. Zusammenkünfte, wo wegen der geringen Anzahl der Teilnehmer und wegen intimer Beziehungen unter denselben eine Leitung oder Organisation nicht erforderlich und nicht üblich sei, fielen nicht unter das Vereinsgesetz, seien nur Privatgesellschaften. — Im vorliegenden Falle, wo die Leute zu gemeinsamer Erbauung zusammengetreten seien, wäre ersichtlich, daß intimere Beziehungen abgewaltet hätten. Man habe es hier mit einer Privatgesellschaft zu thun und nicht mit einer Versammlung. Schon deshalb sei auf Freisprechung zu erkennen.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse**  
d. Tischler u. and. gew. Arbeiter  
(E. H. 3 Hamburg.)  
Verwaltung Berlin D.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Wilhelm Eichler**  
am 5. Februar gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 8. cr., nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
Holländischen Friedhofes (Walden) statt.  
1899/3  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Gemeindebetriebs-**  
**Arbeiter. Filiale 1h.**  
**Nachruf!**  
Am 31. Januar ist unser Verbandskollege, der Kolner  
**August Altmann**  
gestorben und wurde am 4. Februar zu Friedrichshagen beigesetzt.  
Ehre seinem Andenken!  
983/16 Der Filial-Vorstand.

**Röpenitz.** Für die vielen Beweise der Liebe und der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen auf diesem Wege meinen verbindlichsten Dank.  
5732  
**Ww. Marie Wiewjorra.**

**Credit.** — 10 Mark —  
leichte Anzüge,  
Paletots  
nach Maß.  
Der Stoff allerbilligste Preise.  
Der selbst Stoff hat v. 20 Mark an.  
Schneidermeister,  
**J. Tomporowski,** Prinzenstr. 55.

**Gesundheit ist Reichtum!**  
**Dampf- und Heißluft-Bäder**  
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankenhäuser.  
**Bad Frankfurt** | **Ritter-Bad**  
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.  
Specialität:  
Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Weisluft-, Lohthamin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

**Bekanntmachung.**  
Von jetzt an treten folgende  
**Tariffermächtigungen**  
in Kraft:  
**1. Nachttarif für Beleuchtung.**  
Der Preis der Elektrizität für Beleuchtung in den Nachtstunden zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens wird für diejenigen Abnehmer, die sich zu einer jährlichen Stromentnahme während dieser Nachtstunden von mindestens 1000 M. verpflichten, auf 35 Pf. für die Kilowattstunde ermäßigt.  
**2. Fahrstuhl-Beleuchtung.**  
Elektrizität zum Betriebe der in den Körben und Motorräumen der Fahrstühle angebrachten elektrischen Lampen wird künftig nach dem derzeitigen Krafttarif von 16 Pf. für die Kilowattstunde berechnet, sofern diese Lampen an den Zähler für den Fahrstuhl-Motor angeschlossen werden.  
Anträge werden in unserem Bureau Luisenstrasse 35 entgegengenommen, woselbst auch jede Auskunft bereitwilligst erteilt wird.  
Berlin, im Februar 1903. 515L\*

**Berliner Elektrizitäts-Werke.**  
**Schlafmöbel-Bazar „Baby“**  
Annalidenstr. 160 | Beusselstr. 15  
Belle-Alliancestr. 107 | Lauenburgerstr. 7a  
Reinholdenborststr. 20 | Dramenstr. 31  
Frankfurterstr. 115 | Deunnenstr. 92  
10, 15, 21—75 M.  
**Betten** Stand 12,00, 18—24 M.  
**Metallbettstellen** für Kinder und Erwachsene.  
von 22,50 M. an.  
Teilszahlung gestattet v. 1,00 per Woche an. Bei größeren Raten Kassa-preise. Lieferung des Post- u. Spar- u. Versch.-Betriebs.

**Für 20 Mark**  
fertige, wer selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Hülfsen. Weyer, Holenthalerstr. 6/7. Amt III 8324.

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spec.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.  
Den Genossen bringe meine **Blumen- und Franzbinderei** in empfehlende Erinnerung. 3972\*  
**G. Gey,** Beusselstr. 64.

**Englisch. Unterricht**  
(Einzeln- oder im Circle) erteilt 3092\*  
**G. Swienty** geb. Liebknecht, Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spec.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.  
Den Genossen bringe meine **Blumen- und Franzbinderei** in empfehlende Erinnerung. 3972\*  
**G. Gey,** Beusselstr. 64.

**Englisch. Unterricht**  
(Einzeln- oder im Circle) erteilt 3092\*  
**G. Swienty** geb. Liebknecht, Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

**Rohtabak**  
billigste Preise  
**R. Schwarz,** Riechthofenstrasse 31.

**Vorwärts-Buchhandlung**  
SW., Linden-Strasse 69.  
**Billige Gelegenheitskäufe!**  
So weit der Vorrat reicht!  
Englische, französische, italienische Unterrichtsbriefe anstatt je 7,50 M. nur je 2,50 M.  
Unterrichtsbriefe in der einfachen und doppelten Buchführung, im Rechnen anstatt je 7,50 M. nur je 2,50 M.  
Paulmann, Im Reiche des Geistes, eine illustrierte Geschichte der Wissenschaften, anstatt 17,50 M. nur 7.— M.  
König, Gegenprozesse anstatt 4,50 M. nur 3.— M.  
Rohmüller, Der Mensch im Spiegel der Natur, anstatt 6.— M. nur 3.— M.  
Scheidert, Der Freiheitskampf der Vöcker und die Geschichte ihres Landes, in Prachtband gebunden, anstatt 16.— M. nur 6.— M.  
Schweiger-Verchenfeld, Von Ocean zu Ocean, eine Schilderung des Weltmeeres und seines Lebens, anstatt 18,00 M. nur 7.— M.  
Werke von Gorky, Tschekow, Tolstoj, Zola und anderer hervorragender Schriftsteller von 50 Pf. bis 8.— M., ferner gute Unterhaltungsliteratur von gelehrten Autoren zu bedeutend herabgesetzten Preisen beispielsweise anstatt 2.— M. nur 60 Pf.  
Ferner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager billiger, sehr gut ausgestatteter Klavierausgaben, der gesamten Partiturliteratur, sowie Wärdendächer und Zugschloßes in allen Preislagen und für jedes Alter passend.  
Neuerschienen:  
Der Umsturz im Reichstage 20 Pf.  
Die Kaiserreden im Reichstage und die Socialdemokratie 20 Pf.  
Der Fall Krupp, sein Verlauf und seine Folgen 50 Pf.

**Resterhandlung**  
1 Treppe. 38 Prinzenstr. 38, am Moritzplatz.  
Das prima reinwollenen Stoffe liefern ich unter Garantie des guten Eltes mit guten Zusätzen in sauberer Bearbeitung  
**Anzüge nach Mass**  
zum Preise 24 und 30 Mark.  
Paletots nach Mass 22 Mark an.  
**August Löther,** Prinzenstr. 38 I., am Moritzplatz  
(vormals Leiter der Resterhandlung Belle-Alliancestr. 98 I.).

**Das beste Husten-Mittel**  
und die altemährtesten, echten  
**Spigwegerschicht-Bonbons,**  
vorzüglich im Schlafmad, sicher in der Wirkung und billig im Gebrauch, nur allein echt zu haben bei  
**Gustav Behm,** Frankfurter Allee 120.

**Roh-Tabak**  
Detail-Verkauf. — Engros-Preise.  
**E. Erbe,** 5682\*  
Berlin C., August-Strasse 36.  
**Rohtabak**  
Tadellosster Brand, billige Preise.  
Formen. — Neueste Façons.  
Original-Fabrikpreise.  
**J. Fränkel,** Promenade 5.  
Sch. Gröbel, Brunnenstr. 181.

**Rohtabak.**  
Größte Auswahl. — Billigste Preise.  
Guter Brand! Vorzügliche Qualität.  
Sämtliche 2312\*  
**Fabrikations-Mensilien.**  
Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.  
**Heinrich Franck,**  
185 Brunnenstr. 185.

En gros. En detail.  
**Rohtabak** 2338\*  
**Max Otto,** Berlin NO.,  
Neue Königsstr. 6.  
**Rohtabak.**  
Belannt beste Qualitäten.  
**F. Wienert Nachf. L. Lehmann,**  
Rosenthalerstr. 23.

**Roh-Tabak,**  
sämliche Mensilien zur  
**Cigarren-Fabrikation**  
offertiert in der größten Auswahl zu den billigsten Preisen  
**W. Hermann Müller,**  
22 Alexanderstraße 22.

**Rohtabak!**  
Feinste Qualität, pro Pfd. 1,20 u. 1,30 M.  
Dobbiat, gesund, pro Pfd. 0,85 M.  
**Karl Roland,** Rottbuecherstr. 3a.  
Genau auf Hausnummer achten!  
**A. Stippekohls Restaurant**  
**Küpenick,** Schönertinderstr. 5.  
Arbeiter- u. Betriebsklub für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt

# BAER SOHN

Chausseestrasse 24a/25. 11. Brückenstrasse 11. Gr. Frankfurterstr. 20.  
Zwisch. Invalidenstr. u. Friedr.-Wilhelmstadt. Theater. Zwisch. Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. Ecke Koppenstr. — Am Bürger-Hospital.

Special-Haus grössten Maasstabes.

## Sonder-Angebote für die Ball-Saison

Tennis-Anzüge, Weiss mit bunten Streifen. Für Kostümfeste . . . . .	6 Mk.	Weisse Piqué-Westen, Schöner Ripps mit Satin-Rücken-Futter . . . . .	1 75 Mk.
Papier-Anzüge, Crème, Waschbar und stark. Für Kostümfeste . . . . .	10 Mk.	Raylan-Paletots, Neueste Moden, 33,—, 30,—, 27,—, . . . . .	20 Mk.
Schwarze Jaquet - Anzüge, 36,—, 30,—, 24,—, 18,—, . . . . .	10 Mk.	Gummi-Regenmäntel, 30,—, 30,—, 22,50, 18,—, . . . . .	15 Mk.
Schwarze Gehrock - Anzüge, 42,—, 38,—, 36,—, 30,—, . . . . .	27 Mk.	Wetter-Havelocks, 21,—, 18,—, 15,—, 10,—, . . . . .	6 75 Mk.
Schwarze Beinkleider, 15,—, 12,—, 10,—, 8,—, 6,—, . . . . .	3 Mk.	Knaben-Stoff-Anzüge, Moderne Façons, 10,—, 8,—, 6,—, 4,—, . . . . .	2 Mk.

**Herren - Hosen** 7 50 Mk.  
nach Maass  
18,—, 15,—, 12,—, 9,—

**Frack- und Smoking-Anzüge**  
in vornehmster Ausführung  
bis zu den allerfeinsten Qualitäten.

**Herren-Anzüge** 24 Mk.  
nach Maass  
50,—, 40,—, 30,—

**Einsegnungs-Anzüge** 9 Mk.  
Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. verschiedensten Webarten sowie Kammgarn, Satins, Cheviots, Ripsgarn, Drapé, Meltons usw. 33,—, 30,—, 27,—, 24,—, 21,—, 18,—, 15,—, 12,—

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

**Einsegnungs-Hüte, Wäsche, Cravatten, zu besonders billigen Preisen.**  
Handschuhe usw.

Schöne Kalender 1903 und illustrierte Preislisten kostenlos und portofrei.



# H. Greifenhagen Nachfg.

Brunnenstrasse 17. (Inh.: Trapp & Morris). Brunnenstrasse 17.

## Extraverkauf wegen Erweiterungsban.

Die Extra-Preise sind neben den bisherigen auf den Etiketten vermerkt.

Alle Waren sind im Preise ermässigt mit Ausnahme weniger Artikel, bei denen eine Herabsetzung unmöglich ist.

Wir weisen darauf hin, dass eine derartige Gelegenheit selten geboten wird.

**Wäsche.**

Damen-Hemden mit Spitze . . . . .	jetzt 89 Pf.
Achsel-Hemden aus kräftigem Hemdentuch . . . . .	1,15 M.
m. höchst. Passe . . . . .	1,30
Stück-Volant . . . . .	1,35
Renforce-Beinkleid mit Stickerei . . . . .	1,15
Weisse Bettbezüge, 1 Deckbett, 2 Kissen . . . . .	3,25
Bunte . . . . .	2,95

**Unterröcke.**

Prima Eiderflanel-Rock . . . . .	1,48
Gefütterter Cloth-Rock m. reiz. Garnier. . . . .	3,05
Prima Cloth-Rock m. Chine-Volant . . . . .	3,95

**Schürzen.**

Satin-Schürze mit Tülldurchzug . . . . .	79 Pf.
Baist-Tüdel-Schürzen m. br. Blenden . . . . .	17
Wirtschafts-Schürzen mit Träger . . . . .	52
extra weit . . . . .	88

**Herren - Artikel.**

Krawatten, Façon Diplomat . . . . .	23
Regattes . . . . .	38
Oberhemden mit reinleinen Einsatz . . . . .	2,45 M.

**Blusen und Kostüm-Röcke.**

Sammetflanel-Bluse mit Querfältchen, selten schöne Façons . . . . .	jetzt 1,90 M.
Reinwollene Blusen, ganz gefüttert, neueste Muster und Façons, Wert 8—12,50 . . . . .	jetzt 4,45 u. 5,10 M.
Kostüm-Röcke aus engl. Noppé-Stoff mit Volant . . . . .	jetzt 2,45
Ein Posten Kostüm-Röcke aus reinwollenen Stoffen, Wert bis 20 M., Durchschnittspreis . . . . .	8,75

**Tischdecken.**

Pflüsch-Tischdecke mit elegant. Bord., jetzt . . . . .	4,50 M.
Gobelin-Tischdecke m. eingewebt. Bord. . . . .	2,20
Peralierdecke . . . . .	65 Pf.

**Gardinen-Roste in kolossalen Mengen**  
jetzt 5 Pf., 10 Pf., 25 Pf., 50 Pf.

**Leinen und Baumwollwaren.**

Gerstenkornhandtücher, 50 cm br. 1/2, Dtzd. . . . .	1,50 M.
Gartendecken . . . . .	jetzt 98 Pf. u. 1,48
Hemdentuch . . . . .	jetzt Mtr. 18 Pf.
Wischtücher . . . . .	jetzt Dtzd. 75

**Strümpfe, Handschuhe, Korsetts.**

Radfahrstrümpfe u. Stutzen, Wert 4,50, jetzt . . . . .	75 Pf.
Ballhandschuhe, extra lang, in allen Farben, reine Seide . . . . .	95
Schwarze Glacé-Handschuhe . . . . .	75
Weisse und farbige Glacé-Handschuhe . . . . .	98
Korsetts, vorzüglicher Sitz . . . . .	88
Frack-Korsetts, garantiert haltbar . . . . .	2,70 M.

**Seiden-Bänder in allen Breiten und Farben, ohne Rücksicht auf den bish. Wert, jetzt Meter 10 Pf.**

**Weisswaren, Tapiserie, Gürtel.**

Schleier mit Chenille-Punkten, Mtr. jetzt . . . . .	23 Pf.
Seidene Rockrüschen, helle Farb., Mtr. . . . .	38
Tüldecken, crème, 70 cm im Quadr. . . . .	58
Rips-Gürtelband, 5—6 cm breit, Mtr. . . . .	25
Damen-Ledergürtel, weiss mit Gold-schnalle . . . . .	39
Bürstentasche a. Tuch m. Holzrahmen . . . . .	38
Journalhalter, Tuch gez. . . . .	8
Wollene Taillentücher in Ballfarben . . . . .	1,05 M.
Fitz-Südwester, marine, mit Schnur . . . . .	85 Pf.
Matrosen- und Prinz Heinrich-Mützen . . . . .	25

**Wirtschafts-Artikel.**

Kinder-Seidel, Glas . . . . .	jetzt Stck. 7 Pf.
Wasch-Service, 5teilig, gr. Façon . . . . .	2,25 M.
Mehlfässer, extra gross . . . . .	32 Pf.
Eimer, blau . . . . .	39
Waschfässer . . . . .	39

**Papier- und Schreibwaren.**

Küchenspitze, extra breit, Stck. 10 Mtr. Wert 40 Pf., jetzt . . . . .	19 Pf.
Lampenschirme, elegant garniert, Wert 75 Pf., . . . . .	49
100 Bogen hochfeines Briefpapier . . . . .	23
25 farbige Briefbogen u. Couverts, Karton . . . . .	28
5 Briefbogen, 5 Postkarten mit Ansichten, 5 Couverts, zusammen . . . . .	1
Schreibhefte, holzfreies Papier, Stck. . . . .	4

**Strick- und Häkelgarne.**

Negorgarn, echt Diamantschwarz . . . . .	Logo 12 Pf.
Estromadura, Max Hauschild . . . . .	18
Eider-Glanzwohle, 1/2 Pfund . . . . .	jetzt 65
Häkelgarn in allen Farben, Knäuel . . . . .	3
do. Max Hauschild . . . . .	Logo 19
Knüpfgarn (Taschengarn) alle Farben, auch rot, 50 Gramm-Knäuel . . . . .	10

**Kurzwaren und Schneider-Artikel.**

Seidene Pompons, alle Farben, Dtzd. jetzt . . . . .	12 Pf.
Kinder-Armbändchen, gehäkelt m. seid. Schleifen . . . . .	9
Gummisauger . . . . .	2
mit Schlauch, Garnitur . . . . .	7
Schuhsonkel, lang und breit, Paar . . . . .	1
Mutnadeln, extra lang, 12 Stück . . . . .	5
Stricknadeln, Spiel . . . . .	1
Kupfer-Monogramme in flach u. Kreuzst. . . . .	3
Papier-Monogramme . . . . .	1
Stecknadeln, Brief . . . . .	1
Haken u. Oesen, Ia Qual., alle Gr., auch Mantelhak., jetzt Pfd. 10 Pf., Pack . . . . .	1
Konfektionsgarn, alle Farben, gr. Logo . . . . .	7
Tailleurverschüsse m. 16 Hak. u. Oesen . . . . .	4
Wachspfernadeln, imitiert, Dtzd. . . . .	5

**Kurzwaren und Schneider-Artikel.**

Schablonekasten, Kreuzstich . . . . .	jetzt 15 Pf.
Wäschebänder mit Schloss, seid. imit. . . . .	13
Hamdenknöpfe . . . . .	4
Wäscheköpfe, grosse Nummer, 3 Dtzd. . . . .	7
Lockenwickel, Leder . . . . .	5
do. Stahl . . . . .	9
Besenborten . . . . .	3
Doppelbuchstaben, gestickt . . . . .	2
Hosenknöpfe . . . . .	6
do. zum Einrieten . . . . .	3
Besatz-Knöpfe, gold., schw. u. Perlmutt, Karte 3 Dtzd. . . . .	7
Strumpfbänder für Damen aus breitem Falten-Gummiband, imit. Seidenstreifen . . . . .	19
Krageneinlagen, abgepasst . . . . .	3
Schuhknöpfe . . . . .	5

**Kurzwaren u. Schneiderei-Artikel.**

Reuleaux-Schnur, Stück 10 Meter . . . . .	jetzt 5 Pf.
Gürtelnadeln, 10 Stück . . . . .	5
Verlängerungsborten, alle Farben, Mtr. . . . .	19
Strumpfhalter, für Kinder, Paar . . . . .	7

**Strumpfhalter für Damen aus rein seidenem, breitem Falten-Gummiband, Wert Paar 1,50 M., jetzt 39 Pf.**

Bettgimpe, St. 8 Meter . . . . .	jetzt 19 Pf.
5 dicker Kordel . . . . .	29
Schablonekasten mit Kupfertafeln . . . . .	9

**Wichtig für Tapeziere.**

Shoddyfransen, schwere Qualität, jetzt Mtr. . . . .	32 Pf.
Netzfransen . . . . .	48
Pomponfransen . . . . .	9
Möbelquasten . . . . .	Stck. 5
do. extra grossem, steiligem Seidenfaçon . . . . .	19
Netzquasten . . . . .	27
Möbelrosetten . . . . .	5
Möbelschnüre, alle Farben, jetzt Stck. 40 Mtr. . . . .	1,75 M., Mtr. 5
Weilene Gardinenhalter mit Quasten . . . . .	jetzt Stck. 9

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung, Sonnabend, den 7. Februar 1903, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Freiherr v. Hammerstein.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt in Verbindung mit dem Antrag Barth auf Einführung der geheimen Wahl und Neueinteilung der Wahlkreise.

Abg. Frhr. v. Seibitz (H.):

Die „Kreuzzeitung“ hat es bemängelt, daß der Herr Minister auf die Angriffe der Presse gegen Polizeiberichte in einer so eingehenden Weise geantwortet hat. Ich kann das Vorgehen des Herrn Ministers, der es sehr mit Recht abgelehnt hat, im Hinblick auf die Beschwerden zu antworten, nur durchaus billigen. Die Diskussion ist dadurch von vornherein in ruhige, sachliche Bahnen gelenkt worden. Die Beamten wissen nun, daß Verleumdungen fruchtlos gerügt werden, daß sie aber gegen ungeschickliche Angriffe in der Presse oder im Parlament sich auf den Schutz des Ministers verlassen können, und darauf beruht die energische, kraftvolle Handhabung unserer Polizei.

Wie recht ich mit meiner geistigen Behauptung hatte, daß das Zustandekommen der Regierung auf Sicherung des Wahlscheiterns eine Folge der Bedenklichen Rede und damit eine Konzeption an die Oppositionspartei war, beweist der heutige Staatsantrag des „Vorwärts“. Selbstverständlich habe ich nicht gemeint, daß die sozialdemokratische Presse mit andärrlichen Worten direkt gefaßt habe: Seht Ihr, das ist die Frucht der Bedenklichen Rede, so dumm sind die Sozialdemokraten auch nicht, dazu sind die chronologischen Vorgänge in noch zu frischer Erinnerung. Aber wer die sozialdemokratische Presse verfolgt — und ich lese den „Vorwärts“ jeden Tag —, wird darüber keinen Zweifel hegen, daß in dieser Presse die Absicht angedeutet ist, den Erfolg dieser Verordnung jetzt zu justifizieren als Erfolg der Bedenklichen Rede.

Herr Barth behauptete, die Beamten kämen, aus Furcht, gemahnt zu werden, bei der öffentlichen Stimmabgabe oft nicht ihrer Ueberzeugung gemäß wählen. Auch Herr Barth könnte es aber bekannt sein, daß durch den Erlaß vom Jahre 1882 jedem Beamten die völlige Freiheit des Wahlrechts gesichert ist und Herr Barth könnte auch wissen, daß bei der letzten Reichstagswahl in Berlin eine ganze Anzahl Beamte, sogar hohe Ministerialbeamte, gegen den konventionellen und für den liberalen Kandidaten bestimmt haben, ohne irgendwelche gemahnt zu sein. Freilich, eine Ausnahme stellt es Angesichts der Thatsache, daß die Sozialdemokratie ihr Bestreben offen auf Befreiung der Monarchie und der geltenden Ordnung unseres Staates richtet, ist die Förderung ihrer Bestrebungen — und nur durch Abgabe des Stimmzettels bei der Wahl — unvermeidbar mit dem Tode, welchen jeder Beamte seinem Landesherren und auf die Verfassung abgibt.

Für die Mitteilungen über die Aenderung des Wahlreglements danken wir dem Minister. Damit wird aber die Thätigkeit der Regierung für die nächsten Wahlen nicht abgeschlossen sein. Angesichts der Thatsache, daß auf der einen Seite die Sozialdemokratie die Wähler in der schlimmsten Weise aufzuheben sucht und auf der anderen Seite versucht wird, die Wählerstimme aufzuregen und unrichtig gegen die Regierung zu machen, werden alle staatsverhaltenden Klassen zusammenhalten müssen, und die Regierung wird die Aufgabe haben, durch die am besten dazu geeigneten Landräte Aufsichtung im Volk zu verbreiten.

Abg. Jaska (C.) führt Beschwerde über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Oberschlesien und die Unterdrückung der polnischen Sprache seitens der Behörden. Es würden Versammlungen aufgelöst, nur weil in ihnen die polnische Sprache angewandt würde. Die Polen in Oberschlesien seien aber im allgemeinen ganz friedliche Staatsbürger; niemand denke an eine Wiederaufrichtung des Königreichs Polen. Nur die Galatzisten seien es, die Unfrieden in das Land brächten.

Ein Regierungs-Kommissar erwidert, in Folge einer Verfügung des Ministers habe der Regierungspräsident in Lpella die ihm unterstellten Behörden angewiesen, Versammlungen nicht aus dem Grunde aufzulösen, daß in ihnen polnisch gesprochen werde. Solche Anweisungen könnten allerdings nicht verhindern, daß in einzelnen Fällen Mißgriffe der unteren Polizeibehörden vorkämen. Im öffentlichen Dienst stehende Personen, die sich an der großpolnischen Bewegung beteiligten, müßten rezipiert werden.

Abg. Dr. Nizerki (Pole, sehr schwer verständlich) polemisiert gegen die gestrige Ministerrede.

Abg. Dr. Vorhies (naif.) befragt über eine Neu-Einteilung des Wahlkreises St. Goarshausen.

Abg. Dr. Barth (freil. Sg.)

Wingt die Mißgriffe der Theaterzensur zur Sprache. Nach den Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, ist das Amt eines Censors eines der unheimlichsten Ämter; er kann es eigentlich niemand recht machen. Ein ernstes Drama sollte nur nach äußerlichen Rücksichten beurteilt werden. Es liegt in der Natur der Dinge, daß der Censor vorzugsweise auf das Materielle, auf das Stoffliche eingeht. Nun haben die Dramatiker aller Zeiten die heftigsten Stoffe behandelt, und sie haben gezeigt, daß ein wirklich großer Künstler die ominösesten Stoffe behandeln kann, ohne bei gebildeten Menschen Anstoß zu erregen. (Sehr richtig! links.) So ist vor kurzem Senes neuestes Schauspiel „Maria Magdalena“ verboten worden, während auf Spezialitätenkatern und andern Bühnen die armseligsten Machwerke, die in sittlicher Beziehung oft viel zu wünschen übrig lassen, aufgeführt werden dürfen. Ein zweiter Fall, der ebenfalls viel Aufsehen erregt hat, ist das Verbot des Dreierischen Dramas „Das Thal des Lebens“. Beide Verbote sind vom Ober-Verwaltungsgericht bestätigt worden, es hat sich also mit diesem Urteil mit Kompromittiert und nicht etwa die Censurbehörde geduldet. (Zustimmung links.) Der Dreierische Schwan ist nach dem Verbot sofort in Hamburg angenommen worden, wo keine Theaterzensur besteht. Hier in Berlin ist er gestern nachmittag vor einem geladenen Publikum zur Aufführung gekommen, unter den Zuhörern befanden sich auch einzelne Mitglieder dieses Hauses. Das Publikum hat sich sehr gut amüsiert. Das Stück hat zwar keinen hohen dichterischen Wert, aber es gehört auch nicht zu den Stücken, von denen man sagen könnte, sie seien so unbillig, daß man froh sein müßte, wenn sie überhaupt nicht aufgeführt würden. Es handelt sich in der That um einen ominösen Stoff, — das man heute eine Censure nennt. (Große Heiterkeit.) Zur Verhütung teile ich mit, daß der Markgraf von Saxe-Coburg gemeint ist und daß es im 18. Jahrhundert spielt. Es handelt sich in dem Stück darum, den Fortbestand der Dynastie zu sichern. Die ganze Sache verläuft durchaus nicht etwa in andern Bahnen, wie wir sie aus vielen erlaubten französischen Komödien gewohnt sind. Man hat sich deshalb mit Recht gewundert, wie man ein derartiges Stück, das gewisse Vorzüge hat, so rigoros behandelt, während andre Stücke, in denen viel gewagtere Dinge vorkommen nicht verboten werden. Einem liegt es mit dem Verbot des Dreierischen Dramas. Es ist unerklärlich, wie man in diesem Stück, das den höchsten sittlichen Ernst hat, einen Angriff auf die religiösen Gefühle der Bevölkerung erblicken kann. Im Mittelpunkt des Stückes steht die Person des Erlöfers, der aber nicht auf der Bühne erscheint. Ich habe niemand kennen gelernt, der, wenn er das Stück kannte, nicht von dessen hohem sittlichen Wert überzeugt war. „Maria Magdalena“ ist dabei anstandslos in Bremen aufgeführt worden. Wie solche Verbote wirken, beweist die Thatsache, daß an dem Tage, wo das Verbot bekannt wurde, von „Maria Magdalena“ ganze Auflagen sofort vergriffen waren. (Hört! hört! links.) Wäre das Stück wirklich unbillig, so hätte das Verbot nur das eine bewirkt, nämlich daß es in Zehntausenden von Händen gekommen wäre, die vorher sich gar nicht damit beschäftigt hätten. (Sehr richtig! links.) Die ganze Arbeit des Censors ist unverständlich, sie bewirkt das Gegenteil von dem, was beabsichtigt wird. (Sehr wahr! links.) Ich möchte den Minister bitten, zu erörtern, ob es nicht an der Zeit wäre, die Theaterzensur

überhaupt aufzuheben. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Theaterzensur ist für die Theaterdirektoren gewissermaßen eine Versicherung gegen das Strafgesetz. Bestände die Censur nicht, die Direktoren würden viel lieber darauf sehen, daß das Stück nicht gegen das Strafgesetz verstoßt.

Es erörtert eine Polizeiverordnung aus dem Jahre 1898, die gewissermaßen eine Extra-Censur vorsieht. Es wird bestimmt, daß j. B. in der Karwoche, am Totensonntag oder an sonstigen hohen christlichen Festtagen nur ernste Drame an den Theatern zur Aufführung gelangen sollen. Dagegen ist ja wenig einzuwenden. Nun unterscheidet die Polizei Theater mit Konsum und Theater ohne Konsum. Die letzteren Theater unterstehen der obigen Polizei-Verordnung nicht. So wurde am ersten Weihnachtstage 1901 im Apollo-Theater die Aufführung der harmlosen Operette „König Kana“ verboten, während am Reichen-Theater „Einquartierung“ und am Thalia-Theater die „Vadeviva“ zur Aufführung gelangten. (Hört! hört! links.) Einzelne Theater sind auf einen originellen Ausweg gekommen. Da die Verordnung nur in Berlin besteht, so zog das Monopol-Theater mit der „Reinen Nummer“ in der Karwoche nach dem Charlottenburger Theater des Westens und das Theater des Westens in das Metropol-Theater. (Große Heiterkeit links.) Unter dieser Polizeiverordnung haben vor allem die Angehörigen zu leiden. Ich möchte Herrn v. Hammerstein bitten, hier eine Aenderung einzutreten zu lassen.

Zum Schluß möchte ich noch zwei Mißgriffe der politischen Censur zur Sprache bringen. Wir haben es häufig erleben müssen, daß höhere Verwaltungsbeamte ihren Untergebenen gegenüber mit einer gewissen Abscheu von den liberalen Zeitungen gesprochen haben. Eine solche Beeinflussung ist in Grimmen seitens des Landrats Maßbach geschehen. Der Landrat aber hat seinen Leuten gar keine Vorschriften darüber zu machen, was sie lesen und was sie nicht lesen sollen. Der andre sehr unglückliche Fall hat sich in Magdeburg zugetragen, und zwar handelt es sich um den „Vorwärts“. (Nachen rechts.) Es ist ganz gleich, ob es sich um eine liberale oder sozialdemokratische Zeitung handelt. Die „Vollstimme“ in Magdeburg berichtet, daß in dem am Dreizehntage belegenen Café National seit einiger Zeit der „Vorwärts“ ausgelesen habe. Da erschien eines Tages ein höherer Polizeibeamter und erklärte dem Wirt, die Beamten dürften kein Café nicht mehr besuchen, wenn der „Vorwärts“ nicht aus den Räumen verschwände. (Lebh. Hört! hört! links.) Das ist ein Uebergriff, der sich seitens eines Polizeibeamten überhaupt nicht gehört. (Lebhafte Zustimmung links.) Nur der Wirt hat darüber zu entscheiden, welche Zeitungen er auslegen will oder nicht. Und was wird mit einer solchen Vorkommnisse erreicht? Diejenigen Gäste des Lokals, die dort den „Vorwärts“ gelesen haben, werden jetzt auf den „Vorwärts“ abonnieren. (Sehr richtig! links.) Und das kann doch nicht die Absicht der Staatsregierung sein. (Heiterkeit links.) Ich möchte den Herrn Minister nochmals ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, die Censur überhaupt zu befeitigen. (Lebhafte Beifall links.)

Minister des Innern Frhr. v. Hammerstein:

Es ist typisch, daß Herr Barth auch heute wieder die Geschäfte der Sozialdemokratie befragen zu müssen glaubt. (Große Unruhe links.) Ich muß anerkennen, daß die Extra-Censur über die verfahrensmäßige Behandlung der Theater in der Karwoche sich vielfach widerpricht. Es schweben aber bereits Erörterungen, wie diese Widersprüche zu beseitigen sind.

Den Verwaltungsbeamten kann ich das Recht nicht absprechen, ihre Abneigung gegen dieses oder jenes Blatt mehr oder minder zum Ausdruck zu bringen. (Unruhe links.)

Was die Theaterzensur betrifft, so sind vom 1. Mai 1901 bis zum 20. Januar d. J. bei der hiesigen Censurbehörde 723 Stücke eingereicht worden. Von diesen sind 630 Stücke genehmigt worden, 51 zurückgezogen und 10 nicht genehmigt. Unter den 10 nicht genehmigten befinden sich 5 deutsche und 5 französische. 20 Stücke sind noch unerledigt. Unter den 5 Stücken, die nicht genehmigt sind, befinden sich auch die beiden vom Abg. Barth erwähnten Dramen. Im Gegensatz zum Abg. Barth muß ich der Censurbehörde in beiden Fällen recht geben. Ich will mich nicht hinter den Spruch des Ober-Verwaltungsgerichts zurückziehen, sondern Ihnen meine sachlichen Bedenken gegen die beiden Stücke mitteilen. „Das Thal des Lebens“ ist gestern aufgeführt worden. Ich wäre gern hingegangen — auch ich war eingeladen — wenn Sie mich hier nicht zurückgehalten hätten. (Heiterkeit.) Soweit mir das Stück bekannt ist, handelt es sich darum, daß vor etwa 100 Jahren in einem Zweige unseres Brandenburgischen Königs Hauses künstlich versucht worden ist, eine Nachfolge auf unbilligen Wege zu erzielen. Das ist etwas nicht zur Aufführung gelangen darf, ist einfach selbstverständlich. (Beifall rechts.)

Was „Maria Magdalena“ anlangt, so will ich gern anerkennen, daß Paul Heyse dieses Stück mit großem Geschick verfaßt hat, daß es reich ist an hoher poetischer Schönheit, und daß es für gebildete Leser ein Genieß ist. Dieses Stück als Kunstwerk zu lesen. Dr. Barth hat selbst gesagt, daß die größten Dramatiker aller Zeiten die heftigsten Stoffe behandelt haben, ohne bei gebildeten Menschen Anstoß zu erregen. Das gebe ich zu. Aber unsere Theaterbesucher gehören nicht zu der Elite der gebildeten Menschen. (Zustimmung rechts.) Wir müssen damit rechnen, daß jeder Mann aus dem Volke das Theater besucht. Es ist prächtig von Heyse geschrieben, wie die Person unseres Heilandes auf die jüdische Bühlerin Maria Magdalena einwirkt, so daß sie sich entschließt, ihren bisher sündhaften Lebenswandel aufzugeben. Als Christus vom römischen Praetor zum Tode am Kreuze verurteilt wird, sind eine ganze Reihe Menschen bereit, ihm zu helfen. Unter denen, die der Bühlerin besonders nachgestellt haben, befindet sich auch der Reife des römischen Praetors. Dieser geht zu der Bühlerin und sagt ihr: „Laß mich diese Nacht zu Dir und ich will Dir den Christus retten.“ In einem ergreifenden Monolog kommt dann Maria Magdalena zu dem Entschluß: „Ja, ich will Christus retten. Neben meinen Körper sind schon so viele Hindernisse, und wenn er auch ein Römer ist, so will ich doch dem Jesus helfen.“ Nun knipft er an das Zimmer, aber sie läßt ihn nicht herein, sondern sagt: „Nein, Christus hat mich geheiligt und ich lasse Dich nicht herein.“ Die Lösung ist gewiß sittlich. Aber darf bei uns auf dem Theater ein Stück aufgeführt werden, in welchem die Grundanlage unseres christlichen Glaubens, der Tod Christi am Kreuze, abhängig gemacht wird von dem Willen einer Bühlerin? (Beifall rechts.) Dieser Fall beweist gerade, wie notwendig die Censurbehörde ist. Hätten wir keine Censur, so würde unglückliches Unheil angerichtet werden. (Anhaltender Beifall links.) Ich kann deshalb dem Abgeordneten Dr. Barth nicht verprechen, daß ich meinerseits auf eine Befreiung der Theaterzensur hinwirken werde. (Lebhafte, wiederholter Beifall rechts. Große Unruhe links.)

Abg. Kewolb (freil.) befragt gegenüber dem Abg. Dr. Barth, daß Landrat v. Maßbach sich irgend welche ungesetzliche Beeinflussung von Untergebenen hat zu Schulden kommen lassen.

Abg. Hansen (Däne) spricht über die Auswirkungen von Dänen aus Nordafrika und bezeichnet die Verwaltungsmaßnahmen als ungerecht, zum Teil ungeschicklich und unmoralisch. Er behandelt weiter die Frage der rechtlichen Behandlung von dänischen Opianten und Opiantensündern.

Ein Regierungs-Kommissar erklärt das Verfahren der Regierung und der Gerichte in allen den Fällen für durchaus korrekt. Wenn Opianten oder Opiantensünder die preussische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, soll jede Härte vermieden werden.

Abg. Niskaom (freil. Sg.)

kommt auf den gestern schon von Abgeordneten Leser erwähnten Fall zurück, daß der Redaktionsbote des „Vorwärts“ von einem Beamten der politischen Polizei mit 60 M. bestochen worden sei. Der Fall hat um so peinlicheren Ansehen erregt, als der Minister keine Aus-

satz gegeben hat. Der Vorfall wirft ein häßliches Licht auf unsere Zustände. Was heute der einen Partei passiert, kann morgen der andern Partei passieren.

Rehner bittet den Minister, die Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit für Frauen zu mildern. Es sei doch nicht recht und billig, wenn man die Frauen in einem Segment des Saales zulasse, sie aber zum Schmeißen verurteile. Die Frau, die heute am Kampfe ums Dasein so teilnehmen müsse, wie der Mann, müsse auch das Recht haben, ihre Interessen in Vereinen und Versammlungen zu vertreten. Der Minister solle weiter dafür sorgen, daß politische Vereine ihre Feste mit Damen ungehindert feiern dürfen. Rehner polemisiert dann gegen den Abgeordneten Frhr. v. Buddenbrock, der gestern sich darüber beklagt hat, daß die Kommune Berlin die Willkür-amtswörter schlechter bezahle als die Civilamtswörter. Welche belämen ein gleiches Anfangsgehalt von 1200 M., wenn sie verheiratet sind 1440 M. Das Gehalt steigt bis auf 1000 M. Wenn Willkür-amtswörter das Sekretärinnen machen, werden sie auch als Magistrats-Sekretäre angestellt. Rehner führt zahlreich den Nachweis, daß die Willküramtswörter in der Kommune Berlin nicht benachteiligt werden. Die Stadt Berlin zahle mindestens so gut wie die städtische Verwaltung. Viele Staatsbeamte würden froh sein, wenn sie das von der Stadt Berlin gezahlte Gehalt belämen. (Beifall links.)

Abg. Ernst (freil. Sg.) tritt für eine neue Kreisordnung für Posen ein. Die Städte seien jetzt sehr benachteiligt.

Hierauf wird die Debatte über den Titel „Ministergehalt“ geschlossen und der Titel bewilligt.

Der Antrag Dr. Barth-Wiemer wird in seinen beiden Teilen abgelehnt, der erste gegen Freisinnige und Nationalliberale, der zweite gegen Freisinnige und Centrum.

Hierauf tritt Verlesung ein.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. 1. Mündlicher Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Frage der Erledigung des Mandats des Abg. Ros. 2. zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. Erweiterung des Stadtkreises Münster. 3. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Schluß 3/4 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Niederf. Sonntag, den 8. Februar, abends 6 Uhr, bei Kaufner, Ringbahnstraße 24. Diskussion über Weltlichkeit der Schule usw. Durch diese Abende sollen thätige Helfer und Helferinnen für die Wahlen herangebildet werden. Lediglich bittet um rege Beteiligung. Die Vertrauensperson.

Vermischtes.

Im Zwischendeck. Wenn jemand eine Reise hat, so kann er noch erzählen. So wollen wir denn auch jemandem das Wort verstaten, der kürzlich auf einem Amerika-Dampfer die Reise über das große Wasser gemacht hat. Ein Berliner Parteigenosse, der das Jutischendeck eines Hamburger Dampfers zur Ueberfahrt benutzte, teilt uns über seine wenig erbaulichen Erfahrungen von der Seereise folgendes mit: Ich fuhr auf dem Dampfer „Blücher“ von der Hamburg-Amerikanischen Kaiserfahrt-Gesellschaft; am 6. Dezember v. J. ging die Reise los. Die Schiffstorte hatte ich mir schon vorher zum Preise von 130 M. in der Berliner General-Agentur der Gesellschaft gekauft. Man sagte mir in diesem Geschäft, daß ich nur dreierlei mitnehmen solle; der Raum wäre in Kammern von 15 bis 30 Betten abgeteilt und alles sei dort in schönster Ordnung. Etwas Reibliches stand auch in der Reisebedingungen zu lesen, die ich in der Agentur erhielt. Um so größer war meine Enttäuschung, als ich vom Aufdampfer „Samsa“ aus den „Blücher“ betrat. Aus den Kammern von 15 bis 30 Betten wurden große niedrige Räume für 316 resp. 490 Menschen. Ich wurde in den kleineren Raum gesteckt, wo ich mit polnischen, russischen und galizischen Juden eine über die Rahmen angenehme Gesellschaft pflegen konnte; nur zwei Deutsche waren dort untergebracht. Es standen immer zwei Betten übereinander und zur Nacht belam jeder eine leinwandene Pferdebede, welche so klein war, daß sie unmöglich vom Hals bis zu den Füßen reichte. So froh ich dem, namentlich in der ersten Nacht so arg, daß ich das Jutischendeck nicht los wurde. Der Raum ist bis aufs äußerste angedrängt; in den Gängen zwischen den Betten kann sich eben ein Mann bewegen. In einem dreierlei Gang standen zwei Tische nebst Bänken, worauf an sozangig Personen Platz nehmen konnten; alle übrigen mußten stehend oder auf der Erde liegend ihre längliche Mahlzeit einnehmen. Jeder hatte an Erbschirer Löffel, Teller, Köffel und Gabel erhalten, doch zum Abwaschen war nur schwer Gelegenheit und aufbewahren mußte man diesen Hausrat im Bett. Je 12 Mann erhielten einen Eimer, worin sie Essen holen sollten, sowie eine Schüssel mit Saft oder Thee. Meiner zum Zerleihen des Fleisches gab es nicht, diese Arbeit mußte jeder mit seinem Taschenmesser verrichten. Wenn es Pellkartoffeln und Hering gab, dann wurden Schüsseln mit Hering aufgestellt und jeder wühlte nach Belieben darin herum. Von einer Reinigung der Hänge war keine Rede gewesen; so wie sie aus dem Haf kommen, wurden sie aufgesetzt. Nach der Mahlzeit lagen Heringsschalen und Kartoffelschalen auf dem Fußboden herum, Neben dem an den Ecken fest und wurden mit in die Betten geschleppt. Die Luft in diesen Räumen war natürlich derart, daß wenigstens wir Deutschen im ständigen Ekel lebten. Zum Waschen waren für die Menge Menschen fünf Wasserpöfe vorhanden; man mußte das salzige Meerwasser benutzen, das zum Reinigen des Gesichtes absolut nicht geeignet ist. Ein Handtuch gab es nicht. Die Zustände in den Aborten lassen sich nicht beschreiben; wir ist nicht bekannt, daß während der Ueberfahrt jemals eine Reinigung erfolgt ist. Als am 4. Tage der Reise Anzeiger ausbrach, wurde alles abgeschlossen und keiner durfte an Deck. Am 12. Dezember zerbrach der Sturm sämtliche Teller und Trinkpöfe. Zum Unglück waren die Ventilschächte gerippt worden, so daß die Luft, die bis dahin schon entsetzlich war, geradezu zum Erstickenden lebensgefährlich wurde. In allen Kant noch, daß jede Welle, die über das Schiff ging, eine Menge Wasser durch die Hauptluken ins Zwischendeck brachte, so daß dort tagelang der Fußboden naß war und einmal sogar Schuhe und Pantoffeln im Wasser sammelten.

Alles im allem ist den Auswanderern nur zu rathen, daß sie lieber 70 Mark mehr zahlen und zweite Klasse fahren, die Zustände im Zwischendeck sind in jeder Hinsicht menschenunwürdig.

Ueber die Schnelligkeit des Automobils wird aus London geschrieben: Eine nette Zusammenstellung der verschiedensten Ansichten über die Schnelligkeit eines Automobils giebt der bekannte Sportmann Dr. Scott Montagu in einer englischen Zeitschrift. Die Tabelle lautet wie folgt:

Table with 2 columns: Reiten per Stunde, and a list of activities with their corresponding speeds.

Katzenhandelt es sich hierbei um englische Meilen, von denen vier auf eine Deutsche gehen — da dürfen die Zahlen wohl zutreffend sein. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonntag, 8. Februar.  
**Freie Volksbühne, Metropoli-Theater.** 7. und 8. Abteilung. Der Einbürgerling. Der Kammerjäger. Literatur. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Leffing-Theater.** 1. Abt.: Dämmerung. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Opernhaus.** Der Troubadour. — Javoite.  
**Montag: Carmen.**  
**Schauspielhaus.** König Heinrich der Fünfte.  
**Montag: Wilhelm Tell.**  
**Deutsches Roma-Bauhaus.** Nachmittags 2 1/2 Uhr: Die verjüngte Glode.  
**Montag: Roma-Bauhaus.**  
**Berliner Sanatorium Gieberg.** Nachmittags 2 1/2 Uhr: Das Mädchen von Delbronn.  
**Montag: Alt-Deibelberg.**  
**Befäng.** Der blinde Passagier.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Neues.** Die Pilge. (La Mouche.) Vorher: Der Oberlehrer.  
**Nachmittags 3 Uhr: Ledige Leute.**  
**Montag: Die Pilge.** Vorher: Der Oberlehrer.  
**Reizend.** Luft.  
**Nachm. 3 Uhr: Seine Kammerzofe.**  
**Montag: Luft.**  
**Thalia.** Der Kamellenonkel.  
**Nachmittags 3 Uhr: Charless Tante.**  
**Montag: Der Kamellenonkel.**  
**Besten.** Margarete.  
**Nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour.**  
**Montag: Der Freischütz.**  
**Central.** Madame Scherry.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Belle-Alliance.** Am Telephon.  
**Hierauf: Cupido u. Cie.**  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Anfang 8 Uhr:**  
**Schiller O. (Wallner-Theater.)**  
Der Meister von Palmyra.  
**Nachmittags 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.**  
**Montag: Das Geheimnis der Gilde.**  
**Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.)**  
Jugend.  
**Nachmittags 3 Uhr: Kabale und Liebe.**  
**Montag: Die Braut von Messina.**  
**Carl Weisk.** Das Geheimnis des Klosters.  
**Nachmittags 3 Uhr: Der Götter von Notre Dame.**  
**Montag: Das Geheimnis des Klosters.**  
**Buntes.** Jugend.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Luisen.** Der Fiedler von Kameena.  
**Nachmittags 3 Uhr: Robert und Vertram.**  
**Montag: Die Raffinenbauer von Berlin.**  
**Kleines.** Nachtstahl.  
**Nachmittags 3 Uhr: Don Carlos-Parodie.** Serenissimus-Zwischenspiele etc.  
**Montag: Nachtstahl.**  
**Trianon.** Die Liebeshaufel.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Apollo.** Frau Luna.  
**Nachmittags 3 Uhr: Raffis Hochzeit.** Spezialitäten.  
**Montag: Raffis Hochzeit.**  
**Metropol.** Neues! Allenneuestes!  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Casino.** Cavalleria rusticana.  
**Nachmittags 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.**  
**Palast.** Berliner Luft. Spezialitäten.  
**Montag: Spezialitäten.** — Diefelbe Vorstellung.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Steidl.** Steidl-Sänger.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten.  
**Wassage-Panoptikum.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstrasse 48/49.  
Das Land Tirol.  
**Montag: Hedbin: Drei Jahre im innersten Asien und Tibet.**

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
Montag: Hedbin: „3 Jahre im innersten Asien und Tibet“.  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.  
**Buntes Theater**  
Köpnickerstrasse 68.  
Abends 8 Uhr:  
Volkstümliche Vorstellung bei bedeutend ermäßigten Preisen.  
(Parkett 1,00 M.):  
**Jugend.**  
Montag und Dienstag: Diefelbe Vorstellung.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstrasse 165.  
Neu! Die tatarische Schönheit  
**Miss Karri**  
in ihren klassischen lebenden Bildern.  
**Neu! OTTO REUTTER**  
Kranz.  
Gr. Promenaden-Konzert.

**Passage-Theater.**  
Anfang: Sonntags 3 Uhr,  
Wochentags 5 Uhr, Ende 11 Uhr  
Anfang d. Abendvorstell. 8 Uhr.  
Ganz Berlin zerbricht sich  
den Kopf über  
**AGA** die schwebende  
Jungfrau.  
Mysteriöses Theaterstück in  
1 Akt.  
**The three Devils: Die**  
**Wettfahrt im Todesring.**  
Willy Prager prolongiert.  
14 neue erstklass. Nummern.

**Berliner Aquarium**  
Unter den Linden 68a  
Eingang Schadow-Strasse No. 14.  
Heute Sonntag: Eintrittspreis  
**50 Pfg.**  
Reichhaltigste Ausstellung der  
Welt an lebenden Seetieren,  
Reptilien etc. 60/18

**Casino-Theater**  
Kottbingerstr. 57.  
Sonntagabend 4 Uhr:  
**Ein Sohn des Volkes.**  
Dazu: Lustst. fantl. Spezialitäten.  
8 Uhr abends:  
Neu! **Trudy u. Charles Allessy.**  
Großer Erfolg! Unteroffizier Lehmann.  
Bonné! Cavalleria rusticana.  
Wochentags 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Neue Vorzugsarten, gültig vom  
Februar bis Mai, sind an den be-  
kannsten Stellen und darmitags von  
10-1 1/2 Uhr an der Kasse gratis zu  
haben.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 41.  
Nachmittags 3 Uhr bei über die  
Hälfte ermäßigten Preisen:  
**Don Carlos-Parodie.**  
Serenissimus - Zwischenstücke u. a.  
Anfang 8 Uhr.

**Nachtasyl.**  
Montag: Diefelbe Vorstellung.

**Metropol-Theater.**  
Mit glänzender Ausstattung:  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern von J. Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
Gastspiel Julius Spielmann.  
Emil Thomas a. G., Henri Bender,  
Frid Frid, Fl. Siding, Hans Reichsberg.  
300 Mitwirkende.  
**Grandioses Ballett.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**  
Nachmittags 3 Uhr, keine Preise:  
**Nakiris Hochzeit**  
Heute abend um 7 1/2 Uhr:  
**Frau Luna**  
Um 9 Uhr:  
Die neuen Spezialitäten:  
Robert Steidl  
Vindebonas. + Cabby und Shirker.  
Wundergrotte. + Mesters Kosmograph.  
In beiden Vorstellungen: Das  
elektrische Ballett.  
Montag 8 Uhr: Nakiris Hochzeit.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen  
von Adolf Wilbrandt.  
Montagabend 8 Uhr:  
**Das Geheimnis der Gilde.**  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
**Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.)**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten  
von Friedrich Schiller.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**  
Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von  
Friedrich Schiller.  
Montagabend 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina.**  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Heimat.**

**Cirkus Busch.**  
Sonntag, den 8. Februar 1903,  
nachmittags 4 und abends 7 1/2 Uhr:  
höchst kom. Pantomime. Elefant  
und Pferd. Elefanten-Schauspiele.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Dahomey.**  
In beiden Vorstellungen:  
als Kunstschützen  
und Lassowerfer.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Am Telephon.**  
Drama in 2 Aufzügen.  
8 1/2 Uhr:  
**Cupido & Cie.**  
Schwanz mit Gesang und Tanz in  
3 Aufzügen.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Nachmittags 3 Uhr:  
**Seine Kammerzofe.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Zum 10. Male:  
**Lutti.** (Louto.)  
Schwanz in 4 Akten von Pierre Feber.  
Deulsch von Max Schönan.  
Reigen und folgende Lage: **Lutti.**

**Bernhard Rose-Theater**  
Badstr. 58.  
Sonntag, den 8. Februar 1903:  
**Das Opferlamm.**  
Schwanz in 3 Akten  
von Oscar Wolfner und Leo Stein.  
Anfang 6 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

**Stadt-Theater.**  
III-Rochit 47/49.  
**Der Beilchenreißer**  
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Rojer.  
Anfang 6 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

**WINTERGARTEN**  
Vollständig  
neues Programm:  
**Yvette Guilbert.**  
Spanische Tänze.  
Die 3 Missouri, Engl. Excentrics.  
Alfred de Bessel, Blitz-Modellieur.  
„Das Mädchen mit dem  
goldenen Haar“.  
eine Vision.  
Ventriloquist.  
in ihrer  
Amoros Werner-Truppe, Panto-  
mimo „Beim Flirten erwischt“.  
Les Darios, Pariser Tänzer.  
Otto Reutter, Humorist.  
The Ussens, akrob. Produktion.  
Pariser Luft, Ballett.  
Der „Biograph“.

**W. Noack's Theater.**  
Direktion: Robert Dihl.  
Brunnenstrasse 16.  
**Die Räuber.**  
Nach der Vorstellung:  
**Familienball.**  
Montag: Die Räuber.  
Dienstag: Carmen.

**Etablissement Buggenhagen**  
am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
**Der schöne Max aus**  
**Franz-Budholz.**  
Heute: Boabierfest.  
Im Kaiser-Saal:  
**Norddeutsche Sänger**  
und Tanz.

**Deutsche Konzerthallen**  
Spandauer Brücke 3  
Special-Ausschank  
der Berliner  
Bockbrauerei.  
**Grosser**  
**Bock-Trübel**  
um 10 Uhr abends  
Einzug Gambirius  
mit Gefolge.

**Königstadt-Casino.**  
Holzmarkt 72, Ecke Alexanderst.  
Täglich exkl. Spezialitäten-Vor-  
stellung. Jed. Mittwoch, Sonnab-  
und Sonntag Tanzkränzchen.  
Anf. Wochentags, Sonntags 6 Uhr.

## Alhambra

Wallnertheater-Str. 15.  
Jeden Sonntag und Dienstag:  
**Großer Extra-Ball** bei doppelt  
bedeutend großen Dances. Anfang  
5 Uhr. [2172] A. Zammitat.

**Urania.**  
Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag:  
**Grosser Ball.**  
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.  
Empfehle mein Lokal zu Fest-  
lichkeiten und Versammlungen.  
2129 C. F. Walter.

**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Scheuer Stralanderstr. 1.  
**Zahn-Klinik.** betrieblige Teil-  
zahlung. Invaliden-  
strasse 145.  
Olga Jacobson.

**Germania-Prachtsäle.**  
Chausseest. 103. Arnold Scholz. Chausseest. 103.  
Jeden Sonntag u. Mittwoch:  
**Hamburger Sänger.**  
Direktion: Otto Steidl und Wih. Wolff.  
Zweitwöchentliches Programm. 2152  
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
Jeden Donnerstag: **Militär-Konzert**  
und Familien-Kränzchen.  
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**  
von 5 Uhr ab: 8 große und kleine Säle unter constanten Bedingungen zu vergeben.

**Creptom. Bade's Volksgarten**  
Parkstrasse. Haltestelle d. elektrischen  
Strassenbahn (Siemens).  
Jeden Sonntag: **Ball.** — Vereinen bestens empfohlen.

**Märkischer Hof, Admiralstrasse 18 c.**  
Empfehle meine Säle, 150-500 Personen fassend, und Vereins-  
zimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 4482\*  
Der große Saal ist Sonnabend, den 21. u. 28. März frei und  
unter constanten Bedingungen zu vergeben.  
Jeden Sonntag: **Grosser Ball!**  
bei gut besetztem Dörscher. Anfang 6 Uhr.

**Graumanns Festsäle**  
Naunynstrasse 27.  
Meine eleganten Salons mit Bühne sind noch einige Sonnabende  
und Sonntage an Vereine zu vergeben. 3922\*  
Fernsprecher Amt IV Nr. 7324. **Gustav Graumann.**

## Gesellschaftshaus

Zwinnmünderstr. 12.  
Tägl. Theater u. Spezialitäten  
Vorstellung. Jeden Sonntag: **Ball.**  
Säle für Gesellschaften, Vereine  
couleur zu vergeben. Noch einige  
Sonnabende frei. 2562\*

**Scholz' Ball-Salon**  
Gr. Frankfurterstr. 74.  
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**  
Säle für Gesellschaften, Vereine  
couleur zu vergeben. Noch einige  
Sonnabende frei. 2772\*

**Johannisthal.**  
**Raus Park-Restaurant.**  
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**  
Kaffeeküche. — Kegelhahn. — Aus-  
spannung. — Saal für Vereine  
und Versammlungen. 2112\*

**Café-Restaurant**  
**F. Heinsch,**  
Dresdenerstr. 128/29.  
Kaffee 10 u. 15 Pf. Gute Küche.  
2 Billards, Stunde 40 Pf.  
bestens empfohlen. 5032\*

Anhaltische  
Kohlenwerke  
**MONOPOL**  
Mariengrube  
**Brikets**

**Cigarren**  
durch Reisende oder Agenten bezogen, kauft man viel zu teuer.  
Man muß direkt von der Fabrik beziehen. Wir empfehlen zwei  
preiswerte Marken in milder Qualität:  
**„La Bouquet“** a Kille 50 Mk.  
**„La Bianca“** a Kille 40 Mk.  
Probefendung 100 Stk. jeder Sorte Mk. 9.— franko Nachnahme.  
Bei ferneren Bezug nur portofrei bei 500 Stk. 4232\*  
**C. F. Harzer & Söhne,**  
Deutsch-Neudorf (Sachsen), Cigarrenfabrik, gegr. 1842.  
Wegen vollständiger Auflösung meines Geschäfts [4532\*]  
**Möbel-Total-Ausverkauf.**  
Gekaufte Möbel werden auf Wunsch bis 1. Mai cr. aufbewahrt.  
**Rich. Thiele, Ackerstr. 120, Gartenplatz**

**Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.**  
 Sonntag, den 15. Februar 1903, in den Arminhallen,  
 Kommandantenstraße 20:  
**4. Stiftungsfest,**  
 bestehend in Konzert, Recitation des H. Luise Dumont vom  
 Deutschen Theater, Mitwirkung eines Doppel-Quartetts (H. v. L. S. B.)  
 und des Solosängers Herrn R. Pape, Reigentanz der Damen-  
 Abteilung des Turnvereins „Fichte“.  
 Nachdem: Tanz.  
 Anfang 6 Uhr. Programm an der Kasse.  
 Billets a 30 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen des Vereins zu haben.  
 An der Kasse findet kein Billetverkauf statt. 55/5  
 Freunde und Gönner des Vereins sind hiermit freundlichst eingeladen.  
 Der Vorstand.

**Musikinstrumenten-Arbeiter,  
 Fachverein.**  
 Sonnabend, den 14. Februar, in Schnegelsbergs Festsälen  
 (Hof Max Schindler), Hasenheide 21, Ecke Zahnstraße:  
**Grosser Wiener Maskenball.**  
 Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern, sowie in den Verkehrslokalen  
 bei Grundmann, Raumnstr. 78; Schwarzer, Franzfurter Allee 99 und bei  
 Krusemark, Rüdigerstr. 67, zu haben. 141/4  
 Billet 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Der Vorstand.

**Arbeiter-Skatsbund  
 Berlins und Umgegend.**  
 Sonnabend, den 28. Februar, in Cohns Festsälen, Benthstr. 20:  
**Grosser Wiener Maskenball.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. 20/300  
 Hierzu ladet ergebenst ein Das Komitee.

**Neues Konzerthaus  
 Am Alexanderplatz im Grand Hotel  
 Täglich: Grosses Elite-Konzert.**  
 (Kürer Montag und Sonnabend) Anfang 8 Uhr, (Sonntag 5 1/2 Uhr).  
 Vereine und Gesellschaften erhalten Säle zu Festlichkeiten und  
 Versammlungen gratis. (48922) Albert Hörner.

**Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen  
 beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.**  
 Montag, den 9. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Hermann Schulz über: „Die Gewerkschaften  
 und Arbeitslosen-Unterstützung“. 2. Diskussion.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.  
 Die Zahlstelle Süd-Ost befindet sich vom Sonnabend, den 14. Februar,  
 ab nicht mehr in der Reichsbergerstraße, sondern im Lokal des Genossen  
 Hagen, Mustauerstr. 19/20, Ecke Pufferstraße.  
 75/4 Der Vorstand.

**Achtung! Kürschner. Achtung!**  
 Montag, den 9. Februar 1903, abends 8 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung**  
 der in der Kürschnerlei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wrechnung vom Streifonds und Bericht des Vertrauensmannes  
 der Berliner Kürschner. 2. Diskussion und Neuwahl des Vertrauensmannes.  
 3. Bericht des Delegierten zum Gewerkschaftskartell und Neuwahl desselben.  
 4. Verschiedenes. 102/2  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
 Der Vertrauensmann.

**Verein deutscher Schuhmacher.**  
 Montag, den 9. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Wernau,  
 Schwedter-Strasse Nr. 24:  
**Filzschuharbeiter-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl des Branchenföhrenden. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes.  
 159/5 Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Achtung!**  
**Konfektions-Arbeiter und -Arbeiterinnen Weissensees!**  
 Am Montag, den 9. Februar ex., abends 8 1/2 Uhr, im Saale des  
 Herrn S o l l a (fr. Zentheil), König-Charsee 49:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Konfektions-Industrie und  
 welche Wege sind zu deren Verbesserung notwendig? Referent: Kollege  
 Knoop-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Die gemeinschaftlich organisierten Arbeiter anderer Bezirke werden dringend  
 ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen und ihre Frauen und Töchter,  
 die in der Konfektion, ob in der Werkstatt oder als Heimarbeiterinnen be-  
 schäftigt sind, mitzubringen. 162/5  
 Das Gewerkschaftskartell von Weissensee. J. A. Schumann.

**Achtung! Achtung!**  
**Konfektions-Arbeiter und -Arbeiterinnen des Nordens!**  
 Am Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Zwinnmünder  
 Gesellschaftshaus, Zwinnmünderstr. 42:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die am 1. April d. N. erfolgende Einführung von Lohnbüchern für  
 die Konfektions-Industrie (§ 114a der Gewerbe-Ordnung) und ihre Bedeutung  
 für die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Referent:  
 Kollege Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Kollegen und Kolleginnen! Im Hinblick auf die wichtige Bedeutung,  
 welche die Einführung von Lohnbüchern in der Zukunft für Euch hat, wird  
 ein zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
 Dienstag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung für Steglitz**  
 bei Schellhase, Steglitz, Hognstr. 15a.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht vom Kartell. 2. Wahl der Kartell-Delegierten. 3. Diskussion  
 über die Frage: Wie stellen sich die Kollegen zur Einführung der  
 Stranten-Unterstützung? 4. Verbandsangelegenheiten. 111/13  
 Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Parteigenossen. Achtung!**  
 Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr:  
**6 Partei-Versammlungen**  
 I. Wahlkreis: Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.  
 II. Wahlkreis: Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.  
 III. Wahlkreis: Buggenhagen, Moritzplatz.  
 IV. Wahlkreis: Hanssanci, Kottbuscherstr. 1a.  
 V. Wahlkreis: Schweizergarten, Am Königsthor.  
 VI. Wahlkreis: (Generalversammlung d. Wahlvereins),  
 Eiskeller, Chaussee 88.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen.  
 2. Diskussion.  
 3. Aufstellung der Kandidaten.  
 Referenten sind die Genossen: Dr. Leo Arons, Richard Fischer,  
 Wolfgang Heine, Paul Singer, Emil Rosenow, Georg Ledebour. 200/3  
 Zahlreiches Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

**Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 3 (grosser Saal).**  
 Dienstag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Grosse Versammlung für Männer und Frauen.**  
 Thema: Das dritte Geschlecht und der § 175.  
 Referent: Herr Dr. med. N. Hirschfeld-Charlottenburg.  
 Arbeiter, Genossen! Protestiert durch Massendemonstration gegen die Verkünderung unserer Gegner,  
 daß der „Vorwärts“ aus niederen Motiven „Stupp auf Capri“ veröffentlicht hat, sondern nur Ver-  
 anlassung genommen hat, gegen den § 175 zu protestieren im Namen der Gerechtigkeit und Humanität.  
 Der Einberufer: O. Ewald. 202/6

**II. Wahlkreis (Friedrichstadt).**  
 Die Genossen, welche bei der Flug-  
 blattverbreitung helfen wollen, werden  
 gebeten, sich bei Chnesorge, Wart-  
 grossenstraße 102, früh 8 Uhr ein-  
 zufinden. 210/1

**Extra-Unterstützungskasse f. Buch-  
 händler u. verw. Gewerbe zu Berlin.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
 die in der Generalversammlung vom  
 21. September 1902 beschlossene  
 Statutenänderung von der Aufsichts-  
 behörde genehmigt und am 2. Februar  
 in Kraft getreten ist. Der Vorstand. 202/6

**Bereinszimmer**  
 zu 50-60 Personen mit Pianino  
 ist Dienstag und Sonnabend zu  
 vergeben, auch passend für Zahl-  
 stellen. 202/6  
**Franz Schmidt,**  
 Zwinnmünderstr. 65, Ecke Kandlerstr.

**Bücherfreunde**  
 begeben unter strengster Disziplin  
 Brodhaus u. Reiners Legion, das  
 XIX. Jahrhundert, Klaffier, Weltall  
 u. Menschheit, Naturwissenschaften u.  
 Platen, Regens Reines Legion und  
 alle anderen Werke gegen bequeme  
 Monatsraten, ohne jeden Preis-  
 aufschlag bei Francozulieferung. Off.  
 u. L. A. 716 an Rudolf Mosse, Leipzig  
 erbeten. 60/5

**Cigarren-Geschäft**  
 Elsassers-Strasse 9a  
 übernommen habe. 109/5  
**Specialist: Cigaretten signen Fabrikats.**  
**Gustav Pöwe.**  
 Saal.  
 Vereinszimmer und Stagesbühne sind  
 an Vereine zu vergeben. 202/2  
**Gr. Franzfurterstraße 41/42.**  
**Viederzucht!** Brief für Dichlager  
 unter Deiner Adresse Postamt Königs-  
 graben. Wenn nicht in Berlin, lasse  
 Dir nachsenden. Deine betrübte Mutter.

**Masken-Garderobe**  
 von 2712  
**Carl Ernst,**  
 Köpferstr. 126, 1 Tr.  
 Größte Auswahl!  
 Billigste Preise!  
 Sorseliger dieser Annonce er-  
 hält 10% Preisermäßigung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Montag, den 9. Februar 1903, abends 8 Uhr:  
**Bezirks-Versammlungen**  
 der Bezirke  
**Süden und Süd-Osten im „Märkischen Hof“,**  
 Admiralsstraße 18c:  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Warnst über: Das Unfall-  
 versicherungs-Gesetz. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.  
 Nichtmitglieder und Frauen haben Zutritt.  
 Es wird ersucht, pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Süd-Westen und Westen: in Habels Brauerei,**  
 Bergmannstr. 5-7.  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse  
 über: Zweierlei Arten Vaterlandsliebe. 2. Diskussion. 3. Verbands-  
 Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

**Osten u. Nordosten: bei Mann, Straußbergstraße 3.**  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Wollheim über: Zufi  
 und Leben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
**Parkettleger.**  
 Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
 hause, Engel-Ufer 15:  
**Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten.**  
 Die Kommissions-Mitglieder werden ersucht, eine Stunde früher zu  
 erscheinen.

**Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr,**  
 bei Keller, Kopenstraße 29:  
**Generalversammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Massenbericht vom 4. Quartal. — Bericht des Vorstandes, des Arbeits-  
 vermittlers, der Kontrollkommission und des Gewerkschafts. — Antrag der  
 Verwaltung auf Anstellung von zwei Beamten an Stelle der zwei Hilfs-  
 arbeiter. — Entschlossenheit zur Ortsverwaltung. — Wahl des Gewerks-  
 vorstandes. — Anträge. 78/9  
 Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Tapezierer.**  
 Filiale Berlin.  
 Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein,  
 Alte Jakobstraße 75:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die Social-Gesetze. 2. Dis-  
 kussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 177/5  
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet  
 Die Verbandsleitung.

**Achtung! Aufruf Achtung!**  
 an die  
**Arbeiterschaft Berlins und der Vororte.**  
 Die Jungbier-Kutscher, welche eine Sektion der Ortsverwaltung Berlin I des Centralverbandes  
 der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter bilden, haben, nachdem die Verhandlungen mit den  
 Unternehmern vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts resultatlos verlaufen sind, in ihrer  
 am Freitag stattgehabten Versammlung beschlossen, den Tarif der Brauereibehälter abzulehnen. Dagegen  
 fand der von der Lokalkommission ausgearbeitete Tarif einstimmige Annahme und wurde beschlossen,  
 den letzteren Tarif den Brauereibehältern am Montag früh zur Annahme vorzulegen.  
 Ueberall da, wo dieser Tarif nicht anerkannt wird, soll die Arbeit sofort niedergelegt werden.  
 Diejenigen Kutscher, welche den Tarif freiwillig erhalten, werden mit einer von dem unter-  
 zeichneten Verbande herausgegebenen grünen Legitimationskarte versehen, und richten wir an die Arbeit-  
 schaft Berlins und der Vororte die dringende Bitte, uns in diesem von den Unternehmern aufge-  
 zwungenen Kampfe zu unterstützen, indem bei der Abnahme des Bieres nur diejenigen Kutscher  
 berücksichtigt werden, welche im Besitz der oben bezeichneten Karte sind. 67/1

**Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands,**  
 Ortsverwaltung Berlin I.  
 Gewerkschaftshaus, Berlin SO., Engel-Ufer 15 II, Tel. Amt VII, 3348.

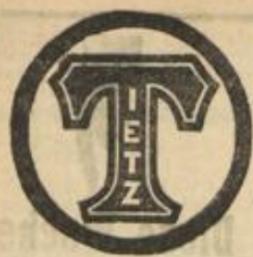
**Diese Woche!**  
**Inventur-  
 Restverkauf**  
 einer besonderen  
 Gelegenheits-Partie  
 imit. Perser  
**Teppiche**  
 getreue echter Perser  
 Copien  
 von wunderbarer Farbenpracht  
 auf beiden Seiten benutzbar.  
 90/185 cm Mk. 2,25 (bisher 6)  
 130/200 - - - 5,15 ( „ 8,25)  
 100/230 - - - 7,85 ( „ 12,75)  
 200/300 - - - 11,05 ( „ 18,50)  
 250/350 - - - 18,75 ( „ 28,50)  
 300/400 - - - 24,75 ( „ 39,00)  
 Passende Beit- u. Pult-Teppiche  
 Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 Mk.  
 Nach Auswärts pr. Nachnahme  
**Teppich-Special-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin Oranienstr. 158.  
 Inventur-Extralist | gratis  
 und | franco  
 Katalog 1903 |  
 mit 600 Illustrat.

**Aus erster Hand**  
**ff. Pflaumen-Mus**  
 unübertroffen.  
 Fasserv 200 u. 300 Pfd. (sch. p. Ct. N. 12.)  
 100 „ „ „ „ 14.-  
 200 „ „ „ „ 14.-  
 300 „ „ „ „ 14.-  
 Holz-Eimer 40 „ „ „ 6,50  
 Holz-Eimer 30 „ „ „ 5.-  
 Email-Eimer 25 „ „ „ 4,50  
 „ Kochtopf 20 „ „ „ 5,50  
 „ Kochtopf 18 „ „ „ 3,50  
 Postbockelmer 9 „ „ „ 2.-  
 alles incl. franco gegen Nachn.  
 offerirt die Pflaumen-Mus-Fabrik  
**Wwe. Wilhelmine Klaus**  
 Magdeburg-N. ...

**Ernst Riek, Optiker**  
 Berlin C., Alexanderstr. 57  
 (vis-a-vis der Kasernen.)

**Neugold Pincenez**  
**Rathenower Neugold-  
 Brillen und 2,50 M.**  
 nicht zu unterschätzen  
**Ridel-Brillen u. Pincenez 1,50 M.**  
**Ridel-Brillen u. Pincenez, feinste  
 Qualität 2,00 M.**  
**Normal-Pincenez, auf jeder Seite  
 passend, schon zu 2,00 M.**  
**Rathenower Stahl-Brillen und  
 Pincenez 1,00 M. Sport-  
 Pincenez 0,75 M.**  
**Pincenez ohne Einfassung in allen  
 Gattungen zu billigsten Preisen.**  
**Brillen und Pincenez in Gold-  
 Double zu 5,00 M.**  
**Brillen u. Pincenez in echt Gold  
 n. 8,00 M., an bis zu den schwersten.**  
 Sämtliche Brillen u. Pincenez sind mit  
 den schönsten Rathenower Kristall-  
 gläsern versehen.  
 Eigne Reparatur-Werkstatt im Hause.  
 Sonntag geöffnet 9-10 u. 12-2 Uhr.

**J. Baer**  
 Baits tr. 26, Prinz-Allee  
 Ecke  
 u. Schlemmerstr. 37.  
 Herren- und Knaben-  
 Moden.  
 Grosse Auswahl in  
 Paletots und Joppen.  
 Allerbilligste, streng feste Preise.  
**Verfallene Pfänder.** Goldschmied,  
 alle Brillanten f. Art. gold. u.  
 silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauber  
 u. Schön. m. Spitz. best. Altes Gold,  
 Silber m. gelaut u. in Zahl. gen. in  
 Hundl. Feingeh. 25 I, Ecke Ritterstr.



# Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Montag, Dienstag, Mittwoch kommen

## 4 Waggon Porzellan und Steingut

sehr billig zum Verkauf.

## Gleichzeitig Vorzugspreise für Wirthschaftsartikel

soweit der Vorrath reicht.

### Porzellan, weiss

Kaffeekannen . . . . .	38 45 Pf.
Theekannen . . . . .	38 55 Pf.
Saucières . . . . .	38 Pf.
Terrinen . . . . .	1,25 1,45 M.
Ragoutschüsseln . . . . .	85 Pf.
Handleuchter . . . . .	10 Pf.
Eierbecher mit Untersatz . . . . .	8 Pf.
Teller, tief u. flach . . . . .	12 Pf.
Dessertteller . . . . .	8 Pf.
Compotteller . . . . .	6 Pf.
Milchtöpfe, gross . . . . .	10 Pf.
Platten, rund . . . . .	38 45 Pf.
Butterdosen . . . . .	15 Pf.
Satz Mehlspeiseformen 4 theilig . . . . .	1,00 M.
Tassen . . . . .	8 10 Pf.

### Glas

Comptieren gepresst . . . . .	9 15 25 38 Pf.
Butterdose 18, 25 Pf. Käseglocken 38 Pf.	
Käseglocken geschliffen . . . . .	45 75 Pf.
Glasteller 5, 6 Pf. Wassergläser 5 Pf.	
Bierbecher m. Gold-Rand, 1/4 Ltr. . . . .	7 Pf.
Theebecher m. Bordure . . . . .	12 Pf.
Gambrinus- u. Spruchkannen Crystall . . . . .	1,75 M.

### Porzellan, decorirt

Déjeuner mit Tablett . . . . .	95 Pf.
Theetassen Ia . . . . .	22 Pf.
Kaffeetassen . . . . .	22 Pf.
Milchkannen, gross . . . . .	18 Pf.
Satz Töpfe, 6theilig Goldstaffage . . . . .	1,45 M.
Butterdosen . . . . .	38 Pf.
Kaffeeservice . . . . .	2,25 2,50 M.
Tafelservice, 30theilig . . . . .	16,75 M.

### Steingut

Ein Posten Vorrathstonnen, bunt, . . . . .	28 Pf.
Ein Posten Essig- u. Oelflaschen . . . . .	28 Pf.
Ein Posten Salz- u. Mehlresten 65 Pf.	
Ein Posten Gewürztonnen . . . . .	10 12 Pf.
Tafelservice für 6 Personen. . . . .	4,50 8,50 M.

Ein grosser Posten  
**Braunes Kochgeschirr**  
aussergewöhnlich preiswerth!  
Complete Crystall-  
**Weingarnituren**  
ganz bedeutend unter Preis!

Ca. 100 Dtz.  
**Bestecke** mit Stahlgabel  
aus einem Stück  
statt 8,25 p. Dtz. **6,00**

### Wirthschaftsartikel

Wannen oval 34 40 44 48 50 65 cm 40 70 80 Pf. 1,10 1,25 1,95 M.	
Casserollen mit 2 Griffen 16 18 20 22 24 cm 15 30 35 38 42 Pf.	
Stielcasserollen 12 14 16 18 20 22 cm 15 21 28 35 38 48 Pf.	
Einmachekessel mit 2 Griffen 28 cm 32 cm 85 Pf. 1,00 M.	
Maschinentöpfe alle Farben 20 26 30 bis 60 Pf.	
Wasserkannen gothisch, mit Fuss . . . . .	50 Pf.
Eiertiegel . . . . .	12 16 25 bis 50 Pf.
Schüsseln . . . . .	20 26 30 34 36 cm 10 20 25 35 38 Pf.
Kummen . . . . .	12 16 18 20 cm 10 12 16 18 Pf.
Handleuchter emailirt . . . . .	15 Pf.
Wasserkessel marmorirt und blau 70 95 Pf.	
Waschmaschinen, Original Ad. Schmidt, (Eiche) statt 50,00 42,50 M.	
Wäschemangeln mit Rolltuch statt 18,00 nur 15,00 M.	
Wäschetrockner 10 stäbig, statt 2,50 1,50 M.	
Fleischmaschinen für Restaur. 4,75 für Familie 3,25 M.	
Gasplättgarnituren 2 Plätten u. 1 Erhitzer p. Garnit. 6,50 M.	
Messerputzmaschinen mit 2 Rollen 5,50 M.	
Putzkommode m. 3 Schubkasten . . . . .	2,80 M.
Wäschewringer 30 cm. Walzenlänge 6,00 M.	
Ein Posten nickelplattirte Weinkühler statt 9,00 6,00 M.	
ca. 1000 Stück Schrubber statt 40 Pf. . . . .	24 Pf.
ca. 1000 Stück Cylinderputzer statt 15 Pf. 5 Pf.	
ca. 1000 Stück Pat. Messerputzer statt 60 Pf. 35 Pf.	

## Ein Fabriklager ca. 500 Küchenschränke, Tische u. Anrichten.

<b>Küchenschränke</b> mit Aufsatz langschelbig oder mit Nische . . . . .	94 102 110 cm breit 16,50 19,50 22,50 Mk. statt 26,50 35,00 39,50 Mk.
<b>Küchentische</b> mit lackirter Platte . . . . .	5,00 7,00 8,50 Mk. statt 7,00 9,00 11,50 Mk.
<b>Anrichten</b> . . . . .	statt 15,00 nur 8,50 Mk.
<b>Küchenrahmen</b> . . . . .	statt 7,50 nur 3,75 Mk.

<b>Nachttische</b> mit Säulen- und Marmorplatte . . . . .	12,75 Mk.
mit marmorirter Holzplatte . . . . .	8,75 Mk.

Ca. 10000 Ko. ausgesucht gangbare **Gebrauchsartikel** in **Emaille** nach **25** Pfg. per Pfd. Gewicht

Zur Gewerkschafts-Einigung.

Unter der Ueberschrift wendet sich die neueste Nummer der „Einigkeit“ gegen unsere Ausführungen, die wir am vergangenen Sonntag über dies Thema gemacht haben.

In ihrer vorigen Nummer hatte die „Einigkeit“ ohne die Spur eines Beweises behauptet: „Die Verbände sind geeignet, die proletarische Arbeiterbewegung zu verumpfen.“

Wir hatten diese Behauptung bestritten und nun war es Sache der „Einigkeit“ — wenn überhaupt eine sachliche Diskussion über diesen Punkt möglich sein soll — den Beweis für ihre Behauptung zu erbringen.

Die „Einigkeit“ hat behauptet, die Verbände — also sämtlich: — und die Generalkommission sind Feinde der Socialdemokratie, und geeignet, die proletarische Arbeiterbewegung zu verumpfen.

Do ist nun ein Beweis für diese Behauptungen? Damit will insbesondere die „Einigkeit“ beweisen, daß die Verbände der Maurer und der Zimmerer, die doch bei der Einigungsfrage hauptsächlich in Betracht kommen, Feinde der Socialdemokratie sind und sich auf dem Wege der Verumpfung befinden?

Die Redaktion der „Einigkeit“ lenkt nur die Vertreter der einen Richtung. Die Vertreter der anderen Seite aber malt sie so, wie sie sie zur ihre Zwecke braucht. Wir kennen die führenden Personen bei den Maurern und Zimmerern beider Richtungen seit Jahren, und wir haben nie finden können, daß bezüglich wichtiger gewerkschaftlicher Fragen, besonders aber hinsichtlich ihrer Stellung zur Socialdemokratie Gegenstände zwischen ihnen herrschten.

Die „Einigkeit“ sagt, das Weiterbestehen der von ihr vertretenen Richtung sei notwendig, um die Verumpfung von den Gewerkschaften fernzuhalten. Die „Einigkeit“ hat aber, wie wir gezeigt haben, noch nicht bewiesen, daß sich bei den Verbänden, die für die Einigung hauptsächlich in Frage kommen, Verumpfungsercheinungen bemerkbar machen.

Die „Einigkeit“ sagt, das Weiterbestehen der von ihr vertretenen Richtung sei notwendig, um die Verumpfung von den Gewerkschaften fernzuhalten. Die „Einigkeit“ hat aber, wie wir gezeigt haben, noch nicht bewiesen, daß sich bei den Verbänden, die für die Einigung hauptsächlich in Frage kommen, Verumpfungsercheinungen bemerkbar machen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste!

Den Parteigenossen, Gewerkschaften, Vereinen etc. teilen wir wiederholt auf die vielen Anfragen mit, daß Scherachs Restfälle (Des-Hospiz), Müddendorferstr. 45, Berlin O., sowie der Luisen-Park, Wilhelmstr. 112 in Wilmersdorf der Arbeiterchaft zu Verhandlungen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Lokal-Kommission.

Tempelhof-Mariendorf und Umgegend. Nicht am Donnerstag, sondern am Mittwochabend Punkt 8 Uhr findet die Wahlvereins-Versammlung statt, in der Genosse Jubeil spricht. Die Versammlung tagt bei Adel, Germaniastraße 20.

Pankow. Ueber die Entziehung der Gottesidee spricht Genosse Wisenthal am Dienstagabend 8 1/2 Uhr in der bei Mierke, Berlinerstraße, stattfindenden Wahlvereins-Versammlung.

Spandau. Heute nachmittags 2 1/2 Uhr finden hier selbst zwei Vorkonferenzen statt, und zwar 1. im Krügerischen Saale in Tiefwerder, 2. bei Tschow in Hakenfelde. Eigenen! Sorgt für einen glänzenden Besuch beider Versammlungen.

Lokales.

Sächsische Ballade.

O, deutsches Volk, in dieser Zeiten Wirrung Bernahmt Du mit geziemender Empirung Wohl von der allerhöchsten Eheirung.

Ja, leider! Sächsens Kronprinzeh ging irre; Jedoch vermittelst Geld- und Landbespierre Und sonst noch was ward sie nun endlich kirre.

Daf sie in ihre allerhöchsten Schranken Will reuertfüllt die zagen Schritte lanten — Wenn ist der große Zugsendfieg zu danken?

Das frag ich heut und dieses ist die Antwort: Das Spizeltum, dem nie noch angst und bang word, fand auch in diesem Fall den richtigen Standort,

Von welchem aus im freien Land des Tellen Die Kronprinzessin wirksam war zu quellen; Und dieser Ort war just vor den Hotelten.

Wo die Vertirte mit Herrn Siron wohnte. Als es nichts nährte, daß man sie vermohnte, War's da noch recht, daß man sie länger schonte?

Kein! Höher schlägt mein Herz im groben Mittel. Das Spizeltum — in Genf spült man sie Mittel — fand auch am rechten Ort die rechten Mittel,

Die sonst im Ordnungskampf zwar meist verlagten, Weil sich die Sozis nicht viel daraus magten, Jedoch das Weib arg pifakten und plagten.

Rum ist sie matt, und die ihr von den Höhen Der Menschheit etwa ebenfalls wollt stöhen, Als Warnung wird sie ewig vor euch stehen!

Und in mir will trotz allen Schicksalschlägen, Die wir im Kampfe mit den Sozis fregen, Sich eine wunderfährige Hoffnung regen.

Ja, eine Stimme sagt in meinen Fesern: Es wird dereinst an unserm Spizeltwesen Doch noch das ganze deutsche Volk genesen.

W. Tuos.

Handlanger des Kurpfuschertums.

Als Virchow einst als Abgeordneter seine Autorität einsetzte, daß die Kurierfreiheit gesetzlich unbeschränkt bleibe, brante er in unberechtigtem Optimismus auf wachsende Bildung und Einsicht des lieben Publikums. Zu Murecht, wie der Prozeß Kardensfötter wieder einmal erweist. Schade, daß nicht auch zur Erdichtung kam, aus welchen Kreisen sich die Patienten rekrutierten; es würde sich zweifellos ergeben, daß so Mander von Bildung und Verstand dazu beigetragen hat, dem Charlatan die Jahreserinnahme von 100 000 M. zu sichern.

Zum fabrikmäßigen Kurpfuscherbetrieb gehört wie zum Kriegsführen derlei, wenn er blühen soll: Ein streupelofener Arzt, ein gefälliger Apotheker und die allzeit infernenhungeige, bürgerliche Tagespresse. Selbstverständlich weihen die offiziellen Verteilungen aller drei Kategorien die Unterstellung, daß offenkundiger Schwindel in ihren Reihen gefördert werde, mit Enttäufung jurid. Der Kurpfuscher findet indessen so viele Helfer als er braucht. Und zu welchen Hundelöhnen! Bedauernswürdiger Schädler mit staatlichem Doktordiplom, der für 150 M. monatlich im kapitalistischen Staate seinen guten Namen und sein ärztliches Gewissen an einen „Chef“ verkauft, der im selben Zeitraum 12—13 000 M. einstreicht!

Ein noch viel schädlicheres Bild bietet der künftl. privilegierte Apotheker! Sein staatliches Monopol streht dem Fiskus für hundert Mark monatlich und zehn Pfennige pro Paket als Ledadresse zur Verfügung. Und nicht eine, nein gleich drei Herzen des Apothekers standes marschieren im Prozeß auf, die für geringes Geld zu allem zu haben waren. Am beweglichsten und aufrichtigsten scheint ihre Klage, daß sie gar zu wenig dabei verdienen. Man wird sich der Enthüllungen erinnern, wenn der Apothekerring im Berliner Bogloit wieder seine Deklamationen vorbringt: Nur der Bezug aus Apotheken garantiert echte Präparate — Herr Heule verfährt Redikamente aus der Badewanne, in der des Kurpfuschers Ehegattens seinen Leib zuvor gereinigt hat; nur in Apotheken — beileibe nicht in Droguerien usw. — herrscht jene Sauberkeit und Ordnung, die für die Pharmacie unerlässlich ist — ein Apotheker und Hoflieferant einer preussischen Prinzessin giebt zu, daß die Lodderel in der eigentlichen Fabrikationsstätte bei Kardensfötter unverantwortlich war; nur langjähriges Studium befähigt zur Ausübung der entsprechend zu honorierenden Apothekerkunst — was die Heule und Konsorten unter ihrer Monopolflagge verstanden, hatten Scheuchfrau und Schreiber „Anstufgerecht“ gebraut; nur der Apotheker ist gewissenhaft mit ärztlichen Rezepten — zwei Berliner Apotheken werden überführt, Bißche ohne Unterschrift oder mit H gezeichnet, als „Rezepte“ behandelt zu haben; die von vertrauenswürdigen Fabrikanten hergestellten Medizinispezialitäten bescheiden die Apotheker, weiß sie nicht die Verantwortung für die Zusammensetzung übernehmen könnten — zwei geschätzte Mitglieder ihrer Kunst erklären harmlos Untersuchungen für überflüssig, weil sie den Kardensfötterischen Präparaten den Charakter schon ansehen konnten. Wir glauben, die Prozeßenthüllungen haben die Chancen des Berliner Apothekerringes um verschiedene Prozent verschlechtert.

Und zum dritten die bürgerliche Presse! Ohne Presse kein Kurpfuscher ein gross! Fünfschub Millionen Schwindelprospekte hat sie verbreitet, nicht nur die armselige Kreisblatt-Presse, der die Regierung zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel zuwendet, nein, auch „anständige“ Provinzialblätter. Und in den Arbeiterblättern der Provinz suchte Herr Kardensfötter vor 5 Jahren mit seinen Infernaten Unterschlupf, fand aber keinen. Geld reicht nicht im bürgerlichen

Zeitungsunternehmen. Fünftausend Mark monatlich sind kein Pappenspiel, auch wenn qualvolle Seuffer armer Kranter daran hängen. Der gute Kunde Kardensfötter war ungeschickt; man salbiert sich heute mit einem ausführlichen Prozeßbericht und nimmt morgen die feiten Infernate mit Vergnügen auf. Nur Einer hält es anders: Herr August Scherl. Geniert er sich oder ist es zarte Rücksicht auf die feite Kurpfuscher-Audienz seines „Lokal-Anzeigers“? Erst drei Tage nach Prozeßbeginn, als längst die übrige Presse über die aufsehenerregenden Verhandlungen ausführlich berichtet, bequemt sich der Matador der Sensationsjäger, von Kardensfötter Notiz zu nehmen, der bei ihm rücksichtsvoll als „Heilkünstler“ figuriert. Die dem Staatsanwalt bisher unbekannteren Konkurrenten könnten den „Kurpfuscher“ überleben. Dafür schulden sie Dank und empfehlen sie auf derselben Seite, welche das verwerfende Gutachten aller Sachverständigen über briefliche Behandlungen der Syphilis im Prozeß enthält, im Infernatell Behandlung von „Haut- und Harnleiden, auch brieflich“. — So lange der Scherlismus blüht, werden die Kurpfuscher geduldet.

Für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis wurde, wie wir der „Freimüthigen Zeitung“ entnehmen, am Freitag in der Generalversammlung des Wahlvereins der Freimüthigen Volkspartei, der Präsident der Kreisthe der Kaufmannschaft, Stadtkämmerer Stadtbereidneter Kampff einstimmig als Reichstags-Kandidat aufgestellt. Der bisherige Vertreter Abg. Dr. Langens hat die ihm wieder angetragene Kandidatur in Rücksicht auf sein Alter und seine sonstige öffentliche Thätigkeit abgelehnt.

Der Vorentwurf des Stadthaushalt-Etats für 1903 ist in den letzten Monaten und Wochen von den sächsischen Verwaltungsdeputationen und dem Magistratskollegium beraten und aufgestellt worden. Am Sonntagabend ist nun in einer außerordentlichen Sitzung des Magistrats der Abluß der Beratungen erfolgt. Dabei sind als Gemeinde-Einkommensteuer 108 Proz, und als Gewerbe- und Gebäudesteuer 102 Proz, Zuschlag zu den Staatssteuern in den Etat eingestellt worden. Trotz aller Abstriche, die vom Magistrat bei verschiedenen Verwaltungszweigen vorgenommen worden sind, hat sich ergeben, daß mit den bisherigen Sätzen, 100 Proz. Einkommensteuer und 150 Proz. Gewerbe- und Gebäudesteuer, im Jahre 1903 nicht auszukommen ist.

In den bürgerlichen Blättern, besonders in den freimüthigen, wird das ein lautes Beschlagen hervorrufen. Wir möchten, offen stehend, dieses Beschrei nicht mitmachen. Es ist an sich gewiß sehr wünschenswert, daß die Steuerföge möglichst niedrig gehalten werden, und prinzipiell kann nichts dagegen eingewendet werden, daß auch diesmal wieder bei der Beratung des Etats in der Stadtverordneten-Versammlung versucht wird, durch noch stärkere Abstriche die Ueberschreitung der bisherigen Sätze noch einmal zu verbieten. Aber wir fürchten, daß die freimüthige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung wieder an den unrichtigen Stellen zu streichen bereit sein wird. Und da sind wir doch allerdings der Ansicht, daß man lieber über 100 bzw. 150 Proz. hinausgehen soll, als daß man notwendige Aufgaben der Stadt vernachlässigt.

Die Furcht der Freimüthigen vor der Einmischung der Regierung, die ja bei Ueberschreitung der bisherigen Sätze um ihre Zustimmung ersucht werden müßte, entspricht wohl weniger der Sorge um die Selbstverwaltung der Stadt als der Angst eines bösen Gewissens. Man weiß im freimüthigen Lager sehr gut, daß die Regierung bei einer Einmischung in die Etat-Bestimmung auf nur zu billige Weise sich Vorbeeren erweisen kann, wie sie es bei einigen andern Gelegenheiten gethan hat. Es wäre ja leider wirklich nicht das erste Mal, daß der Berliner Freisinn sich von der Regierung sagen lassen müßte, welche Aufgaben die Verwaltung einer Stadt wie Berlin zu erfüllen hat.

Der Ausschuss zur Erhaltung der Schönholzer Heide hatte zum gestrigen Abend nach Wilhelmshagen-Heimendorf eine öffentliche Versammlung einberufen, die aus all den beteiligten Vereinen zahlreich besucht war. Wie der Vorsitzende, Herr Müller, mitteilte, haben Versprechungen mit Mitgliedern des Abgeordnetenhauses stattgefunden. Eine bedeutende Anzahl Abgeordneter aller Fraktionen habe sich bereit erklärt, für die Erhaltung der Schönholzer Heide einzutreten. Von anderer Seite wurde bekannt gegeben, daß auch mehrere Berliner Stadtverordnete sich der Sache angenommen hätten und wahrscheinlich der Magistrat aufgefordert werden würde, gegen den Verkauf der Schönholzer Heide, der übrigens, wie amtlich festgestellt wurde, noch nicht perfekt ist, Schritte zu thun. Es bräde sich in Berlin immer mehr die Anschauung Bahn, daß die Reichshauptstadt an der Erhaltung der Heide ein bestimmtes ebenso großes Interesse hat als die angrenzenden Goroete, umsonst, als die Verantwortlichen des Nordparkprojektes in weite Ferne gerückt ist, so daß die Schönholzer Heide der einzige Park im nördlichen Norden ist. Die Versammlung, welche schließlich eine Resolution im Sinne der Erhaltung des Waldes annahm, sprach darin u. a. für Entschlossen über die Haltung des Landwirtschaftsministers aus. Der Minister habe vor etwa Jahresfrist einen Aufruf der Regierung mit unterschrieben, in welchem die Berliner Vorortgemeinden gegen die Hergabe von freiem Gelände für die Wauspelation und für die Anlage von Parks interessiert wurden. Jetzt handle der Minister ganz im Gegensatz zu seinem Aufruf, indem er ein Waldgelände der Wauspelation opfern will, das schon jetzt von einem Hausfömer umgeben ist.

Die Gefährlichkeit der Cellulosefabriken. Die Notwendigkeit des Erlasses einer besonderen Polizeiverordnung für Cellulosefabriken und Lagerstätten, so wird uns aus Feuerwehrtreffen geschrieben, bildete bei dem internationalen Feuerwehrr-Kongreß, der im Jahre 1901 in Berlin stattfand, einen besonderen Punkt der Tagesordnung. Die Erfahrungen, die die Feuerweh von Berlin bei den in Cellulosefabriken entstandenen Wänden gemacht haben, dürften ummehre zu einer besonderen Verordnung Veranlassung geben. Bei einem Brande, der vor vier Jahren in der Schönbauer Allee stattfand, fanden zwei Personen ihren Tod, während zwei andre schwer verletzt wurden. In der Röhrenströme brannte vor ca. 1/2 Jahren eine Kabell innerhalb weniger Minuten vollständig aus. In der Wienerstraße wurde ebenfalls durch eine Cellulosefabrik ein ganzes Fabrikgebäude innerhalb 10 Minuten in Flammen gesetzt, ein Brand, bei dem verschiedene Feuerwehrlente durch Zusammenstürzen der Mauern schwer verletzt wurden. Zur Vermeidung ähnlicher Katastrophen wie die erwähnten, wie auch diejenige in der Michaelisstraße, wird es vor allen Dingen erforderlich sein, daß Cellulosefabriken und Lagerstätten nur im obersten Stockwerk eines Gebäudes angelegt werden dürfen, da die Weiterverbreitung des Feuers stets nach aufwärts erfolgt und somit die unteren Stockwerke nicht gefährdet werden. Außerdem werden auch verschiedene Bestimmungen bezüglich der inneren Anlage derartiger Fabriken erforderlich sein. Die Notwendigkeit wird diejenige einer Anlage sein, welche den in der Fabrik beschäftigten Arbeitern bei Ausbruch eines Feuers die Flucht nach einem freien, den Treppengängen zu gelegenen Raum ermöglicht.

Der durch seine Wundereien wie durch seinen Gesundheitszustand berühmt gewordene Herr Heinrich Parrier ist auf seinen Antrag wieder aus der Haft entlassen worden. Sein Gesundheitszustand soll abnormals derart sein, daß die erwähnte Maßregel geboten ist. Die Entlassung war gewiß gerechtfertigt, aber das wunderliche Verhalten, in dem Herr Parrier zur Justiz steht, ist derart, daß auch diese neue Wendung der Dinge der so schon harten Regendenbildung Vorhub leisten wird.

Herde als Streikbrecher. In der gestrigen verlustlos verlaufenen Einigungsamt-Verhandlung zwischen den Zungbier-Auischern und

deren Arbeitgeber erzählt der Brauereibesitzer S u h mit rührender Naivität eine Geschichte, die allgemeine Beiterkeit hervorruft: Wegen der bestehenden Lohnunterschiede hatte er kürzlich einen Kutscher entlassen. Um aber die Kundschaft zu bedienen und auch gleichzeitig festzustellen, wie wenig Arbeit so ein Kutscher zu verrichten braucht und welche einen kolossalen Verdienst er zu erzielen im Stande ist, veranlaßte Herr S u h kurz entschlossen seinen Comptoirerod mit dem Arbeitermittel, setzte sich selbst auf den Wagen, fuhr schneidig, wie nur ein Kutscher fahren kann und verpackte eigenhändig sein edles Weid in die Hauskundschaft. Am ersten Tage wollte ihm die ungewohnte Arbeit allerdings nicht recht gelingen, er setzte nur für 20 M. Vier um, am zweiten Tage aber wurde es schon für 40 M. und am dritten noch für ein paar Mark mehr, so daß er jetzt sehr hoffnungsvoll in die Zukunft blickt. Woher aber das schlechte Geschäft des ersten Tages? Nun, er hatte nicht gewußt, wo die Stunden alle fielen, denn der rabiate entlassene Kutscher verführte es ihm. Bald aber rief er sich vergnügt die Hände, ihm wurde Hilfe von ganz unerwarteter Seite. Er bemerkte nämlich, daß die Pferde von Zeit zu Zeit ganz von selbst nach dem Trottoir zu abbogen und Miene zum Stillstehen machten. Im Lager des ersten Tages hatte er die Tiere wieder vorwärts getrieben, später erst wurde ihm klar, daß das Verhalten der Pferde seine besondere Ursache haben mußte. Er dachte nach an alles, was er über tierischen Instinkt gehört oder gelesen hatte, und richtig — so und nicht anders war es: Wo die Tiere stehen blieben, mußten auch Kunden sein. Jetzt frischen Mutes hinein in den Hof. Er rief, und alle, alle kamen. Das Geschäft war gemacht und dem Kutscher die Schadenfreude verdochen. Ob die braven Gänse für ihre unbenutzten Arbeitswilligendienste auch eine Extraration Hafer erhalten haben? Vielleicht sind die Vierbrauerpferde bei einem Streit noch zu großen staatsverhaltenden Dingen berufen.

**Der Selbstmord des Tischlers Hermann Fiedler**, über den wir bereits berichteten, bildet den tragischen Abschluß einer Kette von Leiden, unter denen der bedauernswerte Mann schließlich zusammengebrochen ist. Fiedler, der im Hause Urbanstraße 60 wohnte, hatte seine Frau wegen Geistesgekränktheit nach der Charité geben müssen. Da er fünf Kinder im Alter von neun Jahren bis herunter zu vier Monaten hatte, so mußte er eine Wirtschaftlerin ins Haus nehmen, um seiner Arbeit nachgehen und Brot für sich und die Seinen verdienen zu können. Er war aber genötigt, wiederholt mit der Wirtschaftlerin zu wechseln. Zweimal hinter einander hatte er das Unglück, an Personen zu geraten, die sich, wie man uns berichtet, recht schlecht zur Pflege und Erziehung seiner Kinder eigneten. Fiedler selber war ein durchaus ordentlicher Mann. Er wollte zuletzt die Kinder dem Waisenhaus übergeben, weil er sie hier immer noch besser aufgehoben glaubte als bei einer Wirtschaftlerin, die allzu fleißig der Flasche zusprach. Aber im Waisenhaus erhielt er die Antwort, daß man ihm die Kinder nicht abnehmen könne. Von da an soll F. große Niedergeschlagenheit und Mitleidigkeit gezeigt haben. Offenbar hat man ihm auch an den Stellen, wo er Hilfe suchte, nicht hinreichenden Ausschluß darüber gegeben, wie und durch welchen Vermittlung er sich eine einigermaßen zuverlässige Pflege für seine Kinder beschaffen könne. Er wußte nun nicht ein noch aus und griff in seiner Verzweiflung zum Strid. Schon am Dienstagabend soll er einen ersten Versuch, sich zu erhängen, gemacht haben, aber der Strid scheint gerissen zu sein. F. trug dabei nur eine Verletzung an der Stirn davon. Er hatte übrigens an diesem Abend noch seine letzten Schulden vorher beglichen. Erst der zweite Selbstmordversuch, den er am Mittwoch früh vor 5 Uhr machte, gelang. Der Bäckerjunge fand den Unglücklichen als Leiche an der Thür seiner Wohnung. Interessant ist das Gerücht, daß die herbeigerufenen Nachbarn und Polizeibeamten die Kinder in kläglichen Zustände vorgefunden hätten. Fiedler war stets ein guter Familienvater gewesen und hatte trotz des auf ihm lastenden Drucks noch bis zum letzten Augenblick nach Möglichkeit für die Kinder gesorgt. Am Mittwoch früh, bevor er seinem Leben ein Ende machte, hatte er dem jüngsten Kinde noch einmal die Flasche gegeben. Diese war sogar noch warm, als man in die Wohnung eindrang und nach dem Kinde sah. Die Kinder sind nun doch ins Waisenhaus gekommen, nachdem sie den Vater verloren haben. — Fiedler war Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Vereins. Er wird am heutigen Sonntag um 3 Uhr auf dem in Mariendorf gelegenen Friedhof der Kreuz-Gemeinde von der Leichenhalle aus beerdigt.

Zu einem großen Aufruhr kam es gestern nachmittag 5 Uhr infolge eines Zusammenstoßes, den ein Schugmann mit einem Arbeiter hatte, vor dem Hause Greifswalderstraße 189. Der Arbeiter war in dem Kampfe schwer von dem Beamten mit dem Säbel verletzt worden, und der schauerliche Anblick des blutenden Mannes hatte zur Folge, daß das Publikum für den Arbeiter Partei ergreifen wollte. Erst als vier weitere Schugleute von der Wache zur Hilfeleistung herbeieilten, zerstreute sich der Aufruhr.

Ein Lehrer der Taschendiebstahl befindet sich dem Anscheine nach unter jener internationalen Taschendiebesbande, deren Mitglieder in den letzten Tagen bei verschiedenen Gelegenheiten festgenommen worden sind. Es handelt sich um einen älteren Mann, einen Galizier, der angeblich kein Deutsch versteht und identisch sein dürfte mit einem Taschendieb, der bereits seit Mai vorigen Jahres gefasst wird. Demselben wurde ein etwa 15jähriger Bursche, der ebenfalls aus Galizien stammt, dabei abgefaßt, als er, und zwar nach der Anleitung eines älteren Mannes, auf der Straßenbahn einer Dame das Portemonnaie stahl. Der Diebstahl wurde festgenommen, während es seinem Meister gelang, unbeobachtet zu entkommen. Der Taschendieb wußte sich auch mit besonderem Geschick den polizeilichen Nachforschungen zu entziehen und dies gelang ihm um so leichter, als sein gelehriger Schüler jede Ausfage verweigerte und seinen Vernehmungen der Polizei und den Richtern gegenüber ein ständiges „Nix deutsch“ entgegenhielt. Die Gerichtsverhandlung konnte auch nur mit Hilfe eines Dolmetschers durchgeführt werden. Sein jetzt verhafteter Meister wurde am 27. Januar bei Ausübung eines Taschendiebstahls unter den Linden abgefaßt.

Eine Diebesbande, die seit dem September v. J. alle Stadtteile Berlins unsicher machte, konnte gestern hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Ihre Mitglieder waren der Schlosser Theodor Kologki, der Arbeitsbursche Max Greal, der Arbeiter Otto Knoll und der Schlosser Paul Graf, die sämtlich ohne Obdach waren. Ihre Eigenart bestand darin, daß sie am besten Tage Häuser, die Portiers haben, betreten, die Waischischen gewaltsam öffneten, die eingemauerten kupfernen Waischfesten herausbrachen, auf einem Wagen fortzuschaffen und gleich veräußerten. 30 solche Einbrüche hat die Bande eingeräumt, wahrscheinlich aber eine noch größere Zahl ausgeführt. Unerklärlich ist, daß in den betreffenden Häusern niemand die mit starkem Geräusch verbundenen Einbrüche und das Fortbringen der Kessel gesehen hat. Zur Ermittlung der Diebe wurden die Trödlergeschäfte scharf bewacht. Dabei ergab sich, daß bei dem Trödler Tau in der kleinen Hamburgerstraße viele Waren abgeladen wurden, während bei den polizeilichen Nachforschungen nichts vorgefunden wurde. Das erklärt sich indes dadurch, daß hier ein Aufkaufgeschäft besteht, das die von den Trödlern erworbenen Waren täglich durch Gefahnen abholt und gleich anderweit verwendet. Auch der Fehler Tau sitzt fest und ist gefähndig. Das Handwerkszeug wurde den Einbrechern von dem Sohn eines Wäschenschneiders, einem unbescholtenen Wäschenschneiders-Schüler, geliefert, dessen Eltern ohne Mitleid dasiehen.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde die Näherin Pauline Nummerow gestern festgenommen und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Am 6. Juni 1893 hatte die Nummerow bei einer Hebamme einen Knaben das Leben gegeben, war aber zehn Tage nach der Geburt des Kindes mit diesem fortgezogen. Eine Schwester der Hebamme hatte sie nach dem Bahnhof begleitet, da sie angab, das Kind zu ihrem Bruder in Spandau in Pflege bringen zu wollen. Das ist aber nicht geschehen und der Verdacht des Kindesmordes riefelhaft. Die Näherin hat dann nur für eine Nacht in der Schweinmünderstraße Aufenthalt genommen, um sich nach Köslin zu begeben. Von dort kehrte sie jetzt nach Berlin zurück. Da nun der Knabe standesamtlich eingetragen, aber nicht wieder als

gestorben abgemeldet wurde, so wurde nach der Anmeldung der Nummerow hier Nachfrage nach ihm gehalten. Dabei machte die Genannte die fabelhaftesten Angaben. Sie will das Kind zu einer Frau K. in der Schweinmünderstraße in Pflege gebracht, später aber von dieser die briefliche Mitteilung erhalten haben, daß der Knabe gestorben sei. Die zur Bestreitung der Beerdigungskosten geforderten 50 M. habe sie in fünf Mark Scheinen der Frau K. in einem Briefumschlag zugesandt. Das Geld ist nicht angekommen und die Frau K. ist inzwischen gestorben. Dagegen befinden sich die Mutter und der Schwarm dieser Frau, sowie ihre Kinder, die damals 11—12 Jahre alt waren, am Leben. Alle diese wissen nichts von einem Pflegekind. Als der Nummerow diese Sachlage vorgehalten wurde, bequente sie sich zu dem Geständnis, daß ihre ganze Schilderung des Thatbestandes auf Unwahrheit beruhe. Der Verlauf der Angelegenheit sei vielmehr so gewesen, daß sie sich aus der Wohnung der Hebamme mit dem Kinde nicht nach Spandau, sondern nach Charlottenburg begeben habe. Hier habe sie es in einem Hause einer sehr breiten Straße — Namen der Straße und die Hausnummer wisse sie nicht mehr — auf eine Matte gelegt, sich schleunigst entfernt und nicht mehr darum gekümmert. Da aber auch alle polizeilichen Nachforschungen nach einem vor 10 Jahren etwa ausgelegten Kind ohne Erfolg geblieben sind, so ist der Verdacht entstanden, daß das damals zwischen Charlottenburg und Spandau neben dem Eisenbahndamm abgewürgt aufgekundene Kind der Nummerow gehört hat. Diese Annahme wird auch durch die damalige Angabe des Mädchens, daß es den Knaben nach Spandau bringen wollte, unterstützt und führte zu der Verhaftung.

Der Paletotmacher in der Universität, dessen Ergreifung bisher nicht gelingen wollte, wurde endlich auf frischer That ertappt und unschuldig gemacht. Es ist der stellungs- und wohnungslose Kaufmann Karl Krüger, der bei seiner Vernehmung alle Diebstahle dieser Art auf sich nahm, ihre Zahl aber nicht behalten haben wollte. Außer mit der Wegnahme von Leberzieteln hatte er sich mit Diebstählen aus den kleinen Geldtaschen der aufgehängten Kleidungsstücke befaßt. Bei der Festnahme wies er sich durch eine Studentenkarte aus und entriestete sich bei dem auf ihn gefallenen Verdacht der Dieberei. Der Beamte ließ sich indes nicht irreführen, weil er mit Recht vermutete, daß auch die Karte gestohlen ist.

Der Geflügelzüchter-Verein „Fortuna“ hat gestern im „Luisenpark“ eine große Geflügelausstellung eröffnet, die mit einer Kanarienschau verbunden war. Die Ausstellung ist überaus reich besetzt, allein in der Geflügelabteilung führen 300 Züchter aus Nord- und Süddeutschland und aus dem Elsaß sowie aus Oestreich und Dänemark ganz hervorragende Zuchtprodukte vor. Im Parterre des Saales sind die Kanarienvogel und das Waffergeflügel, in den beiden ersten Galerien die Hühner, in der dritten Galerie die Tauben untergebracht. Geräte und dergleichen sind auf alle Etagen verteilt. Die Abteilung für Wasser- und Großgeflügel umfasst mit Einschluß der Verkaufsstelle 118 Nummern. Vor allem die Enten sind auch auf dieser Schau wieder mit 91 Nummern zahlreich vertreten. Für die vorgezeichnete Frauenklasse ist eine Meldung nicht erfolgt. Unter den Truten findet man auch einen Stamm virginischer Schneeputen. Die Hühnerabteilung zählt 529 Stämme. Ueberreich besetzt sind hier namentlich die Klassen der guten Eierleger, der Italiener und Minoras, aber auch die schwereren Klassen haben würdige Vertretung gefunden, besonders die Langshans. Tauben, deren Rucht in Berlin ganz besonders beliebt ist, sind 1117 Paare ausgestellt. Alle Liebhaber werden besonders an diesem Teil der Ausstellung ihre helle Freude haben. Sehr lehrreich ist ferner eine Ausstellung von Eiern der zur Zeit in Deutschland am häufigsten gehaltenen Ruchhühner-Rassen. Die Ausstellung bleibt bis Montag geöffnet.

Die Wiederholung des mit so großem Beifall aufgenommenen Mohrbutterfests Vortrages über „Anstlerische Bestrebungen in den modernen Procentraat“ findet am Montag, den 23. Februar, im großen Saale des Artilleriehauses statt. Um den vielen Personen, die am ersten Abend keinen Einlaß mehr finden konnten, Gelegenheit zu geben, sich diesmal rechtzeitig Plätze zu sichern, wird in den bekannten Verhandlungen und im Berliner Pressklub, unter den Linden 33, schon morgen mit dem Verkauf der Eintrittskarten begonnen werden.

Auf Veranlassung des Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin, spricht Mittwoch den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses Herr Geheimrat Professor Dr. Hoffa über „Bedeutung und Verhütung körperlicher Mißgestalt“. Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

### Aus den Nachbarorten.

**Friedenau.** Unsere Gemeinde-Vertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Umwandlung der siebenstufigen Volksschule in eine achtstufige zum 1. April d. J. vorzunehmen, auch soll von diesem Zeitpunkt ab der Berliner Lehrplan eingeführt werden. Ebenso wurde die Neueinstellung von zwei Lehrern zu Michaels und einer zweiten Handarbeits-Lehrerin zu Ostern beschloßen. Daß es auch bei uns Leute giebt, die Verbesserungen der Volksschule nicht grün sind, beweisen die Ausführungen des Gemeinde-Verordneten Schreiner, der da meinte, daß die Kosten jetzt schon so hohe seien, daß sie die Gemeinde kaum tragen könne. Daß dieser Herr gerade bei der Volksschule sparen will, ist jedenfalls sehr bezeichnend für ihn als „Gemeindevertreter“.

**Lichtenberg.** Das Ortsrat der Gemeinde Lichtenberg über die eventuelle Anstellung eines besoldeten Schöffen hat nunmehr, nachdem der Kreisaußschuß einige Bedenken fallen gelassen hat, die Genehmigung des Ministers erhalten. Das Statut hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des § 75 Absatz 3 der Landgemeinde-Ordnung vom 8. Juli 1891/20. Mai 1902 ist für die Gemeinde Lichtenberg bei Berlin das folgende Ortsstatut erlassen: Von den nach dem Orts-

statut betreffend die Verfassung der Gemeinde Lichtenberg vorhandenen sechs Schöffen muß ein Schöffe gegen Besoldung angestellt sein. Die Wahl des besoldeten Schöffen geschieht auf 12 Jahre und ist nicht auf die Gemeindeglieder beschränkt. Der besoldete Schöffe ist ständiger Vertreter des Amts- und Gemeindevorstandes. Lichtenberg wird demnach die erste Landgemeinde sein, die in Rücksicht auf ihre Entwicklung und Größe von der Abgabe zur Landgemeinde-Ordnung Gebrauch machen muß. Die Gemeinde ist aber nicht geformt von ihrem Bestreben auf Erlangung städtischer Verfassung abzugehen. Die Wahl des Schöffen wird von der Gemeindevertretung demnächst vorgenommen werden; 24 Weiber sind vorhanden.

## Gerichts-Zeitung.

**Ordnungslampf gegen die Dichtkunst.** Das polnische Liederbuch beschäftigt gestern die achte Strafkammer des Landgerichts I in einer gegen den Buchdrucker und Schriftsteller Ludwig W r a b e l gerichteten Anklage wegen Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten. Der Angeklagte hat eine Reihe polnischer Lieder zu einem Liederbuche vereinigt, das den Gegenstand der Anklage bildet. Diese Lieder haben schon verschiedene Gerichte beschäftigt und sind übereinstimmend als strafbar erachtet und es ist auf Einziehung erkannt worden. Das Landgericht in Essen hat zuletzt dieses Liederbuch als Ganzes eingezogen. Inkriminiert waren u. a. die Lieder: „Marsch der Legionen“, „Marsch der Schönen“, „Die Warschauerin“, „Marsch des Mikolawski“, „Marsch der Polen“, „Nationalgebet“, „Ehre der polnischen Erde“, „Hymne an die Arbeit“, „Schwer verwundet“ etc. — Der Angeklagte bestritt, sich gegen § 180 St.-G.-B. vergangen zu haben. Das Liederbuch sei nur eine Zusammenstellung alter historischer Lieder, die seit Jahrhunderten der polnischen Bevölkerung bekannt seien, ihre Spitze gegen Rußland haben und in all den langen Jahren niemand aufgereizt haben. Die Lieder fallen in die Jahre 1830, 1848 und in die Jahre vor 1870, wo Deutsche und Polen noch friedlich bei einander lebten, sie seien ganz unschuldiger Natur, die darin enthaltenen Hoffnungs-Phrasen haben nichts zu bedeuten, denn die Hoffnungen, die ein Volk zusammenhalten, seien doch nicht strafbar und an Waffengewalt denke niemand. — Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß die für die Jugend, die Turner etc. bestimmten Lieder, die mit glühender Beredsamkeit zur Herstellung des freien Polens aufrufen, gegen § 180 verstößen. Sie seien in ihrer Zusammenstellung darauf berechnet, die polnischen Nationalgefühle zu erwecken, den Haß gegen die Mächte, die an der Teilung Polens beschäftigt waren, zu schüren und die Polen aufzurütteln, Gut und Blut zur Rettung ihres alten Vaterlandes zu opfern. Das Liederbuch sei geeignet, verschiedene Bevölkerungsklassen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewaltthatigkeiten anzureizen. — Der Gerichtshof beurteilte den Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis und ordnete die Einziehung und Vernichtung des Liederbuches und der Platten und Formen an.

**Arbeiter-Samariterkolonne** (gegründet 1888). Montag, den 9. Februar, abends 9 Uhr in der Filiale Brunnenstr. 41, Restaurant „Kleber“, Vortrag über: „Gefahrrohende Krankheitszustände“. Nach dem Vortrage praktische Uebungen. Neue Teilnehmer werden jederzeit aufgenommen.

**Allgemeine Familien-Vererbungs-Gesellschaft.** Heute Jahrling Nr. 123 bei Diele von 3-6 Uhr.

**Notung! Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen!** Am Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schweiner-Gesellschaftshaus“, Schweinmünderstr. 42, eine Versammlung statt, in welcher der Genosse Ritter über die Einführung von Lohnbüchern für die Konfektion, welche am 1. April d. J. erfolgen soll, sprechen wird. Die Genossen werden besonders ersucht, ihre Frauen und Töchter, die in der Konfektion beschäftigt sind, auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. (Siehe auch Inleral.)

**Die Kassenvorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen** werden ab dem morgen abend in den Arminalhallen stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher Herr Reichsanwalt Roth über: Die Beschlüsse der Aufsichtsböden nach dem Krankenversicherungs-Gesetz und nach der angekündigten Novelle sprechen wird. (Siehe gestriges Inleral.)

### Briefkasten der Redaktion.

**Mülheim.** Wird jetzt im Verlag des „Hamburger Echo“ hergestellt. Antworten auf 1-4 erfolgen im juristischen Teil.

#### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 9 Uhr.

**Zwei Wirtende.** Bei Errichtung des Testaments vor einem Richter oder Notar können Sie dem Richter oder Notar eine Schrift, die Ihren letzten Willen enthält, offen oder verschlossen überreichen: Diese Schrift kann von jedermann geschrieben sein. — Wollen Sie das Testament privat machen und selbst vernahen, so müssen Sie es eigenhändig schreiben, datieren und unterschreiben; sonst ist es ungültig. — **W. M. Rein.** — **H. E. H.** 1. Rein. 2. und 4. hängt davon ab, wann die Ehe geschlossen ist und wo der erste Ehepartner war. 3. Ja. — **H. E. 235.** Rein, der Vertrag wäre ungültig und die strafbar. — **W. S. 7.** Rein. — **96 G. J.** Wenn Sie nichts anderes besprochen haben, hat der frühere Testator seine Ansprüche. — **J. R. R.** Durch das Testament sind Sie im Rückteil veräußert. Sie können auf Ihr Pächter, d. h. die Hälfte Ihres geschlossenen Erbteils klagen. Die Klage ist zu richten gegen die Miterben (§ 209 des Bürgerlichen Gesetzbuchs). Auf diese Weise stellen Sie sich demnach entgegen, da die Mutter sonst nach dem Testament alles veräußert hätte. — **G. J. V.** Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt zu Berlin. — **G. Hörner.** Der Kinderlohn bemisst sich nach dem Wert der gefundenen Sache und beträgt: bis zu 300 M. 5 Proz., von dem Wert über 300 M. weitere 1 Proz., bei Tieren 1 Proz. — **L. S. 29.** Es kommt auf Ihre Vermögensverhältnisse an. Gebören Sie dem Arbeiterstande an, so ist der Monatslohn von 18-20 Mark für Berlin und Vororte angemessen. — **Wissenschaft Nr. 7.** Ihre Mutter hat keinen Anspruch auf Alters- oder Invalidenrente. Sie wird indes auf Ihren Antrag bei der Versicherungsanstalt die Hälfte der einzubehalten Beiträge zurückhalten. — **C. S. 100.** Ja! Die Steuern werden im v o r a u s veranlagt. —

Wochen- Spielplan.	Montag 9.	Dienstag 10.	Mittwoch 11.	Donnerstag 12.	Freitag 13.	Sonntag 14.	Sonntag 15.
<b>Opernhaus</b>	Der Troubadour Janotte	Carmen	Die weiße Dame Slaafische Brautwerbung	Euryanthe	Romeo und Julia	Tristan und Isolde	Don Juan
<b>Schauspiel- haus</b>	König Heinrich V.	Wilhelm Tell	König Heinrich V.	Im bunten Rod	Die Abteilungen 1. Abend: Der gebende, Stegfried	Die Abteilungen 2. Abend: Der Armbildes Raube	Das große Licht
<b>Schiller- Theater O.</b>	Der Meister von Palmyra. Am. D. J. v. Dr.	Das Geheimnis der Gilde	Der Meister von Palmyra	Das Geheimnis der Gilde	Der Meister von Palmyra	Der Meister von Palmyra	Der Meister von Palmyra. Am. Augenbedründe
<b>Schiller- Theater N.</b>	Jugend Nachm.: Kathale und Liebe	Die Braut von Messina	Heimat	Esper Zwei Ehen im Feuer	Heimat	Heimat	Jugend
<b>Deutsches Theater</b>	Ronna Hanna 9 1/2 Uhr: Die verarmte Witwe	Ronna Hanna	Der arme Heinrich	Ronna Hanna	Roca	Ronna Hanna	Ronna Hanna
<b>Berliner Theater</b>	Sanatorium Siebenberg Am. D. R. Köhnen	M-Gelbeberg	Sanatorium Siebenberg	Sanatorium Siebenberg	M-Gelbeberg	Sanatorium Siebenberg	Sanatorium Siebenberg
<b>Theater des Westens</b>	Margarete Nachm.: Der Troubadour	Der Freischütz	Die Fledermaus	Die Dancan: Lanz-Johlen	Die Dancan: Lanz-Johlen	Der Postillon von Lomjumeau	Der Zigeuner- baron
<b>Bunte Theater</b>	Jugend	Jugend	Jugend	D'Beanerlin System Kubert	D'Beanerlin System Kubert	Jugend	Lorenzo di Medici
<b>Luisen- Theater</b>	Der Fichter von Kadenma Am. Robert u. Bert.	Die Maschinen- bauer von Berlin	Die Cameliendame	Der Reinoldbauer	Sp. d. Op. d. W. Der Freischütz	Der Hättenbesitzer	Robert und Bertram

**Beifung-Theater.** Abends: Der blinde Passagier. — **Reifens-Theater.** Abends: Luth. Sonntag, den 8. Februar, nachmittags: Seine Kammerfrau. — **Reines Theater.** Abends: Rachschl. Kur Donnerstag: Erdgeist. Sonntag, den 8. und 15. Februar, nachmittags: Don Carlos-Parodie, Serenissimo, Nussknuspiele etc. — **Trianon-Theater.** Sonntag bis Freitag: Die Leibeskaufel. Von Sonnabend an: Die Kothbräde. — **Reues Theater.** Von Sonntag bis Donnerstag: Die Allegre. Von Freitag ab: Der reine Mann. — **Central-Theater.** Abends: Madame Scherz. Sonntag, den 8. Februar, nachmittags: Die Fledermaus. Mittwoch und Sonnabend, nachmittags: Schneeweißchen und Rosenrot. — **Belke-Alliance-Theater.** Abends: Am Telephon und Cupido u. Gie. — **Thalia-Theater.** Abends: Der Cameliendame. Sonntag, den 8. und 15. Februar, nachmittags: Charles Tante. — **Arania.** Abends: Das Land Trof. Kur Montag: Vortrag Socer Gebins: Drei Jahre im inneren Asien und Tibet. — **Passage-Theater.** Ago, die schwedende Jungfrau. Mysterisches Theaterstück in 1 Akt.



**Berliner Bock-Brauerei** Actien-Gesellschaft.  
 Abteilung I: Tempelhoferberg, Berlin. Abteilung II: Chausseestr. 58.  
**65te Bockbier-Saison 1903**  
 Der Ausschank am Tempelhofer Berg  
 ist eröffnet.  
 Täglich grosser Bock-Jubel. (2 Militärkapellen.)

Einzig! Unerreicht! Original!  
 Unser weltberühmtes „Original-Bockbier“ kommt seit 30. Januar in Fässern und Flaschen zum Verkauf.  
**Original-Bockbier** in Flaschen 20 Flaschen für 3 Mark  
 an Private: Nur echt in Flaschen mit zwei eingelassenen Böden.  
 Die Flaschen sind verkorkt, mit Kapseln und Original-Etiquetten versehen.  
 Kleine Gebinde, 1/2, oder 1, 2, 3, 4, 6, 12, 24, 30, 36, 48, 60, 72, 96, 120, 144, 180, 216, 240, 270, 300, 360, 420, 480, 540, 600, 660, 720, 780, 840, 900, 960, 1020, 1080, 1140, 1200, 1260, 1320, 1380, 1440, 1500, 1560, 1620, 1680, 1740, 1800, 1860, 1920, 1980, 2040, 2100, 2160, 2220, 2280, 2340, 2400, 2460, 2520, 2580, 2640, 2700, 2760, 2820, 2880, 2940, 3000, 3060, 3120, 3180, 3240, 3300, 3360, 3420, 3480, 3540, 3600, 3660, 3720, 3780, 3840, 3900, 3960, 4020, 4080, 4140, 4200, 4260, 4320, 4380, 4440, 4500, 4560, 4620, 4680, 4740, 4800, 4860, 4920, 4980, 5040, 5100, 5160, 5220, 5280, 5340, 5400, 5460, 5520, 5580, 5640, 5700, 5760, 5820, 5880, 5940, 6000, 6060, 6120, 6180, 6240, 6300, 6360, 6420, 6480, 6540, 6600, 6660, 6720, 6780, 6840, 6900, 6960, 7020, 7080, 7140, 7200, 7260, 7320, 7380, 7440, 7500, 7560, 7620, 7680, 7740, 7800, 7860, 7920, 7980, 8040, 8100, 8160, 8220, 8280, 8340, 8400, 8460, 8520, 8580, 8640, 8700, 8760, 8820, 8880, 8940, 9000, 9060, 9120, 9180, 9240, 9300, 9360, 9420, 9480, 9540, 9600, 9660, 9720, 9780, 9840, 9900, 9960, 10000.  
 Wiederverkäufer entsprechenden Rabatt.  
 Gefällige Bestellungen, welche prompt ausgeführt werden, bitten wir für  
 Abteilung I, Tempelhoferberg: per Telephon Amt VI 3019 IX 9191  
 Abteilung II, Chausseestrasse 58: per Telephon Amt III 2623.  
 oder per Postkarte aufzugeben.  
 Den Kleinverkauf für Kaminen und Epphons haben wir auch in diesem Jahr wieder bei der „Kannenbier-Versand-Gesellschaft“, Berlin NW., Lindeburgerstrasse 16/17, übertragen.  
 Die Direktion.  
 Der Ausschank dauert nur bis Oetern.  
 1838 1903

Berlin Bellealliancestrasse 98. Filialen: Stettin Hohenzollernstrasse 3. Chausseestrasse 54. Magazinstrasse 2.

**Mass-Anzüge**  
 24 u. 30 Mark.  
 Herbst-Paletots nach Mass 24-28 Mark.

Im Interesse des werthen Publikums, erlaube ich mein Angebot zu prüfen, von der Billigkeit und strengen Reellität sich zu überzeugen.  
**Sonnenscheins Engros-Resterhaus**  
 ist einzig konkurrenzlos am Platze, indem ich nur von prima Rohstoffen die elegantesten haltbarsten Mass-Anzüge zu obigem Preise liefere.

**Warnung**  
 vor solcher sogenannten Resterhandlung, die durch ähnliche Annoncen meine nachahmen, um den Schein zu erwecken, dieselben Vorteile den Kunden bieten zu können. Bitte vorher die Stoffe zu prüfen und vergleichen Sie mit meinen streng reellen Rohstoffen.

**Sonnenscheins Engros-Resterhaus**  
 Bellealliancestr. 98 | Tr. Chausseestr. 54 | Tr.

**Ausstellung** für 550L.  
**Kartoffel-Verwertung**  
 und Verwendung des Spiritus zu technischen Zwecken  
 (Koch-, Leucht-, Heiz- und Kraftzwecke)  
 im Institut für Gärungsgewerbe  
**Berlin N., Seestrasse**  
 vom 7. bis 15. Februar 1903.  
 Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 1/2 Uhr nachmittags.  
 Tageskarten 1 M. — Dauerkarten 2 M. — Sonntagskarten 50 Pf.  
 Im Vorverkauf: Tageskarten 75 Pf. — Sonntagskarten 40 Pf.  
 erhältlich:  
**Berlin NW., Friedrichstr. 96** (gegenüber dem Central-Hotel),  
 im Ausstellungs- und Verkaufslokal der  
**Centrale für Spiritus-Verwertung G. m. b. H.**

Die besten Nähmaschinen für Kraftbetrieb. Original **Phönix-Nähmaschinen** (Deutsches Fabrikat). Die besten Nähmaschinen zum Sticken und Stopfen.  
 stehen in Ihren Zeitungen unerreicht da. Ihre vollkommene Mechanismus gewährleistet: Leichtesten, ruhigsten Gang, grösste Schnelligkeit, geringste Abnutzung der inneren organischen Teile, daher längste Dauer, grösste Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit für alle Arten von Näherei, einfache Handhabung.  
 Zeitraubende Störungen und kostspielige Reparaturen kommen nicht vor.  
 Für gewerbmässige Näherei in der Bekleidungs- und Wäsche-Konfektion etc. sollten nur Original **Phönix-Nähmaschinen** Verwendung finden, weil sie bei geringster Anstrengung besseren Verdienst garantieren als alle anderen Konstruktionen.  
**Deutsches Nähmaschinen-Kaufhaus Wilh. Lemke**  
 Leipzigerstr. Nr. 106, an der Friedrichstrasse.  
 Inhaber: **Friedr. Wilhelm Lemke**. 5 Jahre Garantie.  
 Verkauf auch auf Teilzahlung. Etabliert seit 1881.

**H. Frey's Zahntechnisches Institut**  
 Gegründet 1861. Landsbergerstr. 42, I. Gegründet 1861.  
 Ohne jede Anzahlung. Wöchentlich 1 Mark. Teilzahlung 1 Mark wöchentlich.  
 Nicht ganz schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose, aber grösstmögliche Schmerzmilderung. 10jährige Reelle Garantie.  
 Um einer Täuschung des geehrten Publikums vorzubeugen, schreiben wir: Bestreben sein, durch alle modernen und dem Organismus des Patienten un gefährliche Mittel den Schmerz soweit ein erträgliches Mass zu mildern, dass er selbst den Heiler ist. — Entfernung von kranken Zähnen und Wurzeln zwecks Zahnersatz ohne „Extra-Berechnung“. — Ich liefere einen natürlich aussehenden und beim Essen brauchbaren künstlichen Zahnersatz auf geordneten Kunden ist verpflichtet, Nichtkonventionierendes abzunehmen, da keine Vorherbezahlung. **Kein Risiko. ♦ Garantie.**  
 Meine schriftliche Garantie, welche ich jedem meiner geehrten Patienten, welcher einen künstlichen Zahnersatz bei mir anfertigen lässt, mitgibt lautet:  
 Ich übernehme für jeden von mir gelieferten Zahnersatz eine **Garantie von zehn Jahren**, das heisst: Jede an einem von mir gelieferten Zahnersatz vorkommende Reparatur, gleichwie aus welchem Grunde entstanden, wird während der Dauer von 10 Jahren **kostenlos** ausgeführt.  
**1000 Mark**  
 in Worten: „Eintausend Mark“, welche ich bei einem hiesigen Notar hinterlegt habe, zahle ich demjenigen, welcher nachweist, dass ich meine im Garantieschein gegebenen Versprechungen nicht Wort für Wort halte.  
 Das geehrte Publikum wird gebeten, diese Zeilen nicht für „Marktschreierische Reklame“ zu halten, sondern nur für das, was sie wirklich sind, für die **Wahrheit**.  
**H. Frey's Zahntechnisches Institut, Landsbergerstrasse 42, I.**  
 Gegründet 1861. 8-7. Geöffnet von 8-7. Gegründet 1861.  
 Fahrverbindung von allen Richtungen. Fahrgeld vergütigt. Fahrverbindung von allen Richtungen.

**Raucher Haas-Tabak**  
 Specialität: **Berliner Shag hell**  
 in 10 Pfg. Packeten  
 Hochfein im Geschmack u. Aroma.  
 Zu haben in allen Gigarrengeschäften.  
 ENGROS-NIEDERLAGE:  
**H. SALTZMANN**  
 Berlin S. Luisenufer 3

**8 Wochen zur Probe!**  
 versende ich, um Jeden von der Vorzüglichkeit und Billigkeit meiner Instrumente zu überzeugen, nur gegen **Nachnahme** für nur 4 1/2 Mk., mit Glockenspiel 30 Pfg. mehr, eine elegante, als besondere Specialität leicht spielende, stark gebaute „Concert-Zug-Harmonika“ mit 26 Stück, zwei Reihen, brillante Trompeten, noch vielen schönen  
 Anker oder Stern, 16 Schallröhren und sonst anderen Verzierungen, 10 Tasten, 2 Register, 2 Doppelbässen, 2 Zuhalter, 2 weitauszieh-baren Doppelbässen mit Stahlschulzecken, 2chörige herrliche Orgelmusik mit 50 Stimmen. Grösse 35 cm. Ein solches Pracht-Instrument, 2chörig mit 26 Tasten Register und 70 Stimmen nur 6 Mk., 4chörig, 4 echte Register und 90 Stimmen nur 7 1/2 Mk., 6chörig, 6 echte Register und 130 Stimmen nur 11 1/2 Mk., 2 reihige mit 19 Tasten, 4 Bässen und 100 Stimmen nur 19 Mk. Kleiner 2 reihige mit 19 Tasten, 4 Bässen kosten nur 8 Mk. **Neu!** Mit garantiert unzerbrechlichen  
 Stahlstimmen 2chörig nur 6 Mk., 4chörig nur 8 Mk., 4chörig nur 10 Mk., 6chörig nur 15 1/2 Mk., 2 reihig mit 19 Tasten, 4 Bässen nur 12 1/2 Mk. Für Instrumente Selbstlernmaschine mit Stahlstimmen **garantire 10 Jahre**.  
 Eine grosse **Columbia-Zither** ca. 51 cm lang, mit 5 prachtvolle **Accord-Zithern** Accorden, 41 Saiten, 25 Saiten zum Selbstlernen mit 6 Manualen, 25 Saiten und Zubebe nur 6 1/2 Mk. Verpackungskiste gratis. Porto 80 Pfg.  
**Garantie: Umtausch oder Risiko.**  
 Bevor Sie anderswo eine Harmonika u. z. w. kaufen, verlangen Sie erst meinen Katalog, derselbe enth. viele Neuheiten. Man bestelle nur bei **Robert Husberg, Neuenrade No. 63 Westfalen**.

Ziehung 4. März u. folgende Tage zu Köln a. Rh. 5te und letzte **Lotterie** zur Erhaltung des **Siebengebirges**  
 1/2 Loos 4 Mk., 1/2 Loos 2 Mk. Porto und Liste 30 Pfg. extra.  
**12 000 Geldgewinne** ohne Abzug Hauptgewinne:  
**100000 Mk.**  
**60000 Mk.**  
**40000 Mk.**  
**20000 etc.**  
 Ziehung 24. 25. März der beliebten **Berliner Loose** 1.4  
 11 Loose 10 A. W. d. Hauptgewinne:  
**10000 Mk. 4000**  
**6000 Mk. 3000**  
**5000 Mk. 2000**  
 u. s. w., in Saar mit 70 %  
 Für 3 Mk. 1/2 Siebengeb. u. Berliner Loose Porto u. d. Listen 30 Pfg. extra versendet d. **General-Debit: Lud. Müller & Co.**  
 Berlin C., Breitestr. 5.  
 Telegr.-Adr. **Wüstenmüller**.  
 Goldenes a. silbernes Medaillon Paris 1900.

**Bei Husten, Asthma!**  
 Lungenerkrankungen, Bronchitis, Keuchhusten, Heiserkeit, Raucherhusten, Brustschmerzen, Verschleimung, Schilddrüsen, Krämpfe im Hals, Nerven, Schlaflosigkeit, Zittern, Erregung und Schreckhaftigkeit ist die Heilung von **Pohl's Brombeersaft** für Bronchitis und Husten erprobt; 4 Flasche 1 Mark, 8 Fl. 2,50 Mark. **Pohl's Brombeersaft** nach dem nachweislich und wissenschaftlich, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, 1/10, 1/12, 1/15, 1/20, 1/25, 1/30, 1/40, 1/50, 1/60, 1/70, 1/80, 1/90, 1/100, 1/120, 1/150, 1/200, 1/250, 1/300, 1/400, 1/500, 1/600, 1/700, 1/800, 1/900, 1/1000, 1/1200, 1/1500, 1/2000, 1/2500, 1/3000, 1/4000, 1/5000, 1/6000, 1/7000, 1/8000, 1/9000, 1/10000.  
**Georg Pohl, Drogerie, Berlin, Unter den Eichen 117.**  
 sonst nirgends.

**Stepdecken**  
 kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 730 Waldstrasse 72, wo auch alle Stepdecken aufgearbeitet werden.  
**B. Strohmayer, Berlin 14.**  
 Illustrierter Preis-Katalog gratis.

**Viel Geld Reste**  
 kann sparen, wer **Reste**  
 für **Herrenanzüge, Paletots usw.**  
 in der bekannten **Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland**  
 Berlin C., Rosstrasse 2, kauft.  
 Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

**L. Kahnt, Dampfschiffs-Rederei und Schiffswert.**  
 Stralau, Tunnelstr. 34. — Telephon Amt VII. 580,  
 empfiehlt Gesellschaften, Schulen und Vereinen seine **Salon-Dampfer jeder Grösse** zu Partien in der Umgegend Berlins.  
 Durch Anschaffung weiterer zwei Dampfer (je über 300 Personen fassen) bin ich in der Lage, den weitestgehenden Ansprüchen zu genügen.

**Musik.**  
 werke mit austauschbaren Rotenhelmen, sowie Zithern. Schönste Familienunterhaltung. Geringe Teilzahlung.  
 Neuo Königstr. 47 M. Alexanderpl.  
**Zum Pechvogel.**  
 Weiß- u. Bayrisch-Bier-Lothl. Paul Litka, Warschauerstr. 61. Billard. Vereinszimmer.

# Kaufhaus Wilhelm Joseph

BERLIN  
Gross-Görschenstr. 1.

Wegen Umbau und bedeutender Geschäftsvergrößerung

SCHÖNEBERG  
Hauptstrasse 153.

## Grosser Räumungs-Ausverkauf!

Durch das zu schnelle Fortschreiten meines bedeutenden Erweiterungsbaues bin ich gezwungen, das gesamte Warenlager, welches noch immer einen kolossalen Umfang einnimmt, schleunigst zu räumen; und kommen dieserhalb von heute ab sämtliche Warenbestände zu nochmals ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

### Extra-Angebot

für Montag, den 9., Dienstag, den 10., Mittwoch, den 11., Donnerstag, den 12. Febr.

#### Noch niemals dagewesen!

- ca. 4500 Stück Unterrockstoff-Reste, jeder Rest eingeteilt zu einem vollständigen Rock, Rest (zum Selbstaussuchen) 95 Pf.
- ca. 3500 Stück Wollstoff-Reste, doppeltbreit, passend für Kostümröcke; jeder Rest eingeteilt in 4 Mtr. doppeltbreiten Stoff. 1,75 M.
- ca. 7500 Meter Waschstoffe in Rips, Piqué, Batiste, Organdy und Satin, früherer Preis bis 90 Pf., um vollständig damit zu räumen, jetzt Mtr. 45, 28, 25 u. 22 Pf.

#### Konfektion.

- ca. 250 Stück Jacketts, Wert 10-18 M., jetzt Stück 5,95 2,85 M.
- ca. 350 Stück Sacco-Paletots, Wert 12-25 M., jetzt Stück 5,65 3,45 M.
- ca. 275 Stück Golf-Capes, Stück 6,85, 4,95 M.

#### Nur so lange der Vorrat reicht:

- Ein Posten warme Winterblusen, jetzt Stück 85 Pf.
- Ein Posten reineselene Blusen, jetzt Stück 3,45 M.
- Ein Posten Sammetblusen, jetzt Stück 4,90 M.
- Ein Posten Kostüme, jetzt Stück 5,95 M.
- Ein Posten Kostümröcke mit Volant, jetzt Stück 2,65 M.
- Ein Posten Moiré-Unterröcke, ganz auf Futter, mit breitem Volant, jetzt Stück 2,90 M.
- Ein Posten Abendmäntel, regulärer Wert 13,50 bis 22 M., jetzt durchschnittlich 5,65 M.
- Ein Posten seidene Blusen (Waschseide), in prachtvoller Ausführung, regulärer Wert 8,50-12,75 M., jetzt durchschnittlich 2,95 M.

#### Leinen- u. Baumwollwaren.

- Elsasser Hemdentuch Mtr. 17 Pf.
- Piqué-Croisé-Barchend Mtr. 30 Pf.
- Louisianatuche Mtr. 26 Pf.
- Bettbezüge, weiss und bunt, Deckbett mit 2 Kissen, fertig genäht 2,00 M.
- Fertige Bettlaken ohne Naht 85 Pf.
- Inlet, rot-rosa gestreift, Deckbettbreite Mtr. 53 Pf.
- Gerstenkorn-Handtücher, 3/4 Dtzd. 1,40 M.
- Damsthandtücher, 1/2 Dtzd. 1,75 M.
- Rolltücher Stück 38 Pf.
- Drelltischtücher 95 Pf. 45 Pf.

#### Zur Einsegnung

- circa 11 000 Meter schwarze und farbige wollene Kleiderstoffe, Englische Kleiderstoffe in grossen Sortimenten, doppeltbreit, jetzt Mtr. 85 Pf.
- Mohair-Crêpes (nur schwarz), jetzt Mtr. 54 Pf.
- Reinwollene Cheviots in all. Farb., doppeltbr., Mtr. 48 Pf.
- Seidenglanzende Alpacastoffe, 110 cm breit (nur schwarz), doppeltbreit, jetzt Mtr. 97 Pf.
- Karierte Kleiderstoffe f. Blus. u. Kinderkleidchen, jetzt Mtr. 42 Pf.
- Gemusterte Mohairstoffe (nur schwarz), doppeltbreit, jetzt Mtr. 68 Pf.
- Reinwoll. Lawn-Tennisstoffe, doppeltbr., jetzt Mtr. 62 Pf.
- Zibeline-Homespuns, 110 cm breit, jetzt Mtr. 75 Pf.
- Schwere Hauskleiderstoffe, doppeltbr., jetzt Mtr. 22 Pf.
- Schwere Cheviots, 110 cm breit, jetzt Mtr. 78 Pf.
- Eleganteste Stoffe in Prima Mohair u. Seiden-Alpaca, regulärer Wert bis 3,50 M., jetzt 1,65 M. 1,45 M.
- Velour-Flanelle für Morgenkleider Mtr. 23 Pf.

#### Noch niemals dagewesen!

- ca. 5750 Stück waschseidene Blusenreste in grossartiger Ausmusterung, vollständige Bluse, 4 Mtr. Stoff, jede Bluse 88 Pf.
- ca. 750 Stück einzelne Roben, gute Stoffe, moderne Muster, jede Robe 1,75 M.
- ca. 2300 Stück Blusenreste in gestreiften und karierten Stoffen, eingeteilt zu einer vollständigen Bluse, jeder Rest 65 Pf. 45 Pf.

#### Zum Umzug!

- Ein Posten Plüsch- u. Bloc-Velvet Salon- u. Stubenteppiche mit geringen Webfehlern, bisheriger Preis 9,- bis 110 M., jetzt 50,-, 38,50, 24,-, 12,50, 7,25 3,80 M.
- Ein Posten Engl. Tüll-, Spachtel- u. Lacet-Gardinen u. Stores mit kleinen Musterfehlern, bisheriger Preis 2,25 bis 30,- M., jetzt Fenster 10,-, 7,75, 6,25, 2,80, 1,75 M. 90 Pf.
- Ein Posten eleg. Plüsch- u. Tuchtischdecken mit Stickerel, bisheriger Preis 5,50 bis 45 M., jetzt 18,-, 14,50, 9,50, 7,60, 4,75 2,80 M.
- Ein Posten Portièren in Wolle u. Plüsch mit reicher Verzierung, Garnitur (2 bestickte Shaws, 1 gesticktes Lambrequin), 19,50, 11,50, 9,25, 7,80 5,60 M.
- Ein Posten Steppdecken in Wolle, Simili-Seide u. Atlas, ein- und zweiseitig benutzbar, Stück 18,-, 11,50, 7,50, 5,75 3,40 M.

#### Hervorragend billiges Angebot!

- Gewebte Tischdecken, bisheriger Wert 5,00, jetzt 2,95 M.
- Gewebte Divandeecken in grossartiger Ausführung, bisheriger Wert 7,50, jetzt 3,95 M.

#### Fertige Wäsche.

- Damenhemden mit Spitze, jetzt 85 Pf. 65 Pf.
- Damenhemden, Achselchluss m. Handstickerel, jetzt 1,10 M. 1,10 M.
- Façon-Hemden mit Stickerel-Volant, jetzt 1,35 M. 1,35 M.
- Damenhemden mit Languetten, jetzt 1,15 M. 1,05 M.
- Damen-Beinkleider, Renforcé mit Spitze, jetzt 1,10 M. 75 Pf.
- Damen-Nachtjacks, Piqué, jetzt 1,75 M. 1,75 M.
- Weisse Stickerel-Volant-Röcke, jetzt 2,95, 2,25, 1,50 M. 1,50 M.

#### Ganz aussergewöhnlich preiswertes Angebot!

- ca. 7500 Meter Seidenstoffe, Reinseldene Lyoner Damaste in wunderbaren Blumen- und Rankenmustern, regulärer Wert 2-5 M., jetzt durchschnittlich Mtr. 2,50, 1,75 M. 1,25 M.
- Reinseldene Herveilleux, jetzt Mtr. 95 Pf.
- Reinseldene Foulards, jetzt Mtr. 35 Pf.
- Taffetas in grossartiger Ausführung, jetzt Mtr. 98 Pf.
- Ball-Atlas in allen Farben, jetzt Mtr. 29 Pf.
- Waschseide in grossen Sortimenten, jetzt Mtr. 22 Pf.
- Bengaline, in wunderbaren Ballfarben, jetzt Mtr. 55 Pf.

#### Besonderer Gelegenheitskauf!

- ca. 1650 Stück Normal-Herrenhemden, durchschnittlich Stück 68 Pf.
- ca. 1800 Korsetts, prima Drell, vorzüglicher Sitz, 1,15 98 Pf.
- ca. 6000 Pfund 16/Strickwolle zur vollständigen Räumung, 1,58 M. Pfund 1,58 M.

Ein Posten leicht angestaubte Leib-, Bett- und Tischwäsche zu halben Preisen.

Engros. Reelle Fabrikate. Konkurrenzlos billig. Versand.

### Cigarren.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.



100 Stück 4,25 M.

„Freia“, ff. Mexico, etwa 9/16 cm lang, 100 Stück 3,75 Mk. Diese Cigarre wird anderweitig mit 5 Mk. verkauft.

Maiglückchen . 100 St. 2,40 M.	Havana Star . 100 St. 3,90 M.	St. Andreas Mexico 100 St. 5,- M.
Meine Sorte . 100 St. 3,- M.	St. Felix Brasil 100 St. 4,80 M.	Aspasia . . . . . 100 St. 5,- M.
El Mundo . . 100 St. 3,50 M.	Borneo Felix . 100 St. 4,75 M.	La Cubana . . . 100 St. 7,- M.
London Decks . 100 St. 3,75 M.	Flor St. Felix . 100 St. 5,- M.	Las Dos Naciones 100 St. 6,- M.

Nicht unter 100 Stück von einer Marke. — 300 Stück portofrei unter Nachnahme. — Nichtkonvenientes erbitte zurück. — Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 Proz., bei 1000 Stück 6 Proz. Rabatt.

**Czollek & Geballe,** Cigarren-Berlin, Unter den Linden 20, Hof 1., Engros-Lager, im Hause des Hof-Uhrmachers C. Felsing. Lieferanten für Kantinen und Konsum-Genossenschaften. Preisliste franco.

### Hakim-Cigaretten

sind nach dem einstimmigen Urteil aller Sachverständigen die feinsten 2 Pf.-Cigaretten.

Höchste Leistung!

In den Cigarrengeschäften zu haben! 2041b\*



Wegemlein  
Beliebter heimischer  
**Kräuter-Korn**  
Heberall zu haben. 55/14\*

Generalvertreter für Berlin:  
**Paul Baron**  
S. 14, Dresdener Strasse 38.  
Telephon IV, 1878.

### Maskengarderobe

von Adolf Runge  
Gr. Frankfurterstr. 75, (Amt Villa, 6916)  
empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Breitlage. Großes Lager von Kammal-Raufgängen.

### Baumaterialien

neue und gebrauchte jeder Art, wie Rotholz, Bretter (neue Schallbretter pro qm vor 45 Pf. an), Patten (neue pro Meter u. 10 Pf. an), Dachpappe (10 Mtr. Rolle u. 1,50 Pf. an), Leisten, Thüren, Fenster billig.

**Kottbusser Damm 22.**

Teilzahlung!!!  
Großes Lager und Auswahl von Herren-, Damen- und Wecker-Uhren, Regulateuren, Broschen, Ringen, Ketten, nur wöchentlich eine Part.

**Jahre & König,**  
Warschauerstr. 72.

### Unentgeltliche Behandlung

den Zahn- und Mundkrankheiten von 9-6 Uhr unter Leitung eines in Amerika und Deutschland approbierten Zahn-Arztes in der

### „Altmann-Zahn-Klinik“

Alexander-Platz, Hinter der Berolina.  
Für die Feinab-Brax (separate vornehme Räume, Garantiert völlig schmerzloses Zahnziehen! Künstliche Zähne. Empfehlungen aus hohen und besten Kreisen. 5182\*

### Die Wahrheit über die Flucht

der Kronprinzessin von Sachsen.  
2. Auflage (30 Tausend).  
30 Pfg. Ladenpreis. (Porto 5 Pfg.)  
Vorrätig in allen Buchhandlungen oder direkt **Kaden & Co., Dresden,** Zwingerstr. 22. 10516

**H. Guttmann, Brunnenstrasse 9,**  
am Kolonnen-Thor,  
Stempel-Fabrik und Gravir-Anstalt,  
fertigt schnell und billig  
**Stempel jeder Art**  
für Vereine und Vereine.  
Großes Lager von Stempelkissen, Farben, Stempelmaschinen, Hellographen.

### Typen-Druckereien

zum Zusammenlegen (auch Nachlieferung einzelner Typen).  
Gravierte Thürschilder u. 75 Pf. an bis zum elegantesten. Inschriften auf Seidel u. del. Monogram-Gravirung.  
Vereins-Abzeichen jeden Genres. 5542  
Fernspr. Amt III, 6442. Geschäftslokal geöffnet bis 9 Uhr.

Herren-  
Moden, elegante Ausführung,  
geringe Teilzahlung. 3492\*

**J. Kurzberg,**  
Neue Königsstr. 47 II.  
am Alexanderplatz.

**Max Bräuer,**  
Jerusalemstr. 42.  
Großartige Auswahl  
von Kinder-  
Sport- und  
Puppenwagen.  
Beides fabrikat  
billig! 10432\*

Teilzahlung gestattet.

**Honig!** Unersetzlich. Deutscher  
Steinhonig, best. Qualität,  
perf. die 10 Pfundboxe zu 7,00 M., 5 Pf. 4,30 M. franco. Garanti. Rücknahme.  
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof**  
Kugelschn. Oldenbg.\*

### Masken- und Scherzartikel

scherzhafte Kopfbedeckungen usw. zu aussergewöhnl. billigen Preisen, z. B. Schneebälle Dtd. 22 Pf., Pfannkuchen Dtd. 33 Pf., Knallbenzen Dtd. 15 Pf., Luftschlangen 25 Stück 13 Pf., Kettenorden usw. usw.

### Gesellschafts- und Beschäftigungsspiele

für Kinder und Erwachsene in vielen hundert Arten.  
Neuheit! Kugelspiel „Meteor“, 60, 120 Pf. und höher.

**Mosaikspiel,** enthaltend 450 Teile 1 Mark.

**Bernhard Keilich.** Grösstes Spielwaren-geschäft Deutschlands,  
16 Schaufenster nur Spielwaren! Kein Bazar!  
Eckhaus Oranienburgerstrasse, beim Hackeschen Markt, Bahnhof Börse.

### Massage-Institut

von **Fr. H. Mania,**  
Masseur für sämtliche Krankheiten und Gichtleiden. 2212\*

**Brunnenstr. 16.**  
Herren vorm. u. 10-12,  
Damen nachm. u. 3-4.  
Filiale: Turmstr. 36.

### Masken- u. Theater-Verleih-

Institut.  
Größtes im Norden f. Damen u. Herren.  
Historische Nationaltrachten: Tyroler; leg. Dominos; Hochzeitskleider.  
**C. Gromall,** Kolonnen-Thor  
Eing. Elsasserstr. 971.

# Wie kann ich in der Küche sparen?

Bei richtiger Verwendung der allbewährten Maggi-Würze! Dem wenige Tropfen — nach dem Anrichten beigelegt — genügen, um schwacher Bouillon, Suppen, Gemüsen, Saucen usw. augenblicklich überraschender, kräftigen Wohlgeschmack zu geben. — In Flaschchen von 35 Pf. an (nachgefüllt 25 Pf.) in allen Delikatess-, Kolonialwaren-Geschäften und Droguerien erhältlich.

MAGGI-Auszeichnungen: 2 Gross-Preise, 20 Gold-Medallien, 3 Ehrendiplome, 3 Ehrenpreise; viermal ausser Wettbewerb: 1887 Mailand, 1894 Zürich, 1899 u. 1900 Weltausstellungen Paris (J. Maggi, Preisrichter).

Verantwortlicher Redakteur: Carl Feld in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag: Verlags- und Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verfammlungen.

Der Verein der Wäsche- und Krawattenarbeiter hielt seine dies-jährige Generalversammlung am 8. Februar ab.

Der Wahlverein für Reinickendorf und Umgegend hielt am 28. Januar eine Vereinsversammlung ab.

Maurer 40, Tischler 29, Schlosser und Metallarbeiter je 22, Schuhmacher und Töpfer je 7.

Wilmersdorf. Am Mittwoch tagte in Wittes Volksgarten eine gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins.

aus, daß Mitglieder des sozialdemokratischen Gastwirts-Vereins nach der in Wittes Volksgarten stattgefundenen Generalversammlung am 16. Januar sich nach dem gesperrten Lokal Luisenpark begeben hätten.

Witterungsübersicht vom 7. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Baromet. Stand mm, Windrichtung, Windstärke. Rows include Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, etc.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 8. Februar 1903. Mild, jedoch vielfach wolfig bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Warenhaus A. Wertheim Extra-Preise

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung). Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

Konserven

Table listing various food products like Riesens-Stangenspargel, Stangenspargel II, etc., with prices per unit.

Table listing Melangefrüchte, Pflaumen, Stachelbeeren, etc., with prices.

Gebrannt. Kaffee Mischung II III IV V Pfund 90 Pf. 1.05 1.25 1.40

Table listing Delikatessheringe, Bismarckheringe, Brautheringe, etc., with prices.

Bruchspargel I, Pfefferlinge, Corned Beef, Ochsenzungen, Sardinen, Anchovis. Each item with price and quantity.

Table listing various fruits like Apfelsinen, Mandarinen, Aepfel italien., etc., with prices.

Moselweine

Table listing Obermoseler, Wormeldinger, Trittenheimer, Enkirchner Steffanberg with prices.

Französ. Cognac

„J. Dupont & Co.“ 1/1 Fl. 2.80 Mk.

Rheinweine

Table listing Alsheimer, Lorcher, Dienheimer, 1898er Niersteiner, etc., with prices.

Bordeauxweine

Table listing Montferrand, Medoc, 1900er Chat. Malecot, etc., with prices.

Ungarischer Cognac \* \* \* 1/1 Flasche 2.10 Mk.

Warenhaus Lachmann & Scholz

Turmstrasse 76. Moabit. Turmstrasse 76.

Nur so lange der Vorrat reicht empfehlen

Gelegenheits-Posten

Schürzen aller Art.

Kinder-Hänger, Tüdel-, Wirtschaftsschürzen, weiss und bunt, Wert bis 1,95 jetzt 72 Pf. u. 95 Pf.

Ledergürtel,

neueste Façons, Wert bis 2,85, jetzt 42 Pf. u. 65 Pf.

Damenwäsche.

Heimden, Beinkleider, Nachtjacken, Wert bis 2,45, jetzt 95 Pf.

Spachtelkragen,

enorm billig . . . . . Wert bis 3,15, jetzt 1,45

Damenhemden,

feinstes Leinen, mit eleganter Stickerei, Wert bis 7,85, jetzt 4,65

Bunte Tischdecken

Wert bis 1,15, jetzt 65 Pf.

